

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

27. Jahrgang 1979

Heft 2

ROLF STEININGER

REFORM UND REALITÄT RUHRFRAGE UND SOZIALISIERUNG IN DER ANGLO-AMERIKANISCHEN DEUTSCHLANDPOLITIK 1947/48*

Die Entscheidung über das Schicksal des Industriegebietes an Rhein und Ruhr, der ehemaligen „Waffenschmiede des Reiches“, war nicht nur untrennbar verbunden mit der Entscheidung über den inneren und äußeren Aufbau Nachkriegsdeutschlands, sondern auch mit der Entscheidung über den Aufbau der europäischen Wirtschaft und damit der Nachkriegsordnung Europas insgesamt.

Die Bedeutung dieses Gebietes lassen folgende Zahlen erkennen: das Ruhrgebiet allein umfaßte 90% der Kohle, „bloodstream of Europe“, wie der amerikanische Außenminister Marshall im Dezember 1947 den für Deutschland und Europa nach 1945 wichtigsten Energieträger bezeichnet¹, 72% des Gußeisens, 74% des Stahls und 69% der Walzwerkerzeugnisse, die unter Berücksichtigung der Gebietsabtrennung im Osten und ohne die Saar in Deutschland vorhanden waren².

Die frühe Einsicht in die Komplexität der Rhein-Ruhr-Frage führte bei den späteren Siegern schon vor Kriegsende zu einer intensiven Diskussion, bei der wechselweise der territoriale, politische oder wirtschaftliche Fragenbereich im Vordergrund stand. Aufgrund der Quellenlage sind wir bisher am besten über die Überlegungen unterrichtet, die in den USA angestellt worden sind. Am wenigsten wissen wir über die sowjetischen Vorstellungen: sie konzentrierten sich aber auf die Forderung, das Ruhrgebiet einer Vier-Mächte-Kontrolle zu unterstellen, um die Nutzung der Ruhrindustrie für Reparationszwecke sicherzustellen. Am 30. Juli 1945 legte die sowjetische Delegation auf der Konferenz von Potsdam einen entsprechenden Antrag vor³, der jedoch nicht beraten wurde; der britische Außenminister Ernest Bevin hatte eine Behandlung mit dem Hinweis verhindert, an der Konferenz sei kein Vertreter Frankreichs beteiligt. Etwas mehr als ein

* Zu großem Dank ist der Verf. verpflichtet: den Mitarbeitern des Public Record Office, London, insbes. Mr. P. P. Mellor, für Hilfe und Unterstützung; der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Finanzierung eines Studienaufenthaltes in London; Sir Ashley Bramall (ehem. Offizier d. Militärregierung), Sir Bernard Burrows (ehem. FO [vgl. Anm. 14]), Sir Patrick Dean (ehem. Leiter d. Deutschlandabteilung i. FO [vgl. Anm. 34]) und Denis Healey, Chancellor of the Exchequer, 1946–1951 Leiter d. Internationalen Abteilung der Labour Party, für faszinierende Interviews.

¹ Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FRUS), 1947, II, S. 814.

² Die Zahlen im Memorandum d. frz. Regierung v. 1. 2. 1947; vgl. Anm. 85.

³ Public Record Office, London, Foreign Office (künftig zit.: FO), 371/46721/C4745/22/18.

Jahr später beglückwünschte ihn der amerikanische Außenminister James F. Byrnes zu diesem Schritt; hätte er in Potsdam der Beratung zugestimmt, so Byrnes am 1. September 1946, wäre den Sowjets der Zugang ins Ruhrgebiet geöffnet worden – da die Amerikaner dem Antrag wohl zugestimmt hätten – und dann wäre Westdeutschland „in a sorry position now“⁴. Intensive Planungen hat es auch auf britischer Seite gegeben, stand doch seit der Konferenz in Quebec im September 1944 fest, daß das Ruhrgebiet in der britischen Zone liegen würde⁵. Das Ruhrgebiet spielte in den eine Zeitlang angestellten Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Zerstückelung Deutschlands eine besondere Rolle. Diese Überlegungen sind jedoch nicht sehr weit geführt worden; sie wurden zugunsten einer Aufteilung Deutschlands in Zonen aufgegeben. Das aber bedeutete, auch das Rhein-Ruhrgebiet sollte ein Teil Deutschlands bleiben. Eine internationale Kontrolle war nicht vorgesehen⁶. Nach dem Wahlsieg der britischen Labour Party am 5. Juli 1945 übernahm eine Labour-Regierung die Verantwortung für die Lösung dieses Problems; ihr fiel damit in der für das künftige Schicksal Deutschlands und Europas entscheidenden Frage eine Schlüsselrolle zu.

Trotz der umfangreichen Planungen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands während des Krieges, legte dennoch nicht die britische, sondern die französische Regierung ein geschlossenes Konzept für die Lösung dieses Problems vor, das insofern folgenschwer war, als es die Beratungen und Entscheidungen der Alliierten hinsichtlich Deutschlands negativ beeinflussen sollte. Die französische Regierung schlug eine Radikallösung vor: die endgültige politische Abtrennung des Rhein-Ruhrgebietes von Deutschland. Diese seit August 1944 bekannten und danach auch öffentlich vertretenen Vorstellungen und Forderungen, die in erster Linie vom Sicherheitsbedürfnis Frankreichs bestimmt waren, sind untrennbar verbunden mit den Führern der provisorischen französischen Regierung: de Gaulle und Bidault. Ihre Überlegungen faßten sie in dem berühmten Memorandum vom 13. 9. 1945 zusammen, das Außenminister Bidault am 14. 9. 1945 auf der Außenministerkonferenz in London (11. 9.–2. 10. 1945) in Umlauf brachte. Darin hieß es u. a., Frankreich betrachte die Abtrennung des Rheinlandes und Westfalens einschließlich des Ruhrgebietes vom Deutschen Reich als „unerlässlich für den Schutz der französischen Grenze und als wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Europas und der Welt“⁷.

⁴ Bevin an FO, 1. 9. 1946, FO 371/55844/C0434/2860/18.

⁵ Vgl. u. a. Economic and Industrial Planning Staff (=EIPS) /P (45) 1 v. 8. 1. 1945.

⁶ Vgl. hierzu Lothar Kettenacker, Friedenssicherung als Kriegsziel. Die britische Nachkriegsplanung für Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1979.

⁷ FRUS, 1945, II, 177–179; das Dokument (CFM (45) 17) ist datiert 13. 9. 1945, die Konferenzprotokolle zeigen jedoch, daß Bidault es am 14. Sept. in Umlauf brachte; vgl. auch FRUS, 1945, III, 869–871, u. Europa-Archiv 9 (1954), S. 6747. Ähnlich auch die Gespräche zwischen Truman u. de Gaulle am 22. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 709–710; Bidault-Byrnes, 23. 8. 1945, ebenda, S. 711–721, 24. 8. 1945, ebenda S. 722–724; siehe auch FRUS, 1945, Potsdam II, Dok. Nr. 1414, S. 1557–64. Original d. frz. Memoranden FO 371/46725/C8129/22/18.

Die Vorschläge der französischen Regierung waren zwar, wie Bevin später formulierte, „a clear-cut, logical scheme which has the merit of finality and is free of the type of compromise that proved so unsuccessful in the Versailles settlement“⁸, brachten die Briten aber dennoch in eine schwierige Situation. Auf der einen Seite befürchteten sie bei einer Verwirklichung der französischen Vorschläge politisches und wirtschaftliches Chaos in den dann abgetrennten deutschen Gebieten, auf der anderen Seite mußte auf Frankreich als einem der Stützpfeiler britischer Außenpolitik Rücksicht genommen werden; man war sich im klaren darüber, daß „if we reject their claims or whittle them down in such a manner as to deprive them of what they regard as essential to security, we can have little hope of maintaining close relations or influence with the French“. Konsequenz: „They will seek their security elsewhere, probably in Moscow“⁹.

Auf britischer Seite war man in der Folgezeit darum bemüht, einen Kompromiß zu finden, der 1. die französischen Wünsche berücksichtigte, 2. das deutsche Problem und – damit verbunden – britische Sicherheitsvorstellungen befriedigend löste, 3. keine Belastung des britischen Steuerzahlers involvierte und 4. aus dem Dilemma vom März 1945 herausführte, als die Delegation der Labour Party auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz einer Resolution zugestimmt hatte, die, entsprechend den Vorstellungen der französischen Sozialisten, zwar eine ökonomische Internationalisierung, nicht aber die politische Abtrennung des Ruhrgebietes vorsah¹⁰. Nach einem langwierigen und mühsamen Entscheidungsprozeß stand im Herbst 1946 fest, daß die Briten einer Sozialisierung der deutschen Industrie auf nationaler Ebene bei gleichzeitiger Kontrolle den Vorzug vor allen anderen Lösungen gaben. Das britische Kabinett beriet eine entsprechende Vorlage von Außenminister Bevin¹¹ am 21. Oktober¹².

In seiner außenpolitischen Grundsatzrede am 22. Oktober 1946 machte Bevin dann die erste öffentliche und offizielle Ankündigung im Hinblick auf die Sozialisierungspolitik für die britische Zone. „Our intention is“, so betonte er, „that those industries should be owned and controlled in future by the public. The exact form of this public ownership and control is now being worked out. They should be owned and worked by the German people, but subject to such international control that they cannot again be a threat to their neighbours . . . The case for

⁸ Gen 121/1 v. 11. 3. 1946, „Top Secret“. CAB 129/9.

⁹ Ebenda, Punkte 32, 34, 35.

¹⁰ Zur Haltung der sozialistischen Parteien in der „deutschen Frage“ vgl. Rolf Steininger, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 7, Bonn 1979.

¹¹ C. P. (46) 383. CAB 129/13.

¹² CABINET 89 (46), Conclusions, CAB 128/6.

the public ownership of those heavy industries was never stronger than it is in Germany today. I am satisfied that this statement by me in the House today will give hope to those Germans who never again want to see themselves the victims of these cartels and trusts which led them to disaster . . .¹³

Noch am selben Tag wurde im Foreign Office in Zusammenarbeit mit dem Control Office der Entwurf einer Kabinettsvorlage über die zukünftige Kontrolle der Ruhrindustrie fertiggestellt. In der Frage Sozialisierung oder Internationalisierung wurde darin der Beschluß des Kabinetts vom 21. Oktober lediglich nachvollzogen und mit großer Eindringlichkeit die Sozialisierung empfohlen¹⁴. Internationalisierung wurde jetzt als ein „most retrograde step“ betrachtet, der die britische Position in Deutschland aufs äußerste erschüttern würde, „without any real counter-balancing advantages“¹⁵. Die Sozialisierung sollte demnach in drei Stufen geschehen. Stufe A sah die Einsetzung deutscher Treuhänder vor; nach den Landtagswahlen sollten dann die Staatsgesellschaften gegründet werden, in die die sozialisierten Betriebe überführt werden sollten (Stufe B). Im Hinblick auf die einzurichtende internationale Kontrolle (Stufe C) hielt man es jetzt für besser, sich nicht festzulegen. „We are in control at present“ – und diese Kontrolle sollte jetzt nicht ohne Zwang aufgegeben werden; bis zum Ende der Besatzungszeit sollten daher lediglich Vertreter aus den USA, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg als Beobachter zugelassen werden. Den USA, die in Zukunft die finanzielle Hauptlast der Bizone tragen würden, konnte der Beobachterstatus kaum verwehrt werden, den übrigen Mächten hatte Bevin von Anfang an eine gewisse Zusammenarbeit bei der Lösung der Ruhrfrage zugesichert. Auch die entscheidende Frage einer sowjetischen Beteiligung wurde jetzt beantwortet: in der Kabinettsvorlage wurde diese Beteiligung noch zugestanden – allerdings nur bei vergleichbaren Zugeständnissen von sowjetischer Seite, wobei jetzt nicht mehr klar war, um welche Zugeständnisse es sich im einzelnen handeln sollte; man dachte jedenfalls eher an Länder hinter dem Eisernen Vorhang als an Deutschland, „since there is probably nothing in Germany im-

¹³ Parliamentary Debates, House of Commons (Hansard), vol. 427, Sp. 1522. Wie die Rede von offizieller Parteiseite bewertet wurde, wird durch die Tatsache deutlich, daß sie, zusammen mit der Rede Attlees vom nächsten Tag, von der Labour Party sogleich als Broschüre veröffentlicht wurde: „Britain's Foreign Policy“. Von SPD-Seite wurde eine deutsche Übersetzung im Juli 1947 herausgegeben: Clement Attlee/Ernest Bevin, Britische Außenpolitik, Hamburg 1947.

¹⁴ Die Vorlage wurde zwei Tage später den Kabinettsmitgliedern zugestellt. Vgl. C. P. (46) 398, 24. 10. 1946, CABINET, International Control of the Ruhr, Memorandum by the Secretary for Foreign Affairs. SECRET, CAB 129/13.

¹⁵ Draft brief on C. P. (46) 498 by Burrows. FO 371/55408/C13118/14/18. Sir Bernard A. Burrows, geb. 3. 7. 1910; Botschaft Kairo 1938–45; 1945–1950 FO, Acting 1. Secretary; 1947 Head of Eastern Department; 1963–66 Deputy Under-Secretary of State, FO; 1966–70 Permanent British Representative to North Atlantic Council.

portant enough which the Russians could offer"¹⁶. Beim Vortrag im Kabinett am 29. Oktober schloß Staatsminister McNeil eine Beteiligung sowjetischer Vertreter jedoch aus¹⁷.

Mehr und mehr geriet eine andere Frage in den Vordergrund, nämlich, wem in Deutschland letztlich die Besitzrechte an den sozialisierten Unternehmen übertragen werden sollten, wer also in Zukunft über die Unternehmen verfügen sollte: die Landesregierung oder eine zukünftige Zentralregierung. In diesem Zusammenhang mußte es von präjudizierender Bedeutung sein, wie bei der Wahl der Treuhänder verfahren wurde: Sollte eine Gruppe von Treuhändern ernannt werden, die im Hinblick auf Kohle und Stahl für die gesamte britische Zone verantwortlich war – so wie es der für Deutschland zuständige Minister Hynd wünschte – oder sollten drei Gruppen von Treuhändern ernannt werden, je eine für NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, bzw. nur für NRW, was implizierte, daß die Sozialisierung von Kohle und Stahl in den beiden übrigen Ländern zunächst nicht weiterverfolgt werden würde.

Hierüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Foreign Office auf der einen und dem Control Office for Germany and Austria (COGA) und Mitgliedern der Kontrollkommission auf der anderen Seite. Bevin und Hynd standen sich in dieser Frage unversöhnlich gegenüber. Als letztlich im Sinne Bevins entschieden wurde, war damit auch das Schicksal von Hynd als Deutschlandminister besiegelt. General Robertson, der stv. britische Militärgouverneur, sprach sich für Übertragung an die potentielle deutsche Zentralregierung aus. Als entscheidenden Grund führte er zwar an, nur sie werde über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, tatsächlich dürfte aber ein anderes Argument für ihn ausschlaggebend gewesen sein. Als ehemaliger Manager des Dunlop-Konzerns war Robertson zweifellos kein Befürworter der von der Labour-Regierung verfolgten Sozialisierungspolitik. Wenn sie aber schon nicht verhindert werden konnte, dann mußte sie zumindest so früh wie möglich verzögert werden: Mit einer deutschen Zentralregierung war auf absehbare Zeit überhaupt nicht zu rechnen, also auch nicht mit der Errichtung der Gesellschaften, in die die sozialisierten Betriebe überführt werden sollten, falls das Kabinett entsprechend entscheiden würde. Da das Wort der Kontrollkommission, der „Männer vor Ort“, erhebliches Gewicht in London hatte, konnte der Entscheidungsprozeß in der Regel von ihnen stark beeinflußt werden.

¹⁶ Ebenda. Wie in diesen Monaten die Wirtschaftspolitik der Sowjets in ihrer Zone beurteilt wurde und welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, machte ein Memorandum deutlich, das Sir William Strang am 3. 12. 1946 fertigstellte; C. P. (46) 461 v. 17. 12. 1946: Germany: Soviet Economic Policy, CAB 129/15.

Sir William Strang, 2. 1. 1893–27. 5. 1978; Berater Chamberlains; UK-Vertreter in d. EAC 22. 11. 1943; polit. Berater d. brit. Oberbefehlshabers in Deutschland 5. 5. 1945; Joint Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs 20. 19. 1947; Permanent Under-Secretary of State 1. 2. 1949.

¹⁷ CABINET 92 (46). Conclusions of a Meeting of the Cabinet held at 10 Downing Street, S. W. 1, on Tuesday, 29th October, 1946, at 11 a. m. CAB 128/6.

Das Foreign Office plädierte dagegen von Anfang an für die Übertragung an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Entscheidend hierfür war das Sicherheitsmotiv. Eine Zentralregierung konnte man sich beinahe nur noch als kommunistisch beherrscht und unter russischem Einfluß stehend vorstellen; das aber wurde, wie es in der Kabinettsvorlage vom 24. Oktober hieß, als „a most serious threat to our security“ angesehen¹⁸.

Am 19. November 1946 traf die Regierung eine erste Entscheidung. Das Kabinett kam zu dem Schluß, es sei zwar möglich, den Grundsatz festzulegen, daß die Schlüsselindustrien im Namen des deutschen Volkes verwaltet werden sollten, es sei aber noch nicht möglich, „to proceed with the transfer of ownership“. Es wurde festgelegt, daß die Sozialisierungspolitik zunächst auf die Stufe A beschränkt bleiben sollte, d. h. es sollten zunächst nur deutsche Treuhänder („custodians“)¹⁹ ernannt werden, die, da es noch kein entsprechendes deutsches Recht gab, die Verfügungsgewalt über die Unternehmen vom Oberbefehlshaber übernehmen sollten. Die Auswahl der Treuhänder sollte Minister Hynd in Deutschland vornehmen; nach Konsultation der drei Landesregierungen und der Militärregierung und nach Billigung durch das Kabinett sollten sie dann vom Oberbefehlshaber ernannt werden²⁰.

Frühjahr 1947: Protest der westeuropäischen Partner und vorläufiger Aufschub der Sozialisierung

Sichtbares Zeichen für die ernste Absicht auf britischer Seite, die Sozialisierung auch tatsächlich durchzuführen, wäre die Realisierung dieses Kabinettsbeschlusses gewesen. Er ist dennoch nicht ausgeführt worden – ein Hinweis darauf, daß bei Verwirklichung der Sozialisierungspolitik die notwendige Entschlossenheit fehlte.

Zunächst mußte eine ganze Reihe scheinbarer Unklarheiten beseitigt werden, wobei die Militärregierung offensichtlich eine Verzögerungstaktik betrieb. Für Luftmarschall Douglas war die geplante Maßnahme ein „sehr wichtiger“ Schritt, bei dem man langsam vorgehen solle und bei dem nichts übereilt werden dürfe: Erstens müßten nämlich die richtigen Leute gefunden werden, zweitens müßten ihnen ihre Aufgaben genau klargemacht werden, um späteren Mißverständnissen vorzubeugen. Auch wurde um genaue Definition des Begriffs „Treuhänder“

¹⁸ Vgl. Anm. 14.

¹⁹ Im Gegensatz zu „trustees“. Der Unterschied im Englischen liegt darin, daß „custody“ keinerlei Rechtstitel beinhaltet.

²⁰ C. M. 98 (46), 19. 11. 1946, CAB 128/6. Zur ersten Phase der britischen Politik nach der Kapitulation vgl. Rolf Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5, hrsg. v. H. A. Winkler, Göttingen 1979. Dieser und der hier vorgelegte Aufsatz waren ein Kapitel in der in Anm. 10 genannten Darstellung, konnten dort jedoch aus Raumgründen nicht mehr aufgenommen werden.

gebeten und um Klärung, ob sich die Sozialisierung auf Nordrhein-Westfalen beschränke. Von der Abgabe einer Erklärung in Deutschland wurde abgeraten, „until the Americans have been put fully into the picture“²¹.

Das aber hielt Bevin für überflüssig. Am 8. Dezember 1946 telegraphierte er aus Washington, er habe den Amerikanern klargemacht, daß man mit der Sozialisierung an der Ruhr beginnen werde; wenn man fortfahre, sie ständig darauf hinzuweisen, könnte das „at the best embarrass them and at the worst provoke unhelpful comment or a request for us to hold our hand“²².

Ob Bevin wirklich davon überzeugt war, mit dieser Politik Erfolg zu haben, muß zumindest bezweifelt werden; sie stieß auch im Foreign Office auf Kritik²³. Möglicherweise befürchtete er öffentliche Widerstände in den USA. Seine Haltung läßt darauf schließen, daß er am Wert der ihm gegenüber abgegebenen amerikanischen Zusicherungen hinsichtlich der Sozialisierung selbst zweifelte. Ähnlich war auch die Reaktion der übrigen Minister. In der Kabinettsitzung am 12. Dezember war man sich einig, daß in der Sozialisierungsfrage schnelle Fortschritte erzielt werden müßten, bevor man zu sehr in den Fusionsprozeß der beiden Zonen gerate²⁴.

Probleme gab es noch in einem anderen Punkt: dem Verfahren bei der Auswahl der Treuhänder. Christopher Steel²⁵ warnte am 6. Dezember vor dem übereilten Schritt, Treuhänder zu einem Zeitpunkt zu ernennen, an dem sich General Clay, „the mainspring of the whole United States control machinery“, in Washington aufhalte²⁶. Während Attlee auf die Entsendung Hynds drängte, äußerte Bevin ernste Zweifel hinsichtlich des vom Kabinett am 19. November beschlossenen Verfahrens. Er hielt wenig davon, daß sich Hynd um diese Angelegenheit persönlich in Deutschland kümmern sollte; damit, so befürchtete er, werde nicht nur der ganze Vorgang unnötigerweise aufgewertet, auch die Stellung des Oberbefehlshabers werde davon ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Er befürwortete eine Initiative des Oberbefehlshabers²⁷.

Im Kabinett einigte man sich auf einen Kompromiß. Es wurde beschlossen, daß, bevor die Landesregierungen in der Frage der Treuhänder offiziell konsul-

²¹ ARGUS 728 u. 731 v. 6. u. 7. 12. 1946. Top Secret; FO 371/55409/C15159/15190/14/18.

²² Telegramm No. 7012; FO 371/64362/C15181/14/18.

²³ Vgl. Minute Burrows für Sargent v. 10. 12. 1946; FO 371/55409/C14917/13/18.

Sir Orme Sargent, 31. 10. 1884–23. 10. 1962; 1. 2. 1946–1. 2. 49 Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs.

²⁴ Protokoll der Kabinettsitzung C. M. 105 (46) v. 12. 12. 1946 CAB 128/6. Am 2. 12. 1946 hatten die Außenminister Byrnes und Bevin das Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone unterzeichnet. Zu den Verhandlungen in Washington vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage, Kap. 5.

²⁵ Christopher Steel, 12. 2. 1903–18. 9. 1973, polit. Verbindungsoffizier zu Eisenhower 5. 12. 1944; Leiter d. polit. Abt. d. CCG (BE) 26. 11. 1945; Political Advisor to Commander in Chief 1947; Stv. Hoher Kommissar 1. 12. 1949; Botschafter in Bonn 1957–1963.

²⁶ Telegr. Nr. 1774 an FO; FO 371/64362/C1178/194/18.

²⁷ Vgl. Anm. 22. Diese Einschätzung der Lage ging möglicherweise auf General Robertson zurück, der sich zu diesem Zeitpunkt bekanntlich ebenfalls in Washington aufhielt.

tiert werden sollten, Hynd zuerst mit den britischen Stellen in Deutschland Kontakt aufnehmen sollte, um mit ihnen detaillierte Pläne auszuarbeiten, wie die Sozialisierung am besten durchgeführt werden konnte. Diese Pläne sollte er dann, zusammen mit entsprechenden Vorschlägen hinsichtlich der Auswahl der Treuhänder, dem Kabinett vorlegen. Es wurde vereinbart, daß Hynd eine entsprechende Erklärung der Presse übergeben sollte, *nachdem* die amerikanischen Besatzungsinstanzen in Deutschland eine entsprechende Kopie erhalten hatten²⁸.

Ungeklärt blieb auch nach dieser Kabinettssitzung die entscheidende Frage, die Hynd erneut angeschnitten hatte, ob nämlich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen oder eine mögliche Zentralregierung die sozialisierten Industrien übernehmen sollte. Das Zustandekommen des Kabinettsbeschlusses vom 19. November²⁹ war wohl nur durch die Abwesenheit Bevin zu erklären. Sir Orme Sargent vom Foreign Office hielt ihn nach wie vor für falsch, da er seiner Meinung nach auf einem bedenklichen Trugschluß basierte und für Großbritannien gefährliche Folgen haben könnte. Am 20. Dezember legte er daher folgerichtig Bevin ein Memorandum vor, in dem er noch einmal grundsätzlich zum Gesamtproblem Stellung nahm. Einzelne, nachgerade dramatisch klingende Formulierungen in dieser Stellungnahme lassen die herausragende Bedeutung erkennen, die Sargent dieser Frage beimaß. Wenn man das Problem der Ruhrindustrie nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte, d. h. größtmögliche Leistungsfähigkeit und Nutzen für das deutsche Volk wolle, dann, so Sargent, hätten jene sicherlich recht, die für eine Übernahme der nationalisierten Industrien durch die Zentralregierung plädierten. Der Trugschluß bei dieser Betrachtungsweise sei jedoch, daß die Sozialisierung als Selbstzweck gesehen werde. In Wirklichkeit sei das ursprüngliche Ziel jedoch das genaue Gegenteil gewesen – und das müsse um jeden Preis auch so bleiben –, nämlich eine zukünftige deutsche Regierung militärisch und politisch so schwach und harmlos wie nur möglich zu halten. Mit diesem Ziel vor Augen habe man sich nach Abwägung aller Möglichkeiten für die Sozialisierung entschieden, um sicherzustellen, daß das Potential der Ruhr nicht erneut von deutschen Militärs in Zusammenarbeit mit den Ruhrindustriellen und einer deutschen Regierung für kriegerische, gegen die Interessen der übrigen Welt gerichtete Zwecke mißbraucht werden könnte. Eines wolle man mit Sicherheit nicht: die Macht einer zukünftigen deutschen Regierung durch die Übernahme der sozialisierten Industrien noch vergrößern helfen. „If this were allowed to happen“, so Sir Orme, „our last state would be worse than our first“. Es gebe keinen Grund zu der Annahme, daß sich eine neue deutsche Regierung von anderen moralischen Kategorien leiten lassen werde als etwa Krupp vor dem Krieg. Letztlich würden dann für eine deutsche Regierung die

²⁸ Vgl. Anm. 24 sowie Telegr. Kontrollkommission an Hynd (mit Text der Presseerklärung) v. 12. 12. 1946; FO 371/55409/C15484/14/18.

²⁹ Vgl. oben, S. 172.

Versuchungen und Möglichkeiten, zur Vorkriegspolitik zurückzukehren, wohl nur noch größer.

Neben dem Mißbrauch der Ruhrindustrie für militärische Zwecke sah Sargent noch eine weitere Gefahr: die Eroberung jener Außenhandelsmärkte, die für den britischen Export, „and therefore to the very life of this country“, von vitalem Interesse waren. Um dieser doppelten Gefahr zu begegnen, sei der Beschluß gefaßt worden, die sozialisierte Industrie einer vergleichsweise schwachen Landesregierung zu übergeben: sie sei 1. leichter als eine Zentralregierung zu kontrollieren und sie werde 2., da sie nicht wie eine Zentralregierung die Verantwortung für die gesamte Nation trage, nicht in gleicher Weise versucht sein, ihre Macht zu mißbrauchen und die Industrie unter „patriotischen“ Gesichtspunkten zu entwickeln.

Das schon früher vorgebrachte Argument, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen werde von der CDU beherrscht und daher gegen eine Sozialisierung sein, ließ Sargent auch jetzt nicht gelten, da das gleiche auch bei einer Zentralregierung der Fall sein könnte. Wenn man aber notfalls auf eine nicht-sozialistische Regierung Druck ausüben müsse, sei das eher bei einer schwachen Landesregierung als bei einer starken Zentralregierung möglich; das gleiche treffe auch bei der Anwendung militärischer Sanktionen zu.

Die weiteren Überlegungen Sargents machen deutlich, mit welchem Maß an Mißtrauen und Skepsis er den Deutschen und der weiteren Entwicklung in Deutschland begegnete. Die Vorstellung etwa, man könne in Deutschland wirtschaftlichen Aufbau und Demokratie miteinander verbinden, so daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk vernünftig („reasonable“) und friedliebend werden könnten, und daß man auf diese Weise militärisches Abenteuerium, Weltmachtvorstellungen und Rachegefühle in Deutschland überwinden könnte, wies er kategorisch zurück: „I am sure that this is a complete misconception.“ Was man auch immer tun werde, um Deutschland auf einer neuen Grundlage wieder aufzubauen, „the fact will remain that for the next generation if not longer the German people will be embittered, discontented and revengeful“. Solange die Widerstandskraft („spirit“) der Deutschen nicht für immer gebrochen sei – „and of this there is no sign at present“ –, würden sie so schnell wie möglich damit beginnen, „to liberate their country from the vasselage which we are trying to impose on them“. Und dann werde sehr schnell erkennbar werden, daß die Rückgewinnung der Ruhrindustrie ihr oberstes Ziel sein werde. Die Erreichung dieses Ziels aber werde für die Deutschen das erste sichtbare Zeichen für die Wiedererringung ihrer Freiheit sein, und sie würden dann beginnen, „to work out their own destiny in true German fashion“.

Die Schlußfolgerung aus dieser Einsicht war für Sargent eindeutig: „The easier therefore we make it for the German people to recover control of the Ruhr industry, the greater will be risk we run of hastening the revival of a German Government bent on rebuilding Hitler's shattered world.“ Man sei manchmal versucht, so fuhr er fort, sich mit dem Gedanken zu trösten, daß letztlich die Po-

litik eines Landes von ökonomischen Zwängen und Interessen bestimmt werde. Er könne nur hoffen, daß dies in Zukunft auch in Deutschland so sein und Deutschland sich friedliebend und zur Zusammenarbeit bereit zeigen werde. Allerdings hatte er seine Zweifel: „But to misquote the Bible, „man does not live by bread alone but by every word that proceedeth from the mouth of his own particular god – whatever that god may be“, sei es eine bestimmte Ideologie, historisch begründete Vendetta, Rassenhaß, eine besonders bösartige Form von Patriotismus oder das unverhohlene Verlangen nach Rache und das Pochen auf Wiedererlangung bestimmter Rechte. „On the altar of any of these gods a people will often sacrifice its most obvious economic interests, nor can we dare to assume that the German people of the future will never again worship any such god, just to worship him may involve economic sacrifices or physical hardships.“³⁰

Zweifelsohne befand sich Sargent mit seiner Einschätzung der Lage in weitgehender Übereinstimmung mit Bevin. Auch für Bevin war das Sicherheitsmotiv das bestimmende Element seiner Deutschlandpolitik. Er war entschlossen, Hynd in die Schranken zu verweisen, der, unberührt von den Überlegungen im Foreign Office, darum bemüht war, den Kabinettsbeschuß vom 12. Dezember in die Tat umzusetzen. In der Kabinettsitzung am 6. Januar plädierte er dafür, bei der Ernennung der Treuhänder keine Verzögerung eintreten zu lassen; eine Kandidatenliste stehe zur Verfügung. In der sich anschließenden Diskussion wurde Hynd unterstützt; es sei von Vorteil, so heißt es im Protokoll, wenn die Regierung unverzüglich eine eindeutige Aktion im Hinblick auf die Sozialisierungspolitik ankündigen werde. Nach Lage der Dinge konnte das nur die Ernennung von Treuhändern sein. Am Ende dieses Tagesordnungspunktes wurde jedoch nicht Hynd, sondern Bevin aufgefordert, diese Frage zu prüfen und dem Kabinett – allerdings nach Rücksprache mit Hynd – zu berichten, ob jetzt nicht ein entsprechender Schritt unternommen werden konnte³¹.

Dieser Beschluß war für Hynd eine herbe Enttäuschung, hatte er doch bereits die notwendigen Vorbereitungen für die Ernennung von Treuhändern abgeschlossen. Er ließ sich dennoch nicht entmutigen. Noch am Abend des 6. Januar wurde im COGA der Entwurf für eine Kabinettsvorlage betr. Sozialisierung fertiggestellt; für den 8. Januar hatte Bevin eine Unterredung im Foreign Office mit Vertretern von COGA angesetzt; am 7. Januar übersandte Hynd Bevin unter ausdrücklichem Hinweis auf den Kabinettsbeschuß vom 12. Dezember diesen Entwurf; ein zweites Exemplar schickte er an Attlee³².

Hynd schlug vor, den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und ausgewählte Unternehmen des Maschinenbaus und der Chemieindustrie in der gesamten britischen Zone zu sozialisieren. Für den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie sollten unmittelbar nach einer entsprechenden Ankündigung durch den Ober-

³⁰ FO 371/64363/C3284/194/18.

³¹ C. M. (47) 2 v. 6. 1. 1947. CAB 128/9.

³² „Top Secret“; FO 371/64362/C1159/1160/194/18.

befehlshaber Treuhänder ernannt werden, und zwar – und das sollte für das Schicksal dieses Entwurfs entscheidend werden – nicht auf Länder-, sondern auf Zonenebene, d. h. jeweils drei Treuhänder sollten für die entsprechende Industrie in der gesamten Zone verantwortlich sein. Offen blieb auch jetzt, ob die jeweilige Landesregierung oder die Zentralregierung letztlich die sozialisierten Industrien übernehmen würde. Hatte Hynd erwartet, einer Diskussion dieser Frage aus dem Wege gehen zu können, so hatte er sich geirrt: die Kritik im Foreign Office konzentrierte sich genau auf diesen Punkt. Man war dort überzeugt, das von Hynd vorgeschlagene Verfahren bei der Ernennung der Treuhänder impliziere notwendigerweise, daß diese Treuhänder „represent in embryo an authority wider than the Land Government“. Wenn aber die Industrien der gesamten Zone auf diese Weise erst einmal zusammengelegt worden seien, dann werde es bedeutend schwerer sein, „to split them later into Land groups“³³.

In der Sitzung am 8. Januar mußte sich Hynd von Staatsminister McNeil sagen lassen, daß dieses Verfahren „would, in fact, be a first step towards putting the industries under the Central Government“, und Bevin stellte nun unmißverständlich fest, er sei „irrevocably opposed“ gegen einen solchen Schritt. Die Russen zielten seiner Meinung nach auf ein zentralistisches, von staatlicher Bürokratie beherrschtes Deutschland ab, weil sie glaubten, daß sie dieses dann unter kommunistische Kontrolle bringen könnten. Nach britischer Auffassung, die von Franzosen und wahrscheinlich auch von den Amerikanern geteilt werde, führe eine Zentralisierung jedoch zum Wiederaufstieg Deutschlands und, so Bevin, „schließlich zu Krieg“. Hynd verteidigte sich so gut er konnte; die geplante Ernennung der Treuhänder sei im wesentlichen eine Propagandamaßnahme und im übrigen führe er nur einen Kabinettsbeschluß aus.

Nach längerer Diskussion einigte man sich auf die Interpretation, daß der Kabinettsbeschluß vom 12. Dezember „had not been clear“. Bevin schlug dann vor, Control Office und Foreign Office sollten gemeinsam eine entsprechende Kabinettsvorlage erarbeiten, in der jedoch gewisse politische Überlegungen berücksichtigt werden müßten. So wollte er z. B. nicht den Verdacht stärken, „that we were proceeding to build up a West German Government on our own“. Was die amerikanische Haltung angehe, so habe er Byrnes die britische Politik erläutert. Byrnes habe geantwortet, „while he naturally could not express approval, he noted that this was our policy“. Jedoch sei es notwendig, was das Ausloten einer möglichen deutschen Beteiligung bei der Durchführung dieser Politik angehe – durch Befragen deutscher Politiker –, „to be extremely careful not to appear to be acting under American dictation“³⁴.

³³ Draft Cabinet Paper (vgl. Anm. 43).

³⁴ „Note of a discussion in the Foreign Office about the Socialisation of German Industries“. Teilnehmer außer Bevin u. Hynd Staatsminister McNeil, der Parliamentary Under-Secretary for Foreign Affairs, Sargent, Harvey, Hall-Patch, Strang, Dean, Burrows (sämtlich FO); von COGA: Jenkins, Duncan, Oxborrow, Chaput de Saintonge, Haviland; FO 371/64362/C452/194/18.

Im Hinblick auf den letzten Punkt machte ein Bericht der Kontrollkommission wenig später deutlich, daß die entscheidende Voraussetzung, von der die Amerikaner ihre Zustimmung zur Sozialisierung abhängig gemacht hatten, scheinbar leicht zu erfüllen war: die Sozialisierung würde den Deutschen nicht oktroyiert werden, im Gegenteil, die Deutschen würden den ersten Schritt selbst tun. Das zumindest war das Ergebnis geheimer Gespräche, die vom 3.–6. Januar 1947 zwischen Vertretern der Kontrollkommission (Alan Flanders, ehem. Leiter d. TUC-Research Department; H. F. Schumacher) und führenden Politikern von SPD, CDU und Zentrum stattgefunden hatten. Die Initiative zu diesen Gesprächen war von der Kontrollkommission ausgegangen, die auf deutscher Seite, „particularly within the CDU“, hinsichtlich der Sozialisierung sondieren und evtl. eine entsprechende deutsche Initiative vorbereiten wollte.

Dies schien besonders wichtig, da Adenauer aus seiner ablehnenden Haltung in dieser Frage kein Hehl mehr machte. Noch am 8. November hatte er Steel gegenüber unter Hinweis auf die Unterhausrede Bevins vom 22. Oktober klargestellt, daß die Deutschen eine Sozialisierung nicht wünschten. Sozialisierung bedeute mehr Bürokratie; nach dem, was das deutsche Volk in dieser Hinsicht gerade erst durchgemacht habe, wünsche es jetzt aber so wenig Bürokratie wie möglich. Steel bezeichnete Adenauer dann unter Anspielung auf dessen hohes Alter als einen Mann, der „strictly to the old school“ gehöre, und kam zu dem Schluß, über die Möglichkeit einer ernsthaften Opposition der gesamten CDU in dieser Frage brauche man nicht zu sehr beunruhigt zu sein; noch gebe es ja Kaiser mit „powerful lieutenants in the Ruhr“³⁵. Im Foreign Office schloß man

Patrick Dean, geb. 16. 5. 1909; 1939–1945 Assistant, 1945/46 Legal Advisor, FO; 1. 7. 1946–1950 Leiter d. Deutschlandabteilung d. FO; 1956–60 Deputy Under-Secretary of State, FO; 1960–64 UK-Vertreter b. d. UNO; 1965–69 Botschafter in Washington; seitdem in leit. Position in einer amerikan. Bank.

Edmund L. Hall-Patch, geb. 4. 3. 1898; 23. 5. 1946 Deputy Under-Secretary of State im FO.

Sir Oliver Charles Harvey (of Tasburgh), 26. 11. 1893–29. 11. 1968; Councillor and Principal Private Secretary to Secretary of State for Foreign Affairs 1936–39 u. 1941–43; Assistant Under-Secretary of State, FO, 1943–46; Deputy Under-Secretary of State 1946–47, Botschafter in Paris 1948–54.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit Bevin schlug Hynd vor, daß ihm die Verantwortung für politische und wirtschaftliche Fragen in Deutschland übertragen werden sollte. Dies wurde im Foreign Office mit großer Entschiedenheit abgelehnt („there will be continual conflict between the two departments and the two Ministers“); im Hinblick auf die Moskauer Außenministerkonferenz werde dies zu einer „unmöglichen Situation“ führen. Statt dessen wurde vorgeschlagen, COGA aufzulösen und den Deutschlandminister, unter weitgehender Beschränkung seiner Kompetenzen, unmittelbar dem Foreign Office zu unterstellen. Vgl. die Aufzeichnungen v. 6. 1. u. 10. 1. 1947; FO 371/64246/C 6552/53/18. Als Attlee im April dieser Reorganisation zustimmte, trat Hynd zurück. Sein Nachfolger wurde Lord Pakenham, der heutige Earl of Longford, ein konvertierter Katholik. Vgl. auch FO 371/64422 (Future organisation of COGA and its relation with the Foreign Office).

³⁵ Telegr. Nr. 1428 v. 8. 11. 1946 an FO; FO 371/55408/C13722/14/18.

sich dieser Analyse an; Adenauer repräsentiere nur einen Flügel der CDU, der andere Flügel sei „far more ready to cooperate in a progressive policy“³⁶.

Der Vorstoß, den die Kontrollkommission Anfang Januar unternahm, war von Schumacher und Kaiser gebilligt worden; sie hatten Flanders im übrigen auch Ratschläge im Hinblick auf die Auswahl der Gesprächspartner in Nordrhein-Westfalen gegeben: für die CDU waren dies Arnold (stellv. Ministerpräsident NRW), Albers (christliche Gewerkschaften, stellv. Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag) und Strunk (MdL, NRW); für die SPD Nölting (Wirtschaftsminister), Henßler (Vorsitzender SPD-Westfalen, Fraktionsvors. im NRW-Landtag), Gnoß (Vors. SPD-Niederrhein), Halbfell (Arbeitsminister), Agartz³⁷ und Görlinger (Vors. SPD-Mittelrhein).

Das nach Einschätzung von Flanders wichtigste Gespräch fand am Abend des 3. Januar in Düsseldorf statt³⁸. Es kam dort zu vollständiger Übereinstimmung zwischen den Vertretern von SPD und CDU. Die CDU-Vertreter ließen die Idee der gemischt-wirtschaftlichen Betriebsform für die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie fallen und waren jetzt mit der SPD der Meinung, daß zumindest diese Industrien vollständig sozialisiert werden müßten. Mit Nachdruck sprachen sie sich nun für eine deutsche Initiative aus, um auch bei den Anhängern in den eigenen Reihen erst gar nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, man werde vor den Briten lediglich als deren Instrument benutzt. Nölting machte dann den Vorschlag – der von den übrigen Teilnehmern sofort akzeptiert wurde –, den – ernannten – Landtag in dieser Frage einzuschalten; dort sollte eine entsprechende Resolution verabschiedet werden, jedoch lediglich als eine Prinzipienklärung, um den konservativen Kräften keine Gelegenheit zu geben, durch lange Debatten und Untersuchungen über zukünftige Besitz- und Organisationsstrukturen die Angelegenheit zu verzögern.

Die Briten waren hochofreut über das Maß an Gemeinsamkeit zwischen SPD und CDU. Als sie am nächsten Morgen noch einmal mit den SPD-Politikern zusammentrafen, war es daher, wie es Flanders später formulierte, „easy in this situation to present our draft resolution in German“. Die SPD-Vertreter waren zweifelsohne von diesem Schritt einigermaßen überrascht. Sie akzeptierten dennoch das britische Vorhaben, nachdem der Entwurf entsprechend ihren Vorstellungen umformuliert worden war. Das betraf den ersten Satz, in dem nun deutlich wurde, daß die Deutschen selbst die Sozialisierung wünschten; dann erst folgte der Hinweis auf die Erklärung, die Bevin im Oktober 1946 im Unterhaus abgegeben hatte. Für den Begriff „Bergbau“, der den Sozialdemokraten zu eng

³⁶ Aktennotiz Burrows v. 11. 11. 1946; FO 571/55408/C15720/14/18.

³⁷ Viktor Agartz wurde am 18. 1. 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats für Wirtschaft.

³⁸ Teilnehmer auf deutscher Seite: Nölting, Henßler, Arnold, Albers, Strunk. Vor Beginn der Gespräche wurden Flanders und Schumacher vom Regional Commissioner Asbury empfangen, bei dem das Unternehmen „full understanding and approval“ fand.

war, akzeptierten die Briten nun „Kohlenwirtschaft“. Bei der Frage, an wen der Landtag seinen Appell richten sollte – Landesregierung oder Militärregierung –, wurde weitgehend die britische Formulierung übernommen; man sah zwar ein, daß ein Appell an die Landesregierung den deutschen Charakter der Initiative unterstreichen würde, erkannte aber, daß dies möglicherweise jene Tendenzen stärken würde, die die Industrien in den Besitz der Landesregierung bringen wollten, „which they all wished to avoid“.

Am Nachmittag des 4. Januar informierten die Briten Agartz und Görlinger in Köln über das Ergebnis der Gespräche in Düsseldorf. Beide äußerten vorbehaltlose Zustimmung; ähnlich reagierte wenig später auch Spiecker vom Zentrum. Obwohl zunächst nicht beabsichtigt gewesen war, mit Adenauer zu sprechen – dessen Ansichten bekannt waren –, hielt man es jetzt angesichts des erfolgreichen Verlaufs der Gespräche nicht nur für einen Fehler, sondern geradezu für gefährlich, entsprechend zu verfahren und so den Eindruck zu erwecken, man habe Adenauer mit Absicht von diesen Gesprächen ausgeschlossen. Adenauer empfing die Briten sehr freundlich, die Unterredung war sehr sachlich, brachte aber nichts Neues. Schumacher und Flanders wurden lediglich in ihrem Eindruck bestärkt, daß Adenauers „entire economic and political outlook had remained unchanged since the early twenties and that he was completely out of touch with modern thought“. Kaiser, der den Briten vertraulich mitgeteilt hatte, er wolle nach Köln kommen „and open a campaign against Adenauer's leadership“, war scheinbar von ganz anderer Qualität.

Von besonderem Interesse war auch der Besuch bei Heinemann (Justizminister, Oberbürgermeister von Essen) am 6. Januar. Entgegen der Warnung von Agartz und Görlinger, die ihn als den wahrscheinlich gefährlichsten Gegner der Sozialisierungspolitik innerhalb der CDU und als wenig kooperativ gegenüber den Gewerkschaften beschrieben hatten, hinterließ Heinemann jetzt einen ausgezeichneten Eindruck als ein Mann, „who really understood the problems, who was not dogmatic“ und der bemüht war, praktische Lösungen zu finden. Im Hinblick auf die Gewerkschaften sprach sich Heinemann für deren Beteiligung im Management aus. „We did not have the impression“, so hieß es abschließend in dem Bericht der Briten, „that he would oppose public ownership.“³⁹

Nach dieser Reise schien also die in der Vergangenheit auf britischer Seite immer wieder geäußerte Erwartung im Hinblick auf ein mögliches Zusammengehen von SPD und linkem CDU-Flügel in der Sozialisierungspolitik mehr als gerechtfertigt zu sein, ein weiteres Zögern auf britischer Seite – etwa mit Rücksicht auf die USA – dagegen kaum noch. Daß es solche Verzögerungstendenzen im Foreign Office und in der Kontrollkommission gab, davon war zumindest Hynd überzeugt. Genauso blieb es seine Überzeugung – trotz des Berichtes von

³⁹ „Top Secret. Report on Visit to Land North Rhine/Westphalia“ v. 8. 1. 1947; FO 371/64362/C1147/194/18.

Flanders –, daß die Regierung von Nordrhein-Westfalen „was likely to be of a C. D. U. character“⁴⁰.

Entgegen der Absprache mit Bevin legte er am 19. Januar eine eigene Kabinettsvorlage vor, offensichtlich in der Hoffnung, im Kabinett, insbesondere bei Attlee, Unterstützung zu finden. In dieser Vorlage hielt Hynd an seinen alten Positionen fest: Er erinnerte an den Sicherheitsaspekt der Sozialisierungspolitik, wies aber zugleich mahnend auf die Notwendigkeit hin, dies dürfe nicht „obscure or confuse the economic, political and psychological reasons which underly our general advocacy of socialisation in Germany“. Aus diesen Gründen sei es weder logisch noch gerecht, „to deny the benefits of socialisation to German industry in general by confining the plan to one region“. Die Entscheidung darüber, ob Landes-, Zonen- oder Zentralregierung letztlich über diese Industrien verfügen sollten, werde allerdings besser erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz getroffen⁴¹.

Das Vorpreschen Hynds löste im Foreign Office eine sofortige Gegenreaktion aus. Man war sich einig, daß angesichts der Bedeutung der Frage („fundamental“) Bevin dem Kabinett nunmehr eine eigene Vorlage zuleiten müsse. Der Entwurf dieser Kabinettsvorlage zeigt noch einmal mit aller Deutlichkeit die grundlegenden Differenzen zwischen Foreign Office und COGA. Hynds Vorschlag hinsichtlich der Ernennung von Treuhändern für die *gesamte* britische Zone wurde jetzt als „exceedingly dangerous and contrary to our long-term policy for decentralising Germany“ bezeichnet. Das Memorandum von Sir Orme Sargent vom Dezember 1946⁴² wurde wörtlich in die Vorlage übernommen und um weitere Argumente ergänzt: Die Haltung Frankreichs und der kleineren westlichen Alliierten sei von größter Bedeutung. Man habe die französischen Ruhrpläne abgelehnt; um die Franzosen jedoch nicht vollständig zu enttäuschen, „we must offer them some constructive alternative as near as possible to their original conception“. Würde man die Ruhrindustrie einer Zentralregierung unterstellen, dann wäre das „as far as it is possible to go from French ideas“, mit schwerwie-

⁴⁰ Vgl. Aufzeichnung Dean v. 31. 1. 1947; FO 371/64363/C1834/194/18.

Hynd sollte recht behalten; eine gewisse Ernüchterung trat schon nach der ersten großen Sozialisierungsdebatte im ernannten NRW-Landtag am 4./5. März ein, in dem der SPD-Antrag abgelehnt wurde.

⁴¹ „Top Secret, Socialisation of the German Basic Industries“. C. P. (47) 26, FO 371/64362/C1160/194/18. Bezeichnend für die Haltung Hynds war auch die Auswahl der Treuhänder, die, so Hynd, eher nach politischen als funktionalen Gesichtspunkten vorzunehmen sei, da ihr primär politische und psychologische Bedeutung zukomme. Für den Bergbau waren vorgesehen: Lembke, Direktor der Braunkohlenwerke Braunschweig/Helmstedt („politically reliable member of SPD“); Franz Spliedt (Hamburger Gewerkschafter); J. Ernst („well-known CDU Catholic Trades Union Leader“); für die Eisen- und Stahlindustrie: A. Halbfell (NRW-Arbeitsminister); G. Heinemann (als Ergebnis des Gesprächs v. 6. 1. 1947 mit Flanders); A. Remmele (Hamburg, Konsumgenossenschaft); für weitere Ernennungen wurde u. a. Heinz Renner („much respected KPD-Leader“) empfohlen.

⁴² Vgl. oben, S. 174 ff.

genden Auswirkungen auf die gesamte französische Politik „and on their general attitude towards us“⁴³.

Bevin selbst reagierte ebenfalls verärgert. Seit der Einrichtung des Control Office hatte es ständig Auseinandersetzungen mit Hynd gegeben: „I will have one more discussion with Hynd“, notierte er an den Rand des Begleitdokuments zur Kabinettsvorlage⁴⁴. Zu diesem Gespräch ist es dann jedoch nicht mehr gekommen. Anstelle von Bevin sprach am 30. Januar 1947 Staatsminister McNeil mit Hynd. Das Ergebnis war eindeutig: Hynd zog seine Kabinettsvorlage zurück und überließ es dem Foreign Office, eine entsprechende Vorlage zur Abstimmung im Kabinett zu bringen⁴⁵. Am 3. Februar legte Sir Oliver Harvey Außenminister Bevin diese Vorlage⁴⁶ mit der Bemerkung vor, im Grunde genommen sei die Ernennung von Treuhändern nicht sehr wichtig; um jedoch dem wachsenden Argwohn zu begegnen, die Kontrollkommission und das Foreign Office seien gegen eine Sozialisierung – was *nicht* der Fall sei –, sei es am besten, sofort Treuhänder zu ernennen⁴⁷. In der Sitzung des Kabinetts am 4. Februar 1947 fiel die Entscheidung gegen Hynd. Er konnte sich mit seinen Argumenten, insbesondere mit der Warnung, die Regierung von Nordrhein-Westfalen werde von konservativen Kräften beherrscht, weshalb die Übertragung großer Macht an sie jene fortschrittlichen Elemente schwäche, „whose influence it was to our interest to strengthen“, nicht durchsetzen. Das Kabinett entschied im Sinne Bevin: Treuhänder für die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie sollten auf Länderebene ernannt werden. Luftmarschall Douglas sollte die Landesregierungen so schnell wie möglich entsprechend informieren.

In dieser Sitzung fielen noch weitere Beschlüsse: Für die Kohlenindustrie und für die Eisen- und Stahlindustrie in der gesamten britischen Zone sollte je ein deutscher Beirat („Advisory Committee“) gebildet werden, zunächst mit beratender Funktion, aber nach und nach auch mit exekutiven Funktionen. In der eisenverarbeitenden und der chemischen Industrie sollte der Oberbefehlshaber nunmehr die Kontrolle übernehmen; hier sollten Treuhänder und Beirat erst dann ernannt werden, wenn feststand, welche Unternehmen aus diesen Bereichen sozialisiert werden sollten. Die Entscheidung darüber, wie im einzelnen die Sozialisierung und das „öffentliche Eigentum“ schließlich aussehen werde, wurde bis nach der Moskauer Außenministerkonferenz verschoben. In der Zwischenzeit sollte nichts unternommen werden, was darauf hindeuten konnte, daß „ownership of these industries would eventually be vested in a central German Government“⁴⁸.

⁴³ Draft Cabinet Paper, Socialisation of Ruhr Industries, January, 1947; FO 371/64364/C3290/194/18.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Aktennotiz Dean v. 31. 1. 1947; FO 371/64364/C1864/194/18.

⁴⁶ C. P. (47) 37, Secret. CAB 129/16.

⁴⁷ Aktennotiz O. Harvey: „Brief for the Secretary of State. Socialisation of the German Basic Industries“ v. 3. 2. 1947; FO 371/64363/C1837/194/18.

⁴⁸ C. M. 16 (47), 4. 2. 1947. CAB 128/9.

Zweifellos hat es die britische Regierung mit der Sozialisierungspolitik in ihrer Zone zu diesem Zeitpunkt ernst gemeint; die Treuhänder sollten denn auch *sofort* ernannt werden. Mit dem Kabinettsbeschuß schien eine Vorentscheidung gefallen zu sein, denn die Ernennung von Treuhändern, das hatte selbst Harvey anerkannt⁴⁰, wurde als der erste Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung dieser Industrien angesehen – auch von den westeuropäischen Partnern, wie sich sehr schnell zeigen sollte. Wenn es damals Gegner der Sozialisierungspolitik im Foreign Office und in der Kontrollkommission gegeben hat, so haben es diese meisterhaft verstanden, ihre Spuren zu verwischen. In den Akten jedenfalls hat sich eine solche Gegnerschaft nicht niedergeschlagen, im Gegenteil, jede weitere Verzögerung bei der Sozialisierung wurde dort mit dem Ausdruck des Bedauerns vermerkt.

Zu den erstaunlichen Tatsachen gehört zweifelsohne auch, daß nicht etwa die USA, wie aufgrund der Entwicklung des Jahres 1946 in der amerikanischen Zone – insbesondere in Hessen – und dann wenig später auch in der britischen Zone, zu erwarten gewesen wäre, die Ausführung dieses Kabinettsbeschlusses verhinderten, sondern die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs. Ihre Vertreter lösten wenige Tage nach der Kabinettsitzung vom 4. Februar 1947 einen „Proteststurm“⁴¹ gegen die geplante Ernennung von Treuhändern aus.

Botschafter Massigli übergab Sargent am 8. Februar eine Note, in der auf die große Gefahr hingewiesen wurde, die nach Meinung der französischen Regierung mit diesem Schritt für die Sicherheit Frankreichs verbunden war. Man befürchte, daß damit der Weg zur Sozialisierung auf nationaler Ebene und zur Übernahme der sozialisierten Industrien durch eine deutsche Zentralregierung oder die Regierung, die einmal die britische Besatzung ablöse, freigemacht werde, und daß die Deutschen dies als die moralische Anerkennung ihres Besitzrechts an der Ruhr durch die Briten interpretieren würden. So werde jede andere Regelung präjudiziert. Das aber sei um so bedauerlicher, als sich die französische Regierung wenige Tage zuvor erneut für die Internationalisierung der Ruhrindustrien ausgesprochen habe⁴².

Am 17. Februar übermittelte der niederländische Botschafter in London, Baron Bentinck, den Protest seiner Regierung, der sich insbesondere gegen die Sozialisierung holländischen Besitzes im Ruhrgebiet richtete; eine Entschädigung war, wie der Baron deutlich machte, „of no interest whatever“ für die niederländische Regierung⁴³.

Zwei Tage später teilte der Botschafter Luxemburgs Sargent mit, auch seine Regierung sei „alarmed“ über die britischen Absichten⁴⁴. Einen Tag später wie-

⁴⁰ Vgl. Anm. 47.

⁴¹ So Burrows am 24. 2. 1947, FO 371/64364/C3357/194/18.

⁴² Ebenda, C2177/194/18.

⁴³ Aufzeichnung Dean v. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C2868/194/18.

⁴⁴ Bei dieser Gelegenheit überreichte er Sargent ein entsprechendes Memorandum.

derholte er seinen Protest gegenüber Gilmour Jenkins (COGA)⁵⁴. Ähnlich reagierte die belgische Regierung⁵⁵.

Im Foreign Office war man über die scharfe Reaktion der wichtigsten westeuropäischen Partner gegen die Sozialisierungspolitik zu diesem Zeitpunkt überrascht, insbesondere deshalb, weil Bevin, wie mehrfach betont wurde, ja schon im Oktober 1946 eine entsprechende Absichtserklärung im Unterhaus abgegeben hatte. Nach dem ersten französischen Protest schien man im Foreign Office zunächst geneigt, an der einmal eingeschlagenen Linie festzuhalten und die Treuhänder trotz allem zu ernennen. Dean z. B. hielt eine andere Entscheidung aus politischen Gründen für „völlig unmöglich“, zumal die Amerikaner diese Entscheidung nach seiner Meinung akzeptieren würden und die öffentliche Meinung in der britischen Zone deutlich in diese Richtung tendiere⁵⁶.

Was letzteren Punkt anging, so war man im Foreign Office überzeugt, daß nach Verabschiedung des Ahlener Programms auch die Mehrheit der CDU die Sozialisierungspolitik befürwortete. Das Programm wurde als „erheblicher Triumph“ des linken Flügels der CDU bezeichnet⁵⁷; Adenauer, so urteilte selbst die Kontrollkommission wenig später, „has moved very much closer to Kaiser“⁵⁸. Erst später sollte sich zeigen, daß dies eine Fehleinschätzung war, ebenso irrig wie die Feststellung, das Ahlener Programm, das zeige, daß alle wichtigen deutschen Politiker davon überzeugt seien, dem Chaos in Deutschland könne nicht mit *laissez-faire*-Methoden begegnet werden⁵⁹, stärke die britische Position außerordentlich („vastly“) im Hinblick auf die amerikanische Haltung.

Über die Konsequenzen einer möglichen Verschiebung der Ernennung von Treuhändern war man sich im Foreign Office völlig im klaren: Auf der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz würden den Briten die Hände gebunden sein, und zwar durch eine Verbindung von „capitalist U. S. A., a communist Soviet Russia and a timorous France“; im Unterhaus würden erneut Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Sozialisierungsabsichten aufkommen, und in Deutschland würde man „by appearing to wobble“ den Parteien in die Hände spielen, die ein zentralistisches Deutschland wollten – in erster Linie der KPD. Harvey war noch am 17. Februar der Meinung, man solle dies den Franzosen klarmachen

⁵⁴ FO 371/64364/C3297/194/18. Am 15. Februar hatte der Botschafter Luxemburgs in Washington das State Department von der „größten Besorgnis“ seiner Regierung in dieser Frage unterrichtet; vgl. *Telegr. No 1258 v. 26. 2. 47*, ebenda, C3336/194/18.

Sir (Thomas) Gilmour Jenkins, bis Okt. 1947 Joint Permanent Under-Secretary of State in Charge of German Affairs (FO).

⁵⁵ Vgl. FO 371/64244/C3277/53/18.

⁵⁶ Aufzeichnung v. 11. 2. 1947; FO 371/64363/C2192/194/18.

⁵⁷ Aufzeichnung v. 14. 2. 1947. FO 371/64269/C2472/18. Ähnlich Burrows am 21. 2. 1947: „A notable and important victory for the left wing of the CDU whom we particularly want to encourage“ (FO 371/64364/C3383/194/18).

⁵⁸ *Telegr. v. 24. 2. 1947*; ebenda C2946/194/18.

⁵⁹ Germany, *Weekly Political Summary*; Steel an Bevin, 8. 2. 1947; ebenda C2472/194/18.

und dann „sofort“ Treuhänder ernennen⁶⁰. Premierminister Attlee war der gleichen Meinung; am 17. Februar teilte er Bevin mit, daß entsprechend den Entscheidungen des Kabinetts „action may now be taken to give effect to these decisions“⁶¹.

Orme Sargent hatte dagegen von Anfang an Zurückhaltung signalisiert. Als die Vertreter Belgiens, Hollands und Luxemburgs protestierten und die französische Regierung durch Alphand noch einmal vorstellig wurde, sah er die Gefahr eines „Western bloc“, der gegen Großbritannien gerichtet sei (der Protest Luxemburgs schien ihm außerdem insofern gerechtfertigt, als Luxemburg nahezu vollständig von seiner Stahlindustrie lebte, die wiederum von deutscher Kohle abhängig war). Die Ernennung von Treuhändern war seiner Meinung nach ein „direkter Schlag ins Gesicht“ der Franzosen, der sie „nasty“ und „unmanageable“ machen und Gegenaktionen hervorrufen könnte: „Indeed we might undermine our treaty negotiations with the French.“⁶² Seine Empfehlung war eindeutig: „We should go slow“ und die Ernennung von Treuhändern verschieben, ohne die Sozialisierungspolitik als ganzes zu ändern oder gar in Frage zu stellen⁶³.

Selbst im Foreign Office wurden diese Überlegungen Sargents z. T. nur widerwillig akzeptiert. Burrows warnte am 21. Februar, eine Verschiebung werde einen „most depressing effect on the more reasonable elements in Germany“ haben; sie werde ein Geschenk für kommunistische Propaganda sein und nicht ohne negative Auswirkungen auf die Landtagswahlen am 20. April und die Gewerkschaften in Berlin bleiben⁶⁴.

Hynd war völlig anderer Ansicht als Sargent; er betrachtete die Anweisung Attlees „as authority“, wie Sargent bedauernd feststellte⁶⁵. Der Konflikt war unausweichlich, die Entscheidung mußte auf höchster Ebene, d. h. von Premierminister Attlee getroffen werden. Bevin hatte seinen Beratern schon am 18. Februar mit der Bemerkung zugestimmt, das Control Office sofort zu unterrichten⁶⁶; am 22. Februar übermittelte er dann Attlee ein entsprechendes Schreiben, in dem die Bedenken des Foreign Office noch einmal zusammengefaßt wurden. Mit grossem Nachdruck („very strongly“) empfahl er, die Ernennung von Treuhändern zu stoppen⁶⁷.

Am gleichen Tag empfing Außenminister Bidault Botschafter Cooper. Im Quai d'Orsay wurde der ganzen Angelegenheit „allergrößte Bedeutung“ beigemessen.

⁶⁰ Aufzeichnung Harvey v. 12. 2. u. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C9292/C3178/194/18.

⁶¹ Schreiben Sir Norman Brook, „Top Secret“; FO 371/64244/C3277/53/18.

⁶² Am 14. Februar hatten die beiden Regierungen Vertragsentwürfe ausgetauscht; am 4. 3. 1947 unterzeichneten die Außenminister Bidault und Bevin sowie die Botschafter Cooper und Massigli in Dünkirchen den britisch-französischen Vertrag; dt. Text in: Europa-Archiv 2(1947), S. 637 f.

⁶³ Vgl. die Aufzeichnungen v. 18. 2., 21. 2., 22. 2. 1947; FO 371/64244/C3277/53/18.

⁶⁴ FO 371/64364/C3383/194/18.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Vgl. Notiz auf Aufzeichnung Sargent v. 18. 2. 1947.

⁶⁷ P. M. (47) 23; FO 371/64244/C3277/53/18.

Bidault gab zu verstehen, daß eine Fortsetzung der britischen Politik als „Bruch vieler Versprechungen“ interpretiert würde; die Ruhr gehöre Europa; würden ihre Industrien nationalisiert und einer deutschen Regierung übergeben, dann werde diese Regierung etwas besitzen, was keine deutsche Regierung jemals vorher besessen habe; unter solchen Umständen würde er die Rückkehr von Herrn Stinnes vorziehen. Bidault versäumte dabei nicht, auf die laufenden Bündnisverhandlungen hinzuweisen; er selbst sei zwar aus ganzem Herzen für einen Beistandspakt, werde jedoch in eine schwierige Situation geraten, wenn er gleichzeitig mit Unterzeichnung dieses Paktes in scharfer Form gegen eine Entscheidung der britischen Regierung hinsichtlich der Ruhr protestieren müsse. Bidault war, wie Cooper noch am selben Tag nach London telegraphierte, „deeply distressed about whole matter“⁶⁸.

Damit war praktisch die Entscheidung gefallen: Am 24. Februar machte sich Attlee nach einem Gespräch mit Bevin die Bedenken des Foreign Office zu eigen⁶⁹. Am 1. März wurden die Botschafter in Paris, Washington, Brüssel und Den Haag und die Militärregierung in Berlin von der Entscheidung unterrichtet, daß die Ernennung von Treuhändern aufgeschoben worden sei⁷⁰. Gleichzeitig wurden die Regierungen, die in London in dieser Frage vorstellig geworden waren, von Sargent um genaue Angaben über entsprechende Besitzanteile an der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Zone gebeten⁷¹.

Die weitere Entwicklung mußte zeigen, inwieweit trotz der Entscheidung Attlees vom 24. Februar dessen Feststellung in der Kabinettsitzung am 6. März zutraf, „there was no intention of departing from the Government's settled policy for socialising these industries“⁷². Ob Attlees Entscheidung ferner die Gefahr gebannt hatte, daß Frankreich in der Ruhrfrage versuchen würde, „to gang up with the Russians“⁷³, mußte sich auf der Außenministerkonferenz zeigen, die am 10. März 1947 in Moskau eröffnet wurde.

⁶⁸ *Telegr. No 166 v. 22. 2. 1947; FO 371/64363/C3009/194/18.*

⁶⁹ *FO 371/64244/C3557/53/18.*

⁷⁰ *FO 371/64364/C3478/194/18.*

⁷¹ *FO 371/64364/C3488/194/18.*

⁷² *C. M. (47) 26th Conclusions, 6. 3. 1947. FO 371/64365/C4530/194/18 u. CAB 128/9.* Im Gegensatz zur Sozialisierung wurden in der Entflechtung Fortschritte erzielt. Nach der Errichtung der NGISC am 20. 8. 1946 war ihr Leiter, Harris-Burland, mit der Ausarbeitung entsprechender Pläne beauftragt worden; am 15. 10. 1946 war eine deutsche Treuhandverwaltung unter Leitung von Dr. H. Dinkelbach eingesetzt worden; nach der Verkündung des Dekartellisierungsgesetzes (Nr. 78) am 11. 2. 1947 (vgl. *Amtsblatt d. Militärreg.*, Nr. 16, S. 412) wurde am 1. 3. 1947 mit der „OPERATION SEVERANCE“ begonnen. Schon im August 1947 waren 16 (bis 1. 4. 1948: 25) Einzelunternehmen mit zusammen 78,85% der gesamten Eisen- und Stahlproduktion aus vorher bestehenden Konzernen herausgetrennt worden. Vgl. u. a. *Brief for U. K. Delegation, CFM, London, November 1947. Re-organization of the Iron and Steel Industry; FO 371/65441/CK1537/156/183.*

⁷³ *Vgl. Aufzeichnung Burrows v. 21. 2. 1947; FO 371/64365/C14182/194/18.*

Außenministerkonferenz in Moskau: Reorganisation der Bizone

Am 9. Dezember 1946 hatten die Außenminister der vier Großmächte in New York den Beschluß gefaßt, am 10. März 1947 erneut in Moskau zusammenzutreffen, um dort den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten⁷⁴. Im Hinblick auf die Tagesordnung in Moskau wurden „unerwartet gute Fortschritte“⁷⁵ erzielt: Am 11. Dezember war man sich einig darüber, was man im einzelnen in Moskau besprechen wollte⁷⁶. Als Bevin am Ende des Jahres Bilanz zog, stand für ihn fest, daß mit diesen Beschlüssen und der Unterzeichnung des Bizonenabkommens „ein neuer Abschnitt“ in der Deutschlandfrage begonnen hatte.

In einer Aufzeichnung, die er für ein Gespräch mit Attlee anfertigte, wird deutlich, was er von dem neuen Abschnitt erhoffte und welche Prioritäten er dabei setzte. Von der Moskauer Konferenz erwartete er demnach zwar keine großen Fortschritte, würde aber dennoch über ihr Scheitern enttäuscht sein; noch einmal betonte er, was er für „wirklich wichtig“ hielt: das Bizonenabkommen mit den Amerikanern⁷⁷. Dieses Abkommen sollte dann auch mehr und mehr in den Mittelpunkt der britischen Deutschlandpolitik rücken. Ein Beitritt der Sowjetunion wurde dabei theoretisch zwar immer noch für möglich gehalten, entsprechend den öffentlich abgegebenen Erklärungen, allerdings von der Erfüllung sehr harter („very severe“) Bedingungen abhängig gemacht⁷⁸: er durfte den britischen Steuerzahler „nicht einen einzigen Dollar oder ein einziges Pfund mehr kosten“, wie Bevin Byrnes und dem amerikanischen Militärgouverneur Clay unmißverständlich klargemacht hatte. Zunächst galt es, die eigene Zone politisch und ökonomisch zu organisieren, was auch die Fortsetzung der Sozialisierungs- und Demokratisierungspolitik bedeutete⁷⁹. Werde die Bizone ein Erfolg, werde sich die

⁷⁴ Zur Konferenz in New York vgl. FRUS, 1946, II, S. 965–1566; FO 371/55927–29/11795/18; hier FO 371/55928/C5333/11797/18 (Telegr. Nr. 2474 v. 10. 12. 1946).

⁷⁵ So Bevin in seinem „Brief for talk with P. M. and for inclusion in Cabinet Paper“, ohne Datum (Januar 1947); FO 371/64178/C822/17/18.

⁷⁶ FRUS, 1946, II, 1530 f. Schon am 7. Dezember war beschlossen worden, die Stellvertretenden Außenminister mit der Vorbereitung der Konferenz zu beauftragen. Ebenda, S. 1469 f., u. „British Record of the Eighteenth Meeting...“; FO 371/55028/C15418/11797/18.

⁷⁷ Vgl. Anm. 75.

⁷⁸ Sie waren schon in der Kabinettsvorlage vom 17. Oktober 1946 genannt worden, C. P. (46) 383, CAB 129/15. In diesem Zusammenhang wies Bevin ausdrücklich auf ein Memorandum von Sir William Strang hin, in dem dieser die russische Wirtschaftspolitik in Deutschland analysiert hatte. Vgl. C. P. (46) 461, 17. 12. 1946, CAB 129/15.

⁷⁹ Das Urteil Bevins über die SPD in diesem Zusammenhang fiel nicht sehr schmeichelhaft aus: „I do not by any means regard Dr. Schumacher and some other elements in the SPD as entirely satisfactory and it would be a mistake to try and accomplish our ends in Germany through the SPD only while excluding the CDU and any other elements which can give valuable help“. Dennoch wurden die Sozialdemokraten auch an dieser Stelle als „best

Verhandlungsposition gegenüber den Russen außerordentlich verbessern. Unter diesen Umständen, so Bevin, „we need not press on too quickly with insisting on reaching agreement with our Allies on plans for the future of Germany“⁸⁰.

Ähnlich argumentierte er in einer umfangreichen Kabinettsvorlage („a new Potsdam Agreement“) vom 20. Februar. Auch hier standen die Bizone und die Bedingungen für die „wirtschaftliche Einheit“ Deutschlands im Mittelpunkt, die, so die Interpretation Deans in der Vorbereitungsphase, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht von den Russen akzeptiert würden, mit dem Ergebnis, daß es dann eben nicht zu einer wirtschaftlichen Einheit kommen werde. Das wurde jedoch nicht als besonders gravierend betrachtet, da man davon überzeugt war, daß die wirtschaftliche Einheit „on other than our own terms“ außerordentlich gefährlich und teuer werden würde und daß „the onus for rejection would be placed on the Russians rather than on us“⁸¹. Als weitere Themen für Moskau wurden die Reparationen und die Änderung des Industrieniveauplans (Erhöhung der Stahlquote auf 10 Mio. t) genannt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die in der Vorlage angestellte Analyse der langfristigen russischen Deutschlandpolitik: Nach Meinung der Briten ging es den Russen 1. um Schaffung eines Einheitsstaates mit starker Zentralregierung (die man sich nur kommunistisch beherrscht vorstellen konnte), 2. um Abbau des Industriepotentials bis zu dem Punkt, an dem Deutschland keine Gefahr mehr für Rußland darstellen würde, 3. um Entnahme von Reparationen in Höhe von 10 Mrd. Dollar, die nur durch Lieferungen aus den Westzonen erreicht werden könnten, 4. um Ausnutzen der gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland („favourable to the spread of Communist doctrine“) und 5. um Teilnahme an einer Kontrolle der Ruhr (die durch die vier Besatzungsmächte durchgeführt werden sollte), um auf diese Weise zu verhindern, daß Westdeutschland „being controlled solely by the Western Powers“⁸².

So spekulativ diese Analyse bleiben mußte, in einem Punkt bestand Gewißheit: die Sowjets würden in Moskau eine Viermächte-Kontrolle für die Ruhr – vergleichbar der Kommandatura in Berlin – fordern. Das zumindest war ein Ergebnis der Besprechungen der Stellvertretenden Außenminister in London gewesen: Bei der Anhörung der kleineren Nationen hatten die Vertreter von Bjelo-

supporters“ der Briten bezeichnet. Auf ihnen ruhte trotz aller Vorbehalte die Hoffnung auf ein besseres, demokratisches Deutschland; sie waren dabei allerdings nur das kleinere Übel: „We must continue to make the best of Schumacher and Co“, wie Burrows am 17. 12. 1946 nach dem Besuch der SPD-Delegation in England notierte; FO 371/55377/C15468/2/18.

⁸⁰ Vgl. Anm. 75.

⁸¹ Aufzeichnung v. 23. 1. 1947; FO 371/64181/C1383/17/18.

⁸² C. P. (47) 68, 20. 2. 1947, „Top Secret. Main Short Term Problems Confronting Us In Moscow. Summarized Conclusions and Recommendations“. CAB 129/17. Vgl. auch Aufzeichnung Dean v. 12. 2. 1947 u. Aufzeichnung Harvey v. 24. 2. 1947; FO 371/64188/C 3395/17/18.

rußland und der Ukraine entsprechende Forderungen erhoben⁸³, die aus britischer Sicht „can clearly be regarded as a Russian proposal“⁸⁴.

Würde die Sowjetunion somit an ihrer schon auf der Potsdamer Konferenz erhobenen Forderung festhalten, so hatte sich die Position Frankreichs verändert. Am 1. Februar war den Regierungen in Washington, London und Moskau ein Memorandum überreicht worden, in dem jetzt die wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes gefordert wurde: Bergwerke und Industriebetriebe an der Ruhr sollten unter ein besonderes Regime gestellt und eine internationale Kontrolle eingeführt werden, das Eigentum an diesen Betrieben vollständig auf jene Nationen übergehen, die gegen Deutschland gekämpft hatten und daher auch den Friedensvertrag unterzeichnen würden; Verwaltung und Management sollten den besonders interessierten Mitgliedern dieser Nationen übertragen werden⁸⁵. Auch wenn offiziell dementiert wurde, daß damit die Forderung nach politischer Separierung des Ruhrgebietes von Deutschland aufgegeben worden sei, wurde dies – zu Recht – von der Öffentlichkeit und den übrigen Mächten so interpretiert. In der französischen Ruhrpolitik hatte ein neuer Abschnitt begonnen. Der Vorstoß schien insofern nicht ungeschickt, als der neue Plan im Prinzip genau jenen Vorstellungen entsprach, die die Briten noch ein Jahr vorher entwickelt hatten⁸⁶, aber er hatte nun keine Chance mehr. In der Sitzung des Overseas Reconstruction Committee (O. R. C.: ein Kabinettsausschuß) am 24. Februar rückte Bevin denn auch die Perspektiven zurecht: Als man selbst die Internationalisierung vorgeschlagen habe, hätten die Franzosen auf der politischen Abtrennung des Ruhrgebietes bestanden. Inzwischen habe sich die Situation völlig verändert. Das Bizonenabkommen schließe jede internationale Kontrolle aus; die Franzosen seien entsprechend gewarnt worden, und es sei „no longer possible“, den französischen Plan zu unterstützen⁸⁷.

Noch im Februar 1947 wurde Frankreich über diese Entscheidung informiert. Die Argumente, die Paris genannt wurden, waren die gleichen, die im Frühjahr 1946 zur Ablehnung des eigenen Plans geführt und nichts von ihrer Gültigkeit verloren hatten („equally valid today“), nämlich: a) das Sicherheitsproblem: die Deutschen könnten die Alliierten gegeneinander ausspielen; b) Konflikte hinsichtlich der ausländischen Besitzanteile; c) ausländischer Besitz würde unver-

⁸³ FRUS, 1947, II, S. 64, 68.

⁸⁴ Vgl. „Proposals for the Future of the Rhineland and the Ruhr“, Februar 1947; FO 371/64367/C6624/194/18. Zu den Besprechungen der stv. Außenminister (Robert Murphy, Sir William Strang, Couve de Murville, Fjedor Gusew) in London v. 14. 1.–25. 2. 1947 vgl. FRUS, 1947, II, S. 1–112; Hinweise auf die Memoranden der einzelnen Länder ebenda, S. 41–104; FO 371/64176–89. Dt. Übersicht in: Europa-Archiv 1 (1946/47), S. 490–499.

⁸⁵ Abgedruckt in: Documents Français Relatifs à L'Allemagne (Août 1945–Février 1947), Paris 1947, S. 60 f., dt. in: Europa-Archiv 1 (1946/47), S. 626–28; engl. CPM/47/M/117; FO 371/64366/C6066/194/18.

⁸⁶ Vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage.

⁸⁷ „Secret“, O. R. C. (47) 2nd Meeting, Conclusions of a Meeting held in Conference Room 'B', Cabinet Office... on Monday, 24th February, 1947, at 3.45 p.m. CAB 134/597.

meidlich zu schweren Arbeiterunruhen führen; d) Mangel an ausländischem Personal; e) Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung. Jetzt kam noch hinzu, daß die Sozialisierung die Internationalisierung ausschloß; würde aber die Sozialisierung aufgegeben, dann würde man „permanently antagonize the only democratic elements in Germany on whom it is possible to base any hope for the future“⁸⁸. Das eigentliche Argument zielte jedoch in eine andere Richtung: Eine internationale Kontrolle, in welcher Form auch immer, hätte sowjetische Präsenz im Ruhrgebiet bedeutet, zu einem Zeitpunkt, wo sich, wie Harvey am 17. Februar notierte, Großbritannien und die USA darin einig waren, „to keep all outsiders out while we rehabilitate the Ruhr“⁸⁹.

In dem Memorandum, das dem O. R. C. vorlag, wurde dieser Gedanke weiter ausgeführt. Unter Hinweis auf die Vorschläge Bjelorußlands und der Ukraine wurde es jetzt als geradezu schicksalhaft angesehen, die Russen zumindest für die nahe Zukunft aus dem Ruhrgebiet herauszuhalten. Bevin war überzeugt, daß die Russen im Ruhrgebiet „would be mainly destructive“, daß sie größtmögliche Vorteile für sich herauschlagen und gleichzeitig eine Situation schaffen wollten, die der Ausbreitung des Kommunismus dienen und so weit wie möglich die angestrebte wirtschaftliche Konsolidierung der Bizone verzögern würde. Für eine Beteiligung an der Ruhr, wenn überhaupt, müßten die Russen einen hohen Preis zahlen: „A general and effective lifting of the Iron Curtain.“

Um in Moskau jedoch in diesem Punkt nicht „purely negative“ aufzutreten, sollte folgende Auffanglinie aufgebaut werden: wie schon ein Jahr vorher in Paris sollte die Ruhr nicht als spezielles Problem, sondern im Rahmen des deutschen Problems behandelt werden. Würde es zur Frage möglicher Kontrollen von Industriegebieten (Ruhr, Sachsen, Berlin) kommen, wollte man vorschlagen, daß die Kontrolle von jenen Mächten ausgeübt werden solle, die in jenen Gebieten am meisten engagiert seien. Diese Politik sollte so lange verfolgt werden, wie man die Russen nicht ins Ruhrgebiet hineinlassen wollte⁹⁰. Die Russen ihrerseits sollten auf die Kontrolle jener Gebiete beschränkt bleiben, in denen sie ohnehin schon einen beherrschenden Einfluß ausübten. Die Logik eines solchen Vorgehens war eindeutig: „It would cost us nothing to recognize this undoubted fact in return for obtaining a comparatively free hand in the West.“ Was die Kompetenzen einer zukünftigen deutschen Zentralregierung anging, so wurde auch hier noch

⁸⁸ „Secret“ O. R. C. (47) 15, 21. 2. 1947. „The Ruhr. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs“; CAB 154/598 u. FO 371/64367/C3120/194/18.

⁸⁹ FO 371/64363/C3120/194/18.

⁹⁰ Harvey bezweifelte dagegen, auf diese Weise die Sowjetunion langfristig von der internationalen Kontrolle der Ruhr ausschließen zu können. Wenn Deutschland vereinigt sei und die britischen Bedingungen für die politische und wirtschaftliche Einheit erfüllt seien, sollte seiner Meinung nach auch die Sowjetunion beteiligt werden – allerdings nur in der Kontrollbehörde, nicht mit Truppen. Als Gegenleistung erwartete man eine entsprechende Beteiligung in der Ostzone oder sogar in Schlesien. Harvey gab jedoch selbst zu, daß dies alles „very speculative and remote“ sei. Aufzeichnung v. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C3120/194/18.

einmal betont, daß diese auch im Hinblick auf Wirtschaftsplanung in jedem Fall sehr begrenzt („strictly limited“) sein müßten; nur so könne das Ruhrgebiet zum Wohle Deutschlands aufgebaut werden, ohne ein Instrument der Aggression zu werden⁹¹.

In London wurde die Moskauer Konferenz trotz der Skepsis hinsichtlich greifbarer Ergebnisse außergewöhnlich intensiv vorbereitet. Dem O. R. C. wurden insgesamt 14, z. T. außerordentlich voluminöse Memoranden zur Beratung vorgelegt, in denen nahezu alle Aspekte der deutschen Frage bis ins Detail untersucht waren⁹². Die Beratungen im O. R. C. erfolgten am 24. und 26. Februar⁹³. Ebenfalls am 26. Februar kam es zu einem umfassenden Meinungs austausch mit H. F. Matthews, dem Leiter der Europaabteilung im State Department, und Robert Murphy (OMGUS)⁹⁴. In nahezu allen die Moskauer Konferenz betreffenden Fragen kam es dabei zu einem „erstaunlichen Maß an Übereinstimmung“. Für die Ablehnung der französischen und russischen Ruhrpläne sicherte Matthews den Briten „complete support“ zu⁹⁵. Damit wurde auch in dieser Frage die Position bekräftigt, die Außenminister Byrnes zuletzt öffentlich in seiner Rede in Stuttgart am 6. September 1946 eingenommen hatte⁹⁶.

In Moskau haben sich die negativen Erwartungen Bevins bald erfüllt: An eine Einigung in den entscheidenden Fragen (zukünftiger Staatsaufbau, Reparationen, Erhöhung des Industrieniveaus, wirtschaftliche Einheit, Grenzen, amerikanischer Plan zur Entmilitarisierung, Ruhr) war angesichts der unterschiedlichen Auffassungen von Anglo-Amerikanern auf der einen und Franzosen und

⁹¹ Vgl. Anm. 88.

⁹² Die Memoranden in CAB 134/598.

⁹³ CAB 134/597.

⁹⁴ Teilnehmer v. brit. Seite: Harvey (Vorsitz), Sir W. Strang, Makins, Dean, Burrows, Wilson (polit. Fragen), Lord Jellicoe (claims on Germany). Vgl. „Record of a meeting...“ Secret; FO 371/64244/C3564/53/18.

⁹⁵ Aufzeichnung Harvey v. 1. 3. 1947, ebenda. Vgl. auch Telegr. Nr. 442 (Secret), Bevin am 5. 3. 1947 an Botschafter in Washington, Lord Inverchapel; FO 371/64244/C3685/53/18.

⁹⁶ Text der Rede in: Documents on Germany, 1944–1970, Committee on Foreign Relations, United States Senate, Washington 1971, p. 59–67. Vgl. auch John Gimbel, Byrnes Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, VfZ 20 (1972), S. 39–62, der jedoch in seiner Interpretation – die Rede sei einseitig gegen die frz. Politik gerichtet gewesen – nicht überzeugt. In der Tat ist das genaue Gegenteil richtig; es ging tatsächlich um eine Neuorientierung der amerikanischen Politik, die Rede richtete sich gegen Moskau. Außenminister Bevin berichtete am 1. 9. 1946 nach einer Unterredung mit Byrnes aus Paris u. a.: „Mr. Byrnes said that United State Department and military authorities had been influenced in all their action up to now by the Morgenthau policy... they had now come to the conclusion that this was the wrong policy, and that while Germany must be held down militarily, it was necessary in view of the policy Russia was following, that Mr. Byrnes should at a suitable date make a statement on the following lines...“ Der weitere Verlauf dieser Unterredung zeigt eindeutig, daß nicht Paris, sondern primär Moskau der Adressat dieser Rede war. Vgl. FO 371/55844/C10434/2860/18. Zur amerikanischen Haltung in der Vorbereitungsphase für Moskau vgl. FRUS, 1947, II, S. 221 ff.

Sowjets auf der anderen Seite nicht zu denken; darüber konnten auch Erfolge in weniger wichtigen Fragen nicht hinwegtäuschen.

Der Ruhrfrage kam dabei auch in Moskau „überragende Bedeutung“⁹⁷ zu; von ihrer Lösung hing zum großen Teil auch die Lösung der meisten übrigen Fragen ab, insbesondere die Frage der wirtschaftlichen Einheit, der Reparationen und des Industrieniveaus. Schon in der zweiten Verhandlungswoche machten die Außenminister die Haltung ihrer Regierungen unmißverständlich klar⁹⁸, noch ehe dieses Thema dann auf der 25. und 26. Sitzung am 10. und 11. April entsprechend der Tagesordnung behandelt wurde. Die Standpunkte waren bekannt; es wurden denn auch nur vorbereitete Erklärungen abgegeben. Bemerkenswert war lediglich, daß Molotow am 11. April zwar erneut mit aller Schärfe eine politische Abtrennung des Ruhrgebiets und Rheinlands ablehnte, aber Bidault doch insofern entgegenkam, als er eine genaue Prüfung des französischen Plans vom 1. 2. 1947 verlangte, den Bidault am Tag zuvor erneut vorgelegt hatte⁹⁹.

Zu diesem Zeitpunkt rechnete Bevin bereits mit dem Scheitern der Konferenz, und er war jetzt entschlossener denn je, die Bizone zu einem Erfolg zu machen. Die Arbeit der Bizone mußte auf einer neuen Grundlage fortgesetzt werden. Dazu war notwendig: „Greater economic co-ordination“ und, daraus folgend, „closer political co-ordination“ mit den Amerikanern¹⁰⁰. Entsprechende Gedanken hatte er schon im Vorfeld der Konferenz entwickelt¹⁰¹ und vom Kabinett am 27. Februar billigen lassen¹⁰².

Noch in Moskau leitete er jetzt die entsprechenden Schritte ein. Bei einem Mittagessen mit Marshall am 8. April schnitt er „on his own initiative“, wie es im amerikanischen Protokoll heißt, die Frage an, was im Falle eines Scheiterns der Konferenz in der Bizone zu tun sei, und er schlug vor, den Industrieniveauplan zu revidieren (Erhöhung der Stahlquote für die Bizone auf 10 Mio. t), einen Reparationsplan aufzustellen und den Deutschen „the final score against them“ mitzuteilen¹⁰³. Gleichzeitig ging es ihm darum, noch in Moskau die Vorausset-

⁹⁷ „Crucial importance“, wie es in einem zusammenfassenden britischen Memorandum heißt, das in Moskau am 21. 4. 1947 zur Unterrichtung der neuseeländischen Regierung erstellt wurde; „Secret, The Ruhr“; FO 371/64566/C6554/194/18.

⁹⁸ Molotow am 17., 19., 20. März, Bidault am 18., 20., 21. März, Bevin am 19. u. 20. März. Vgl. FO 371/64193/C4612/64194/C4773/C4774/C4666/194/18; FRUS, 1947, II, S. 262, 264 ff.

⁹⁹ Am 14., 15. u. 16. April wurde die Ruhrfrage erneut angeschnitten. Vgl. FRUS, 1947, II, S. 323 f., 326, 333, 347, sowie FO 371/64199/C5637/C5662/C5848/C5849/64200/C5890/C5946/64201/C6330/194/18.

¹⁰⁰ Vgl. C. P. (47) 68 v. 20. 2. 1947.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Vgl. das Protokoll der Kabinettsitzung in CAB 128/9.

¹⁰³ „Memorandum of Conversation, by the Secretary of State“, FRUS, 1947, II, S. 315 f. u. Fußnote 21, wonach Marshall Acheson bat, daß Truman Gelegenheit bekomme, seine Telegramme zu lesen, insbesondere das hier genannte. Vgl. auch das britische Protokoll „Secret, Record of Conversation between Secretary of State and Mr. Marshall“; FO 371/64246/C6526/53/18.

zungen zur Beseitigung jener organisatorischen Mängel zu schaffen, die bei der Realisierung des Bizonenabkommens aufgetreten waren und die das Experiment Bizone offensichtlich gefährdeten¹⁰⁴.

In dieser Frage sollte es dann zu einem „fundamentalen Gegensatz“¹⁰⁵ zwischen Briten und Amerikanern kommen, in dessen Verlauf die Diskussion über die Sozialisierung mehr und mehr in den Mittelpunkt rückte. Clay warnte am 11. April, die Reorganisation der bizonalen Wirtschaftseinrichtungen sei „more fundamental than appear on the surface“¹⁰⁶, und was die Stahlquote von 10 Mio. t angehe, so sei diese Zahl „aus dem Hut gezaubert“ worden¹⁰⁷. Am 14. April wandte sich Bevin direkt an Marshall: Er gab zu verstehen, daß es angesichts der offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten in Berlin möglicherweise besser sei, das Bizonenabkommen aufzukündigen und „work our own Zones separately“; er bat, Clay zu Konsultationen nach Moskau zu beordern¹⁰⁸. Wenn es Bevin jemals gelungen ist, Marshall zu bluffen, dann in diesem Moment. Das Bizonenabkommen war das Fundament, ohne das die gesamte britische Deutschlandpolitik zusammenbrechen mußte, und es war weitgehend das Werk Bevins; eine Aufkündigung von britischer Seite war beinahe undenkbar. Der in deutschlandpolitischen Fragen noch relativ unerfahrene Marshall, der überdies in Moskau in einigen Fragen schlecht informiert war¹⁰⁹, ließ sich dennoch beeindrucken: Noch in Moskau kam es zwischen ihm und Bevin zu einer Übereinkunft hinsichtlich der zukünftigen Bizonenarbeit. Am 18. April einigten sie sich darauf, daß Clay und Robertson in Berlin entsprechende Beratungen auf der Grundlage eines britischen Memorandums aufnehmen sollten¹¹⁰.

In diesem Memorandum wurde u. a. die Verlegung aller Bizonenbehörden in eine Stadt vorgeschlagen¹¹¹. Offen blieb darin die Frage nach der Verteilung der exekutiven und legislativen Zuständigkeiten der neuen Bizonenorganisationen. Hier setzte das Mißtrauen Clays ein. Angesichts der überragenden Rolle dieses Militärgouverneurs in Deutschland war eine erneute Krise in den amerikanisch-britischen Beziehungen die Folge, zumal es Clay offensichtlich auch gelang, Marshall auf dessen Rückreise von Moskau in Berlin mit seinen Argumenten zu überzeugen¹¹². Worum ging es?

¹⁰⁴ Vgl. Memorandum by Major General William H. Draper (Direktor d. OMGUS-Wirtschaftsabteilung) to the Secretary of State (Marshall) v. 15. 4. 1947; FRUS, 1947, II, S. 333 f.

¹⁰⁵ So Bevin in der Kabinettsvorlage vom 30. April 1947; vgl. Anm. 124.

¹⁰⁶ Clay an Draper, FRUS, 1947, II, S. 472, The Papers of General Lucius D. Clay (künftig zit.: Clay Papers), 2 Bde, Bloomington 1974, Dok. Nr. 209.

¹⁰⁷ Clay an Draper, FRUS, 1947, II, S. 476, u. Clay Papers, Dok. Nr. 210, 13. 4. 1947.

¹⁰⁸ FRUS, 1947, II, S. 475.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 929.

¹¹⁰ Marshall an Acheson, 19. 4. 1947; ebenda, S. 357 f.

¹¹¹ Vgl. Memorandum by the British Military Governor for Germany, 17. 4. 1947; ebenda, S. 479 ff.

¹¹² Vgl. Marshall an Clay, 24. 6. 1947; ebenda, S. 931.

Für die Briten lag die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme der Bizone in *mehr* Planung und *mehr* Kontrolle. In Berlin hatte Robertson folgerichtig vorgeschlagen, die bizonalen Verwaltungsämter mit mehr Kompetenzen auszustatten. Clay hatte dies abgelehnt, weil die Verwaltungsämter, insbesondere das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden mit dem Sozialdemokraten Agartz an der Spitze, seiner Meinung nach in jeder Beziehung versagt hatten, was er auf das deutsche Personal zurückführte, dem er sozialistische Neigungen unterstellte und dem er mißtraute („very suspicious of the present German staff . . . , in particular of Dr. Agartz“)¹¹³. Er betrachtete den britischen Vorstoß als den direkten Versuch, „to introduce Socialistic controls which would pave the way to the complete socialisation of the Bizonal area“. Ohne politische Verantwortung der Deutschen könnten die Amerikaner einem solchen Vorgehen nicht zustimmen, das nach Meinung Clays überdies mit den amerikanischen Vorstellungen von Dezentralisierung unvereinbar war und die in der amerikanischen Zone bereits erzielten Erfolge in dieser Frage wieder zunichte machen würde¹¹⁴. Für ihn lauteten die Alternativen: a) Minimum an Kontrollen (Privatinitiative und -unternehmen sollten die Chance zur Beteiligung am Wiederaufbau erhalten); b) politische Fusion der beiden Zonen, d. h. Schaffung eines Bizonen-Parlaments und einer Bizonen-Regierung.

Die Krise war offen ausgebrochen, als Clay am Ende eines zweistündigen Gesprächs mit Sir Cecil Weir, dem Leiter der Economic Sub Division der Kontrollkommission, zu verstehen gab, daß es angesichts der gravierenden Meinungsunterschiede besser sei, wenn jede Besatzungsmacht ihre eigene Zone entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verwalte. Über den Ernst der Lage war man sich auf britischer Seite sofort im klaren: Clay hatte de facto den Bruch des Bizonenabkommens angekündigt. Genau das aber konnten sich die Briten nicht leisten. Es ist schwer zu beurteilen, ob Clay nur geblufft hat. Immerhin beharrte er in einem letzten Gespräch mit Robertson am 26. April auf seiner Haltung, worauf Robertson entgegnete, dies bedeute dann ja wohl „the breaking of Fusion“; man einigte sich darauf, die Angelegenheit den jeweiligen Regierungen zur Entscheidung weiterzuleiten. In einem geheimen Memorandum für Bevin stellte Robertson dazu zusammenfassend fest, das Bizonenabkommen befinde sich nunmehr „in suspended animation“, ein höchst bedauerlicher Zustand, der wohl nicht sehr lange vor der Presse und den Deutschen verheimlicht werden könne¹¹⁵.

Eine Vorentscheidung wurde von britischer Seite am Morgen des 28. April in Berlin gesucht. Wenige Stunden bevor Bevin auf dem Rückflug von Moskau in Berlin eintreffen sollte, fand dort unter Vorsitz von Luftmarschall Douglas

¹¹³ Vgl. Anm. 124.

¹¹⁴ Clay Papers, Dok. Nr. 215. Das von Clay in diesem Schreiben erwähnte Gespräch mit Robertson fand am 26. 4. 1947 statt.

¹¹⁵ Vgl. Anm. 119.

eine Sitzung statt¹¹⁶, in der Robertson über seine Gespräche mit Clay berichtete. Dabei wurde deutlich, daß die Mehrheit offensichtlich für die politische Fusion als Ausweg aus der Krise war. Lord Pakenham machte zwar die Vorbehalte, a) es könnte der Vorwurf erhoben werden, man beende damit die Zusammenarbeit mit den Russen, und b) die Stärkung der bizonalen Bindungen „might interfere with socialisation“, vertrat aber dann selbst die Auffassung, man solle sich von keiner dieser möglichen Schwierigkeiten abschrecken lassen¹¹⁷. Bevin hatte jedoch Bedenken. Er hielt einen solchen Schritt im Hinblick auf die Außenministerkonferenz im November für verfrüht, da damit seiner Meinung nach die Chancen für eine Übereinkunft mit der Sowjetunion negativ präjudiziert würden¹¹⁸. Robertson schlug daraufhin vor, ein Konsultativ- oder Gesetzgebungsgremium aus je drei Vertretern eines jeden Landes einzurichten; dem würde Clay wahrscheinlich zustimmen. Abermals widersprach Bevin: Die Einrichtung eines Legislativorgans für die Bizone stünde im Widerspruch zu den in Moskau vereinbarten Prinzipien. Robertson entgegnete, das von ihm vorgeschlagene Gremium brauche ja nur in Wirtschaftsfragen gesetzgebende Macht zu haben¹¹⁹.

Damit war die Idee des zukünftigen Wirtschaftsrates im Prinzip geboren. Bevin gab zu verstehen, daß er nichts gegen einen Konsultativrat einzuwenden habe, solange er sich im Rahmen der Moskauer Prinzipien bewege, worauf Dean als Kompromiß vorschlug, dem neuen Gremium im Falle eines Scheiterns der Londoner Außenministerkonferenz ab 1. 1. 1948 gesetzgebende Funktionen zu übertragen.

Bevin war einverstanden; für ihn war, wie er noch einmal betonte, „essential“, daß die Bizone ein Erfolg wurde, und zwar „as soon as possible“. Als Grundlage für eine Diskussion mit Clay einigte man sich auf folgenden Vorschlag: der zu errichtende bizonale Wirtschaftsrat sollte a) die bizonalen Behörden in allen Wirtschaftsfragen beraten und b) die Reorganisierung der Wirtschaftsstruktur in der Bizone auf der Grundlage des neuen Industrieniveauplans und des neuen Reparationsplans durchführen. Seine Anweisungen sollten, nach Billigung durch die Militärregierungen, für die Länderregierungen bindend sein. Staatssekretäre

¹¹⁶ Es nahmen u. a. teil: Strang, Robertson, Weir (Leiter der Economic Sub-Division der Kontrollkommission), Pakenham, Hall-Patch, Dean, Playfair.

¹¹⁷ „Record of a meeting in the Commander in Chief's Conference Room in Lancaster House, Berlin, at 10.30 hours on Monday, 28th April, 1947 at which certain questions affecting Germany were discussed in anticipation of the Secretary of State's arrival in Berlin from Moscow on the afternoon of 28th April“; FO 371/64367/C6502/194/18.

¹¹⁸ Vgl. Anm. 119. Im Gespräch mit US-Botschafter Douglas wies er wenig später noch auf einen weiteren Aspekt hin: bei den Deutschen könnte der Eindruck entstehen, „that we were dividing Germany“. Bevin am 1. 5. 1947 an Lord Inverchapel (Conversation with the new United States Ambassador, Mr. Lewis Douglas), Top Secret; FO 371/65068/GE 1863/1465/74.

¹¹⁹ Vgl. „Record of Meeting Held at Sir William Strang's House in Berlin on April 28th. SECRET“, mit Annex I, Bericht Robertson v. 28. 4. 1947 für Bevin; FO 371/64509/C 478/1673/18.

sollten die Leitung der bisherigen bizonalen Verwaltungsämter übernehmen. Sollte nach 10 Tagen noch nicht erkennbar sein, daß die anstehende Frage bis zum 1. Juni zwischen Robertson und Clay geklärt werden konnte, sollte die Angelegenheit auf Regierungsebene zur Sprache gebracht werden¹²⁰.

Als am nächsten Tag Robertson diesen Vorschlag Clay unterbreitete, lehnte dieser rundheraus ab. Er sah darin einen direkten britisch-sozialdemokratischen Vorstoß, mit dem auf kaltem Wege die gesamte Bizone sozialistisch umgestaltet werden sollte. In der Tat hätte die SPD in einem solchermaßen besetzten Wirtschaftsrat eine eindeutige Mehrheit gehabt; eine solche Mehrheit aber repräsentierte nach Meinung Clays nicht die Mehrheit der Wähler. Außerdem blieb er bei seiner Forderung nach voller politischer Fusion, in jedem Fall verlangte er eine „more proportional representation“, als es der vorgeschlagene Wirtschaftsrat war. Clay nutzte die von den Briten ergriffene Initiative jedoch, um in Washington den Entscheidungsprozeß in der Sozialisierungsfrage voranzutreiben. Auf die seiner Meinung nach überragende Bedeutung, die die zu treffende Entscheidung für die gesamte Entwicklung in der Bizone haben mußte, wies er das Kriegsministerium in zwei Telegrammen vom 28. und 29. April hin¹²¹. Murphy unterstützte diesen Schritt; mit Zustimmung Clays leitete er Kopien dieser Telegramme umgehend an das State Department weiter¹²², wobei er ausdrücklich darauf hinwies, daß es sich um „fundamental issues“ handele, die „top level study and decision“ verlangten¹²³.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob Clay mit seinen Befürchtungen recht hatte, daß es sich bei dem britischen Vorstoß um eine britisch-sozialdemokratische Verschwörung handelte, die in erster Linie auf die Sozialisierung über die Grenzen der britischen Zone hinaus abzielte. Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Bevin ging es um die größere Effizienz der Bizonenbehörden, und als Sozialist glaubte er, daß mehr Planung die Antwort sei. In der Kabinettsvorlage, die er seinen Kollegen am 30. April vorlegte, werden die Sozialdemokraten mit keinem Wort erwähnt; in der Frage der Sozialisierung schien er eher darauf bedacht, Befürchtungen zu zerstreuen, denn er machte ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Sozialisierungspolitik für die britische Zone von dem geplanten Wirtschaftsrat nicht berührt werde¹²⁴. In der Sitzung des Kabinetts am 1. Mai wurde Bevin tatsächlich auf diese Zusicherung angesprochen. Auch aus Bevin's Antwort läßt sich nichts schließen, was Clays Befürch-

¹²⁰ „Basis for Discussion with General Clay. Secret“. Annex 2; ebenda. Dieser „Bi-Zonal Economic Council“ sollte entsprechend dem auf der Moskauer Konferenz beschlossenen „German Advisory Council“ (vgl. FRUS, 1947, II, S. 439) zusammengesetzt werden (je drei vom Landtag ernannte Vertreter).

¹²¹ Clay an Noce, Leiter der Zivilabteilung im War Department, in: Clay Papers, Dok. Nr. 215, 216, S. 341–46.

¹²² FRUS, 1947, II, S. 909–914.

¹²³ Ebenda, S. 910.

¹²⁴ Vgl. C. P. (47) 143, 30. 4. 1947. „Top Secret. Implementation of the Fusion Arrangements in the British and United States Zones of Germany“. CAB 129/18.

tungen gerechtfertigt hätte. Als erster Schritt, so Bevin, müsse die Frage des ausländischen Besitzanspruchs mit den Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs, die den britischen Sozialisierungsplänen mit Mißtrauen begegneten, geklärt werden. Es gebe aber Anzeichen, so Bevin sehr vorsichtig, daß die Amerikaner „might not raise objections to this policy if the ownership of the industries were vested in a Land, rather than a zonal authority“¹²⁵.

Der Kompromiß, auf den man sich schließlich einigte, wurde dann doch erst durch das Nachgeben der Briten erzielt. Am 12. Mai gaben sie zu verstehen, daß sie bereit seien, über ihren ursprünglichen Vorschlag hinauszugehen und einen Wirtschaftsrat zu akzeptieren, der zwar kein Bizonen-Parlament, aber doch eine Art parlamentarischer Versammlung sein dürfe; seine Mitglieder sollten von den Landtagen im Verhältnis der Einwohnerzahl und entsprechend den Wahlergebnissen der letzten Landtagswahl gewählt werden. Als Gegengewicht forderten die Amerikaner die Einrichtung eines Exekutivrates, dessen Vertreter von den Landesregierungen bestimmt werden sollten; die eigentlichen Exekutivbefugnisse sollten bei fünf Verwaltungen unter Leitung je eines Direktors liegen, die Direktoren auf Vorschlag des Exekutivrates durch den Wirtschaftsrat gewählt werden¹²⁶.

Nach Lage der Dinge war im Wirtschaftsrat eine „bürgerliche“ Mehrheit, im Exekutivausschuß eine „linke“ Mehrheit zu erwarten¹²⁷. „Formal“ oder „informal commitments“ gegenüber den Sozialdemokraten, wie Murphy vermutete¹²⁸, hielten die Briten nicht davon ab, diesem Kompromiß, von dem sie die gewünschte Effizienz der Bizonenbehörden erwarteten, am 23. Mai zuzustimmen¹²⁹, auch wenn die Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Organen offensichtlich noch nicht völlig geklärt war¹³⁰. Clay war dennoch davon überzeugt, daß „on the whole it appears sound and a step forward“¹³¹.

Am 29. Mai, zwei Tage vor Ablauf der von Bevin gesetzten Frist, verkündeten Clay und Robertson in Berlin das „Abkommen über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung“¹³². Ausdrücklich wies Robertson in einer

¹²⁵ Vgl. das Protokoll in CAB 128/9.

¹²⁶ Murphy an Marshall, 15. 5. 1947; FRUS, 1947, II, S. 920 ff., u. Clay an Noce; Clay Papers, Dok. Nr. 221, S. 352 ff.

¹²⁷ Murphy und Clay rechneten erstaunlicherweise auch im Wirtschaftsrat mit einer SPD-Mehrheit; vgl. FRUS, 1947, II, S. 923. Sie hatten daher den Briten zu verstehen gegeben, daß sie Entscheidungen des Wirtschaftsrats im Hinblick auf weitere Zentralisierung nicht akzeptieren würden.

¹²⁸ FRUS, 1947, II, S. 923.

¹²⁹ Vgl. den Bericht Clays an Noce; Clay Papers, Dok. Nr. 224.

¹³⁰ Vgl. die Äußerung d. bay. Ministerpräsidenten Ehard, zit. in John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971, S. 171. Vgl. hierzu auch FO 371/64508-64515.

¹³¹ Vgl. Anm. 129.

¹³² Text u. a. in: Theo Stammen (Hrsg.), Einigkeit und Recht und Freiheit, München 1965, S. 148 ff. Vgl. auch FRUS, 1947, II, S. 923 f. Offensichtlich steht der Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Ministerpräsidenten-

Pressekonferenz darauf hin, daß das Abkommen nicht den Versuch darstelle, „Deutschland zu teilen“; ähnlich äußerte sich wenig später Clay vor dem Länderrat der amerikanischen Zone¹³³.

„He who pays the piper calls the tune“¹³⁴:
Das Ende der Sozialisierung

a) Die Kohlenkonferenz in Washington

Der Kabinettsvorlage des Foreign Office vom 30. April war als Anlage ein Telegramm von Robertson beigelegt, in dem dieser über seine Unterredung mit Clay vom 29. April berichtet hatte¹³⁵. Demnach war die Frage der Sozialisierung „nur beiläufig“ von Murphy angeschnitten worden; er hatte wissen wollen, ob die Briten beabsichtigten, „on a land basis“ oder „on a broader basis“ zu sozialisieren, und hatte dann deutlich zu verstehen gegeben, daß eine Lösung auf Landesebene „would be preferable from the United States point of view“¹³⁶. Noch einmal schien damit bestätigt worden zu sein, daß bei der Durchführung der Sozialisierungspolitik nicht mit grundsätzlichen amerikanischen Einwänden zu rechnen war. Im britischen Kabinett gab es dennoch weiterhin Skepsis und auch Mißtrauen; man hätte diese Zusicherung lieber schriftlich gehabt. In der Sitzung am 1. Mai wurde Bevin denn auch gefragt, ob nicht beabsichtigt sei, das britische Festhalten an der Sozialisierungspolitik aktenkundig zu machen, „in any written communication to the United States Government“¹³⁷. Dies behagte Bevin jetzt offensichtlich genausowenig wie wenige Monate vorher beim Abschluß des Bizonenabkommens¹³⁸. Wiederum wurde der Gedanke im Kabinett nicht mit dem nötigen Nachdruck vorgetragen. Man begnügte sich mit der Antwort Bevins. Wenig später sollte sich aber zeigen, wie berechtigt das Mißtrauen gewesen war, das – erstaunlich genug – nicht von jenen geteilt wurde, die unmittelbar mit dieser Frage beschäftigt waren. Sie zeichnete ein geradezu naives Vertrauen in die mehr als vagen Äußerungen der Vertreter der amerikanischen

konferenz, die wenige Tage später in München eröffnet wurde, wie der Verf. zunächst an anderer Stelle vermutet hatte (vgl. Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, VfZ 23 (1975), S. 375–453, hier S. 401 f.); überraschenderweise sind jedoch die britischen Akten, die weiteren Aufschluß über die Konferenz geben könnten, nicht zugänglich.

¹³³ Vgl. Europa-Archiv 2 (1947), S. 786.

¹³⁴ Vgl. Anm. 197.

¹³⁵ Telegr. No 681, Appendix B zu C. P. (47) 143, CAB 129/18.

¹³⁶ Der Bericht Clays in: Clay Papers, Dok. Nr. 216. An dieser Unterredung hatten außerdem noch Strang, Weir (Leiter der Economic Sub-Division der Kontrollkommission), Murphy und Draper teilgenommen.

¹³⁷ Vgl. Anm. 125.

¹³⁸ Vgl. Anm. 24.

Militärregierung in Deutschland, in erster Linie Clay und Murphy, aus. So spielte in den verschiedenen einschlägigen Beratungen, die noch bis Mitte Juni stattfanden, die amerikanische Haltung so gut wie gar keine Rolle. Noch am 28. April wurde in einer Besprechung in Berlin gesagt, in der Öffentlichkeit sei der falsche Eindruck entstanden, daß die Amerikaner gegen die britische Sozialisierungspolitik seien, „while in fact it was the other Western Powers“¹³⁹.

Auf britischer Seite ging es um ganz andere Probleme, nämlich 1. um die Ernennung von Treuhändern, 2. um die Frage, ob die Landesregierungen oder eine Zentralregierung die Verfügungsgewalt über die sozialisierten Industrien erhalten sollten, und 3. um die Entschädigung der ausländischen Besitzer. Hier gingen die Meinungen nach wie vor erheblich auseinander. Es bedurfte zahlreicher Besprechungen, bis man Bevin am 16. Juni den Entwurf eines entsprechenden Cabinet Papers vorlegen konnte – mit dem Ergebnis, daß er ihn ablehnte.

Wo lagen die Schwierigkeiten? Ad 1: In dieser Frage wurde zeitweise der Gedanke verfolgt, ganz auf die Ernennung von Treuhändern zu verzichten und statt dessen sofort mit Stufe B der Sozialisierungspolitik zu beginnen (d. h. Errichtung der Gesellschaften, von denen die Industrien übernommen werden sollten)¹⁴⁰. Er wurde dann aber wieder fallengelassen; man erinnerte an die beabsichtigte psychologische Wirkung, mit der die Ernennung der Treuhänder verbunden werden sollte: man wollte sie nämlich als entschiedenen Hinweis auf die Entschlossenheit der britischen Regierung verstanden wissen, die Sozialisierung auch tatsächlich durchzuführen. Ein Verzicht werde von den Deutschen dahingehend interpretiert, „that we were in fact drawing back from our announced policy“¹⁴¹. Dieser Eindruck sollte jedoch auf keinen Fall entstehen. Ad 2: Obwohl COGA noch am 10. März mit Nachdruck darauf verwies, daß die Frage nach wie vor offen sei¹⁴², fiel schon wenig später in Moskau praktisch die Entscheidung. Auf der 9. Sitzung der Außenminister lehnte Bevin „spontaneously“ und ohne die Mitglieder seiner Delegation vorher davon zu unterrichten, eine Kontrolle der Ruhrindustrie durch eine Zentralregierung aus Gründen der internationalen Sicherheit ab¹⁴³.

Am 28. April wurde die Frage auch in der schon erwähnten Besprechung in Berlin erörtert, allerdings ohne abschließendes Ergebnis. General Robertson setzte sich jetzt – anders als noch im Herbst 1946 – für die Sozialisierung auf Landesebene ein, da dies seiner Meinung nach den Prozeß der Reorganisation der Bizonenverwaltung am wenigsten stören würde. Ein Bizonenparlament,

¹³⁹ Vgl. Anm. 117.

¹⁴⁰ Vgl. etwa Schreiben Dean v. 3. 3. 1947 an Burrows; FO 371/54365/C4012/194/18 und Draft Cabinet Paper v. 16. 6. 1947; FO 371/64368/C8292/194/18 (sowie die verschiedenen Vorstudien zu diesem Entwurf).

¹⁴¹ Ebenda (Draft Cabinet Paper).

¹⁴² Schreiben an Burrows; FO 371/64365/C4044/194/18.

¹⁴³ Vgl. das Schreiben v. Hall-Patch v. 22. 3. 1947 aus Moskau an Makins (FO); FO 371/64365/C4759/194/18.

von dem er zu diesem Zeitpunkt noch ausging, würde aber eine Sozialisierung auf Bizonenebene verbieten. Sir Cecil Weir war anderer Ansicht. Kohle und Stahl waren seiner Meinung nach für die Sozialisierung „on the widest basis“ reif; er war überzeugt, daß die industrialisierten Länder der Bizone dem zustimmen würden¹⁴⁴.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau war Dean entschlossen, „den Stier bei den Hörnern zu packen“; er plädierte, wie schon früher, für die Sozialisierung auf Landesebene: „Je länger wir warten, um so schwieriger wird die Entscheidung“, notierte er am 7. Mai; einige Deutsche hofften nämlich, daß eines Tages doch noch eine Zentralregierung die Industrien übernehmen werde, und Amerikaner, Franzosen und die kleineren westlichen Alliierten betrachteten die ganze Sozialisierungspolitik mit wachsendem Mißtrauen. Zur Bekräftigung seiner Entscheidung legte er die Aufzeichnung Sargents vom 20. Dezember¹⁴⁵ („a powerful minute“) bei¹⁴⁶.

Mit dem Rücktritt von Hynd am 17. April gab es auch von dieser Seite keinen Widerstand mehr: damit war die Entscheidung für die Sozialisierung auf Landesebene „once and for all“ (§ 2) gefallen¹⁴⁷. Die Landesregierungen sollten aufgefordert werden, Vorschläge für die Sozialisierung der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie vorzulegen, wobei zur Bedingung gemacht wurde, daß 1. eine deutsche Behörde, die über die Landesgrenze hinaus Kompetenzen ausübte, am Besitz der Industrien nicht beteiligt werden durfte und 2. die vorgeschlagene Lösung in der Frage der Entschädigung ausländischer Besitzer akzeptiert wurde (§6).

Ad 3: Die Lösung der Frage warf besondere Schwierigkeiten auf, wie insbesondere die Sitzung vom 28. April in Berlin deutlich machte. So wies Sir Mark Turner darauf hin, daß man die Rechte der ausländischen Besitzer nicht einfach ignorieren dürfe, wenn man nicht einen „sehr gefährlichen“ Präzedenzfall für eigene Unternehmen schaffen wolle, „e. g. our oil interests in the Middle East“. Er empfahl, Unternehmen mit mehr als 50% ausländischem Besitzanteil von vornherein von der Sozialisierung auszunehmen. Womit aber, so fragte Playfair (Treasury), sollte man die übrigen Anteilseigner entschädigen, wenn keine Devisenreserven vorhanden waren? Er brachte dies auf die Formel, man werde wohl in eine peinliche Lage geraten, wenn man erst sozialisiere „and then find ourselves unable to produce cash compensation“. Den Hinweis von Weir, man könne die ausländischen Unternehmen zur Mitarbeit zwingen, da man mit der Kohlezuteilung ein Druckmittel in der Hand habe, wies Hall-Patch mit großer Entschiedenheit zurück: Man handle lediglich als Treuhänder für andere Mächte und könne nicht willkürlich über deren Besitz in Deutschland verfügen¹⁴⁸. Wie

¹⁴⁴ Vgl. Anm. 117.

¹⁴⁵ Vgl. oben, S. 174 ff.

¹⁴⁶ FO 371/64367/C6842/194/18.

¹⁴⁷ FO 371/64368/C7664/194/18

¹⁴⁸ Vgl. Anm. 117.

schon zuvor zwei interministerielle Beratungen in London am 28. März¹⁴⁹ und am 25. April¹⁵⁰, blieb auch die Besprechung in Berlin ohne Ergebnis. Der Vorschlag von Turner hatte Vorteile, wenn es vor der Sozialisierung gelang, ausländische Besitzanteile in Deutschland mit deutschen Besitzanteilen im Ausland auszutauschen, um auf diese Weise zu einer vergleichsweise geringen Zahl auszunehmender ausländischer Unternehmen zu kommen. Auf der anderen Seite befürchtete man Arbeiterunruhen, wenn jene Unternehmen dann nicht sozialisiert würden, und konnte sich kaum vorstellen, daß die ausgenommenen Unternehmen und sozialisierte deutsche Unternehmen erfolgreich zusammenarbeiten würden. Man fand keinen Kompromiß, wollte andererseits aber auch die Landesregierungen nicht zu sehr in ihrer Entscheidung einengen. Man beschloß daher, die Lösung des Problems den Landesregierungen zu überlassen; sie sollten zusammen mit dem Militärgouverneur und Experten der betroffenen Länder Vorschläge ausarbeiten, die die ausländischen Interessen „as far as possible“ berücksichtigten und für eine „faire Behandlung“ und „angemessene Entschädigung“ Vorsorge trafen¹⁵¹.

Die Überlegungen zu diesen drei Problemen wurden in einem Entwurf für eine Kabinettsvorlage zusammengefaßt und Ende Mai General Robertson zur Stellungnahme zugesandt¹⁵². Robertson antwortete am 1. Juni, und seine Antwort ist insofern von besonderem Interesse, als er darin noch einmal die Reaktion Clays abschätzte („I have also sounded Clay on the general idea“). Die Ernennung von Treuhändern – für die sich Robertson jetzt ebenfalls aussprach („a good psychological step“) – würde demnach keine Schwierigkeiten bereiten; es komme alles darauf an, wie die ganze Angelegenheit präsentiert werde. In diesem Zusammenhang meldete er bei §§ 3 und 6 Bedenken an¹⁵³; falls die Aktion in dieser Form angekündigt werde, befürchte er eine scharfe Reaktion der Amerikaner, die dies als Oktroy der Sozialisierung interpretieren würden¹⁵⁴. Er wies noch einmal darauf hin, die Amerikaner hätten ihm und seinen Kollegen in der Vergangenheit mehrfach zu verstehen gegeben, daß sie einen Oktroy der Sozialisierung durch eine Besatzungsmacht nicht akzeptieren würden; wenn jedoch solche Vorschläge „emanated spontaneously from the Germans American

¹⁴⁹ „Secret. Notes of a meeting . . .“; FO 371/64366/C5386/194/18.

¹⁵⁰ „Secret. Socialisation of German Industries . . .“; FO 371/64367/C7300/194/18.

¹⁵¹ FO 371/64368/C7664/194/18.

¹⁵² Den ersten Teil dieser Vorlage hatte Burrows am 6. Mai fertiggestellt; FO 371/64307/C6842/194/18.

¹⁵³ Die Formulierung „Once and for all“ (§ 3) lehnte er selbst als zu weitgehend ab; eine solche Festlegung könne sich irgendwann in der Zukunft als „inconvenient“ für die britische Regierung erweisen.

¹⁵⁴ Er schlug dann folgende Formulierung vor, die wahrscheinlich keine „serious opposition“ hervorrufen werde: „Having appointed the custodians we should then invite the respective Land Governments to consider and make recommendations on the exact form of ownership which should be applied“.

opposition would be likely to accept the position"¹⁵⁵ – ein folgenschwerer Irrtum, wie sich schon bald herausstellen sollte. Auch wenn Robertson in der Vergangenheit in der Sozialisierungsfrage eher zurückhaltend taktiert hatte¹⁵⁶, so drängte er jetzt auf eine schnelle Aktion, um „ermüdenden“ Diskussionen im Wirtschaftsrat zuvorzukommen¹⁵⁷.

In London wurden die Beratungen am 13. Juni mit einer letzten interministeriellen Besprechung im Foreign Office¹⁵⁸ abgeschlossen. Die Überlegungen Robertsons wurden in den Entwurf der Kabinettsvorlage eingearbeitet¹⁵⁹, den Harvey am 16. Juni Bevin vorlegte. In dem Begleitschreiben empfahl er, die britischen Vorschläge angesichts der öffentlichen Meinung in Großbritannien und in Deutschland zum frühest möglichen Zeitpunkt zu verkünden. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß die Fragen des Management und der internationalen Kontrolle gesondert untersucht würden; sie seien daher in der Kabinettsvorlage nicht berücksichtigt worden, doch sei es wichtig, dies nicht etwa zum Anlaß zu nehmen, die Vorlage aufzuhalten.¹⁶⁰

Damit gab er Bevin das Stichwort, der in einer ungewöhnlich umfangreichen handschriftlichen Randbemerkung feststellte: „But this paper is inadequate and will not be accepted. We must have a complete scheme.“¹⁶¹

Zu diesem „umfassenden Plan“ sollte es nicht mehr kommen. Der Entwurf, den Bevin am 16. Juni zurückwies, blieb der letzte Versuch, mit der Frage der Sozialisierung noch einmal das Kabinett zu befassen. Am 20. Juni legte General Draper auf der Sitzung des Bipartite Board einen Plan zur Organisation der deutschen Kohlenwirtschaft vor, der nach Meinung von Douglas, Robertson und Weir „puts the cat amongst the pigeons“¹⁶².

Die Amerikaner verknüpften darin die Frage des Management mit der Frage des künftigen Eigentums. Sie schlugen vor, das gesamte Eigentum an den Kohlengruben und die gesamte Verantwortung für Produktion und Management

¹⁵⁵ For Jenkins from Robertson, Secret, Most immediate, 1. 6. 1947; FO 371/64368/C 7606/194/18.

¹⁵⁶ So hatte er am 16. 2. noch auf ein mögliches Sicherheitsrisiko hingewiesen, wenn die sozialisierten Industrien in Staatshand geraten würden. Im übrigen hatte er auch die „falschen Anschuldigungen“ in der Presse, er verfolge in der Sozialisierung eine Obstruktionspolitik, zurückgewiesen; FO 371/64365/C3870/194/18.

¹⁵⁷ Vgl. Anm. 155.

¹⁵⁸ Teilnehmer: Sir O. Harvey (Vorsitz), Makins, Hoyer-Millar, P. Dean, Chaput de Saintonge, Gifford, Burrows, J. Wilson, Fraser (alle FO); Steel, Polit. Abt. Berlin; Playfair, Miss Jennings (Schatzamt); Gunston, Bank of England; Harrison, Fuel and Power Div. Berlin; Somervell, Board of Trade; Branch, T. W. E. D.

¹⁵⁹ „Socialisation of German Industries“; FO 371/64368/C8292/194/18.

¹⁶⁰ „Socialisation of the heavy industries in the British Zone“, 16. 6. 1947; FO 371/64369/C8593/194/18.

¹⁶¹ Ebenda. In der Regel beschränkten sich die Anmerkungen Bevins auf seine Paraphen; er schrieb selten mehr als drei oder vier Wörter, fast immer ohne Datum.

¹⁶² Douglas an Robertson, Secret, 21. 6. 1947; FO 371/64368/C8537/194/18.

einem deutschen Treuhänder für zunächst fünf Jahre zu übertragen; dieser Zeitraum sollte für die Produktion Kontinuität sicherstellen und die Möglichkeit bieten, zur Höhe der Vorkriegsproduktion zurückzukehren. Es war weiter vorgesehen, die Treuhänderschaft so lange zu verlängern, bis das deutsche Volk „under a German Government can freely determine under stable conditions the future of coal mine ownership“. Der Treuhänder sollte unterhalb einer US/UK Control Group arbeiten, im übrigen aber weitgehende Vollmachten erhalten, z. B. eine Art Vorstand („Executive Committee“) einsetzen können; ein „Production Advisory Board“, aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzt, sollte ihm beratend zur Seite stehen¹⁶³. Daneben wurden noch mehr psychologische Maßnahmen vorgeschlagen, so eine eigene Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, die dem deutschen Volk, insbesondere aber dem Management in der Kohleindustrie und den Bergarbeitern, verdeutlichen sollte, daß es sich bei den Bergwerken um nationale Vermögenswerte („German asset“) handle und daß maximale Produktionsziffern für den Wiederaufbau der gesamten deutschen Industrie entscheidend seien.

Mit diesem Plan wurde der direkte Versuch unternommen, die Eigentumsfrage für zunächst fünf Jahre „auf Eis zu legen“¹⁶⁴ und die Diskussion um eine mögliche Sozialisierung der deutschen Industrien zu beenden. Er war damit auch als Antwort auf Überlegungen des mit großem Mißtrauen betrachteten „Linkssozialisten“ Agartz gedacht, die Organisation der Kohlenwirtschaft deutschen Stellen zu übertragen¹⁶⁵.

Der Vorstoß der amerikanischen Militärregierung in Deutschland wurde diesmal mit voller Rückendeckung der Truman-Administration unternommen. Gimbel hat den Entscheidungsprozeß auf amerikanischer Seite mit Hilfe amerikanischen Materials minutiös nachgezeichnet¹⁶⁶. Zusammen mit den jetzt freigegebenen britischen Akten läßt sich ein Bild der Dramatik jener Wochen gewinnen, in denen es um die künftige wirtschaftliche und damit politische Ordnung Westdeutschlands ging. Wieder einmal hing das Schicksal Deutschlands vom Schicksal der Ruhr ab. Gimbel berichtet, daß sich der stellv. US-Kriegsminister Petersen am 12. Juni, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er an den Ver-

¹⁶³ „Secret. Proposed German Coal Organisation“; FO 371/64368/C8544/194/18.

¹⁶⁴ So u. a. der amt. Außenminister Acheson; FRUS, 1947, II, S. 950. P. Dean am 26. 6. 1947: „The trustee places any form of public ownership into cold storage...“ FO 371/64368/C8544/194/18.

¹⁶⁵ Agartz hatte der Bipartite Economic Control Group in Minden am 17. April einen Plan zur Errichtung der „Treuhandverwaltung des Norddeutschen Kohlenbergbaus“ mit Sitz in Essen übergeben. Er sah die Kontrolle der Produktion, Übernahme der Besitzanteile in Treuhandschaft und Errichtung neuer Unternehmen vor. Er wurde von der Control Group als zu weitgehend zurückgewiesen. Am 5. Juni hat Agartz daraufhin einen neuen Plan vorgelegt, der die Errichtung eines „Coal Board“ für die „Norddeutsche Kohlenwirtschaft“ vorsah, die Eigentumsfrage aber wohlweislich ausklammerte.

¹⁶⁶ Vgl. John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976, S. 208 ff.

handlungen zur Reorganisation der Bizone teilgenommen hatte, in der Frage der Sozialisierung an Kriegsminister Patterson gewandt und dabei auch das State Department kritisiert habe¹⁶⁷, dessen Haltung in der Tat bisher eher indifferent bis wohlwollend gewesen war. So hatte es in den „Policy Papers“ für die Außenministerkonferenz in Moskau noch geheißen, die Vereinigten Staaten sollten sich der Sozialisierung der Ruhrindustrie „by German provincial authorities“ nicht widersetzen¹⁶⁸. Diese Linie war auch insofern eingehalten worden, als der Entwurf der neuen Direktive 1779 festlegte, daß die Militärregierung in der Frage „öffentliches Eigentum“ nur dann eingreifen sollte, wenn sicherzustellen war, daß jegliche Entscheidung „frei und durch das normale Vorgehen innerhalb einer demokratischen Regierungsform getroffen“ werde¹⁶⁹.

Am 13. Juni bat Kriegsminister Patterson Marshall um „guidance“ und „assistance“ des State Department; es gelte, ein Desaster in Deutschland zu verhindern. Er erwähnte ein Gespräch, das Petersen mit Lord Pakenham geführt hatte und in dem dieser offen erklärt habe, daß die britische Regierung entschlossen sei, die Sozialisierung des Bergbaus an der Ruhr durchzuführen. OMGUS sei der Meinung, und er, Patterson, teile sie, daß in der gegenwärtigen kritischen Situation ein Maximum an Kohleproduktion, nicht aber ein Sozialisierungsexperiment erforderlich sei. Solche Experimente würden die Produktion gefährden, und er brachte dies auf die einprägsame Formel: „If my house is on fire, I do everything I can to put the fire out, I do not engage in arguments on the state of title to the house“. Für ihn gab es nur eine Lösung des Problems: Auf die Briten mußte Druck ausgeübt werden, um sie zumindest zu einer Verschiebung ihrer Pläne bis zur Überwindung der gegenwärtigen Krise zu bewegen. Er schlug vor, die ganze Angelegenheit im Dreierausschuß zu klären¹⁷⁰.

Am 16. Juni berichtete Clay Patterson zum erstenmal von dem Treuhänderplan, der inzwischen in Berlin, wo sich auch General Noce und Botschafter Douglas aufhielten, ausgearbeitet worden war und der die Voraussetzungen schaffen sollte, die Probleme an der Ruhr zu lösen. Dafür waren nach Meinung Clays nicht Kapitalhilfen notwendig, sondern es mußte 1. die Ungewißheit im Hinblick auf die Eigentumsfrage beseitigt und den Deutschen beim Management direkte Verantwortung übertragen, 2. eine bessere Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, um Management und Bergleuten ihre gemeinsame Verantwortung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und das Wohl des deutschen

¹⁶⁷ „... anything goes (presumably even communism) as long as it is the result of the freely expressed will of the German people“ (Gimbel, *Origins*, S. 208 u. S. 318, Anm. 17). So hatte das Kriegsministerium seit Januar 1947 vergeblich versucht, vom State Department eine schriftliche Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung zu erhalten. Vgl. Murphy an Marshall, 17. 6. 1947; FRUS, 1947, II, S. 925.

¹⁶⁸ FRUS, 1947, II, S. 223.

¹⁶⁹ FRUS, 1947, II, S. 928.

¹⁷⁰ The Secretary of War (Patterson) to the Secretary of State, 13. 6. 1947; FRUS, 1947, II, 1151 f.; zum Dreierausschuß ebenda, S. 1153.

Volkes bewußt zu machen. Darüber hinaus hielt er ganz allgemein eine Steigerung der Produktivität im gesamten Ruhrgebiet für erforderlich¹⁷¹.

In einem Schreiben an Marshall faßte Murphy diese Gedanken Clays zusammen und versäumte seinerseits nicht, darauf hinzuweisen, daß „one feature of our policy“ bisher nicht völlig klar gewesen sei: nämlich die Sozialisierung. Den Treuhänderplan bezeichnete er als einen ausgezeichneten Kompromiß, der zumindest teilweise die Ungewißheit beseitigen werde, die sich momentan außerordentlich negativ auf die Produktion an der Ruhr auswirke¹⁷².

Die prinzipielle Entscheidung über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit wurde in Washington am 19. Juni im „Committee of Three“ getroffen. Kriegsminister Patterson fand starke Worte und verlangte erneut, daß Druck auf die Briten ausgeübt werden müsse, um die Sozialisierungsexperimente zu stoppen oder zumindest aufzuschieben. Für Marineminister Forrestal war jede Form der Sozialisierung nur ein „opening wedge for communism“, und er drängte Marshall, die ganze Angelegenheit mit den Briten „auf höchster Ebene“ zu klären. Der Dreierausschuß entschied sich für „strong representations“ in London¹⁷³.

Auch Marshall war nunmehr davon überzeugt, daß das britische Management an der Ruhr geradezu erbärmlich („pathetic“) sei und zu einem völligen Fehlschlag geführt habe. Ohne ausreichende Ruhrkohle war aber auch das von ihm verkündete Wiederaufbauprogramm für Europa gefährdet. Er war entschlossen, britische Sozialisierungsexperimente an der Ruhr nicht zu dulden und dies den Briten klarzumachen. Auch für ihn stellte sich das Problem ganz einfach: „Time does not permit of experimentation“. Am 20. Juni beauftragte er Clayton, den Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium, in diesem Sinne bei Bevin vorstellig zu werden¹⁷⁴.

Am selben Tag konfrontierte Draper die Briten in Berlin mit dem Treuhänderplan, der dort wie eine Bombe („this bombshell“) einschlug¹⁷⁵. Er zielte zwar in erster Linie darauf ab, „to block the question of socialisation“¹⁷⁶, berührte aber nach Meinung der Briten auch noch andere Fragen. Er stand ihrer Auffassung nach im Gegensatz zu der bisher auch von den Amerikanern verfolgten Dezentralisierungspolitik und warf unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls „very wide issues“ auf¹⁷⁷. In Berlin und in London fragte man sich daher, ob hinter diesem Plan lediglich Clay zu vermuten sei oder stärkerer Einfluß in Washington.

Zumindest in London gab man sich zunächst gelassen, wie eine Besprechung im Foreign Office am 23. Juni deutlich machte. Von einer Aufgabe der Soziali-

¹⁷¹ Clay Papers, Dok. Nr. 228.

¹⁷² Murphy an Marshall, 17. 6. 1947; FRAUS, 1947, II, S. 924 f.

¹⁷³ Minutes of a Meeting of the Secretaries of State, War and Navy. Ebenda, S. 927 f.

¹⁷⁴ Memorandum of Conversation: ebenda, S. 929.

¹⁷⁵ So Weir am 21. 6. 1947. FO 371/64368/C8537/194/18.

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda.

sierungspläne war jedenfalls noch nicht die Rede. Im Gegenteil. Unter dem Traktandum „Sozialisierung der deutschen Industrie“, das als erstes auf der Tagesordnung stand, kritisierte Bevin zunächst noch einmal, daß in dem Entwurf der Kabinettsvorlage die Frage des Management ausgespart worden sei; wenn er die Vorlage ins Kabinett gebe, dann wolle er seinen Kollegen auch mitteilen, wer die Industrien übernehmen werde, und er müsse dann auch in der Lage sein, überzeugend darzulegen, daß die Bergwerke von einem leistungsfähigen Management geleitet würden und die Kohlenförderung steigen werde. Harvey wies darauf hin, diese Frage sei nur deshalb ausgespart worden, um bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen keine Verzögerung eintreten zu lassen; im übrigen solle man es den Deutschen selbst überlassen, entsprechende Pläne auszuarbeiten. Er empfahl – und diese Empfehlung wurde akzeptiert –, die Angelegenheit dem Kabinett vorzulegen und dabei ganz deutlich zu machen, daß es sich bei der geplanten Ernennung von Treuhändern und bei der zukünftigen Organisation um zwei verschiedene Dinge handle. Gilmour Jenkins wußte in diesem Zusammenhang über interessante Entwicklungen im Ruhrgebiet zu berichten. Bevin hatte wissen wollen, ob Berichte zuträfen, wonach „British capitalist influence“ die Führung der Betriebe an der Ruhr beeinträchtigte, was Pakenham und Robertson zumindest für den Bergbau verneint hatten. Jenkins wies auf die Entflechtungspolitik und den Versuch der Unternehmer hin, Gewerkschaften durch das Angebot der Mitbestimmung in eine Front mit den Sozialisierungsgegnern zu bringen, und stellte dann fest, es gebe Anzeichen dafür, daß diese Versuche erfolgreich sein könnten; in Deutschland werde vielfach die Meinung vertreten, daß die Amerikaner bald an die Stelle der Briten rücken würden, und unter diesen Umständen würden viele Deutsche für die Zukunft eher auf amerikanisches Kapital als auf britische Sozialisierungspläne setzen. Auch deshalb sei es „imperative to make a bold announcement on socialisation soon“. Als man dann auf die amerikanischen Vorschläge zu sprechen kam, wurde deutlich, daß man keine Gefahr für die eigenen Pläne sah. Bevin war überzeugt, daß die Vorschläge in Washington ihren Ursprung hatten; er wußte von einer Lieblingsidee der Amerikaner zu berichten, wonach das gesamte Ruhrgebiet in ein riesiges europäisches Pittsburg verwandelt werden sollte. Zum erstenmal zeigte er sich fest entschlossen, die eigenen Pläne schnell zu verwirklichen, „before the Americans had time to get their breath“; dem Kabinett wollte er empfehlen, die amerikanischen Vorschläge abzulehnen¹⁷⁸.

Noch am gleichen Tag informierte Christopher Steel Murphy informell über die Entwicklung in London: Bevin sei „außer sich“ und habe beschlossen, die Sozialisierungspläne voranzutreiben. Clay und Murphy waren zunächst ratlos. Für den 24. Juni sagten sie die Teilnahme an den Beratungen über den Agartz-

¹⁷⁸ Record of meeting held in the Secretary of State's Office on Monday 23rd June; an dieser Sitzung nahmen teil: Bevin, Pakenham, Jenkins, Robertson, Harvey, Hall-Patch, Hoyer-Millar, Dixon, Dean, Anderson; FO 371/64246/C8715/53/18.

Plan ab, was auf britischer Seite schon dahin interpretiert wurde, daß die Amerikaner ihren Plan zurückziehen würden¹⁷⁹. Nichts war jedoch falscher. Clay und Murphy spielten auf Zeit. Ihr Plan hatte offensichtlich seine Wirkung verfehlt; es galt dennoch, die Briten zu stoppen, sollte nicht ganz Westdeutschland sozialistisch werden. Das zumindest war das Schreckgespenst, das Clay in dramatischer Form am 24. Juni in einem Telegramm an Petersen erneut beschwor. Darin stellte er auch klar, wie seine bisherigen Äußerungen zur Frage der Sozialisierung tatsächlich gemeint gewesen waren. Daß Robertson und offensichtlich auch Bevin verstanden hatten, er werde eine Sozialisierung akzeptieren, vorausgesetzt, sie werde auf Landesebene und mit Zustimmung der Bevölkerung durchgeführt, bezeichnete er jetzt als „a rather liberal interpretation“. Richtig sei vielmehr, daß er Robertson immer wieder gesagt habe, er halte die Sozialisierung für einen großen Fehler und bezweifle, ob die Vereinigten Staaten sie akzeptieren würden. Er habe ihm zwar auch gesagt, die Vereinigten Staaten „might accept socialisation“, wenn sie auf Landesebene durchgeführt werde und Ergebnis eines „freely expressed desire“ des deutschen Volkes sei; er habe jedoch nicht damit gerechnet, daß in Deutschland Bedingungen geschaffen werden könnten, die eine solche freie Willensäußerung erlaubten, *bevor* die zukünftige politische Struktur Deutschlands feststehe und eine Zentralregierung existiere.

Die Frage war, ob das auch die Auffassung Washingtons darstellte. Offensichtlich mußte jetzt geklärt werden, „what constitutes a free expression of German opinion“. Unabhängig davon mußte nach Meinung Clays in der Sozialisierungsfrage eine harte Linie eingeschlagen werden oder die Sozialisierung „will in fact become the pattern for western Germany“; er bat daher dringend um Instruktion¹⁸⁰. Im gleichen Sinn informierte Murphy Außenminister Marshall; mit unverhohlener Ironie bat er um „the benefit of the Department's thinking“¹⁸¹.

Das Ergebnis dieses Nachdenkens lag am 27. Juni vor. Das State Department hatte beschlossen, eine britische Delegation nach Washington einzuladen¹⁸². Am 30. Juni suchte Douglas Premierminister Attlee auf und übergab ihm eine Botschaft des amerikanischen Außenministers, in dem dieser seine Besorgnis über die geringe Kohlenförderung an der Ruhr äußerte und um die Entsendung eines „high-level team with someone of comparable standing to Clay“ bat¹⁸³.

Hatte schon Clayton wenige Tage zuvor Bevin die Vorstellungen Marshalls vorgetragen¹⁸⁴, so machte der neue Schritt Washingtons nach Ansicht Deans die ganze Angelegenheit noch wesentlich komplizierter¹⁸⁵. Was damit gemeint war, wird deutlich, wenn man einen Blick auf die Entwicklung in Berlin wirft: Tat-

¹⁷⁹ Vgl. FO 371/64369/C8611/194/18.

¹⁸⁰ From Clay for Petersen, 24 June 1947; Clay Papers Dok. Nr. 230.

¹⁸¹ FRUS, 1947, II, S. 929 ff.

¹⁸² FRUS, 1947, II, S. 933.

¹⁸³ FO 371/64369/C8955/194/18.

¹⁸⁴ Vgl. FRUS, 1947, II, S. 932 f.

¹⁸⁵ Aufzeichnung v. 1. 7. 1947. FO 371/64369/C8838/194/18.

sächlich hatten die Amerikaner, als Douglas die Einladung überreichte, im Prinzip schon das erreicht, was sie zunächst erreichen wollten: die Sozialisierung war verschoben worden. Was war geschehen?

In London und Berlin war man sich zwar von Anfang an im klaren darüber gewesen, daß der amerikanische Plan darauf abzielte, die Diskussion um die Sozialisierung zu beenden, hatte aber nicht zur Kenntnis genommen, daß es gerade in dieser Frage für die Amerikaner keinen Spielraum für einen Kompromiß gab. Es war General Robertson, der nach seiner Rückkehr aus London in Berlin als erster diesen Zusammenhang erkannte und der dann sofort bereit war, den amerikanischen Plan im Prinzip zu akzeptieren, wie Clay erleichtert nach Washington meldete. Clay berichtete weiter, Robertson sei sich dabei bewußt gewesen, daß es schwierig werde, Bevin von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen; er sei aber dennoch ganz optimistisch, daß auch die britische Regierung am Ende zustimmen werde¹⁸⁶.

Robertson behielt recht. In seinem Bericht an das Foreign Office, dem Luftmarschall Douglas ausdrücklich zustimmte, wies er darauf hin, daß Clay die Angelegenheit „sehr ernst“ nehme und mit voller Unterstützung seiner Regierung handle. Clay hatte in der Besprechung in aller Offenheit zu verstehen gegeben, daß die Ankündigung irgendeines Sozialisierungsplans von Seiten der Briten schwerwiegende Konsequenzen haben werde; so werde es nicht möglich sein, Anleihen für den Wiederaufbau der Ruhr zu erhalten¹⁸⁷. Lasse man dagegen die Sozialisierungsfrage für fünf Jahre ruhen, werde das von ungeheurem Vorteil für die gegenseitigen Beziehungen und für den Erfolg des Bizonenabkommens sein. Robertson übermittelte ferner einen von Weir und Draper ausgearbeiteten Plan („Proposed German Coal Organisation“), in den entscheidende Elemente des amerikanischen Vorschlages vom 20. Juni fast wörtlich übernommen worden waren¹⁸⁸; die Eigentumsfrage wurde darin zwar nicht erwähnt, aber man war sich einig, daß der Plan eine „Verschiebung der Sozialisierung“ implizierte. Die Entscheidung anzunehmen oder abzulehnen, sei, wie Robertson nicht versäumte festzustellen, „primarily a political one“¹⁸⁹.

Zu diesem Zeitpunkt war weder Clay noch Robertson die Entscheidung des State Department bekannt, die Briten zu Verhandlungen nach Washington einzuladen; Clay gab allerdings Robertson zu verstehen, daß seine Regierung mit Sicherheit eine solche Einladung aussprechen werde, falls man in Berlin nicht

¹⁸⁶ Clay an Petersen, 28. 6. 1947; Clay Papers, Dok. Nr. 231.

¹⁸⁷ Zu diesem Zeitpunkt war in London nur bekannt, daß es sich um eine Anleihe der International Bank handelte und um zusätzliche 500 Mio Dollar eines am. Bankenkonsortiums unter Führung der Chase Bank. Vgl. die Aufzeichnung Bevin v. 11. 7. 1947 nach Beratungen zwischen FO, Treasury und Robertson; FO 371/64370/C9452/194/18.

¹⁸⁸ Der Text dieses Entwurfs stimmt z. T. überein mit dem Weir/Draper Paper v. 16. 7. 1947. Es fehlt der Hinweis auf das Eigentumsrecht; vgl. FRUS, 1947, II, S. 940 f. u. Fußnote 58, S. 942.

¹⁸⁹ Telegr. Nr. 968, Secret, Most Immediate, 27. 6. 1947; FO 371/64369/C8858/194/18.

schnell zu einer Übereinkunft gelangen werde. Beide hofften auf diese schnelle Einigung, um damit den Eindruck in der Öffentlichkeit zu verhindern, daß sich in Washington die britische Regierung dem Druck der amerikanischen beugen müßte¹⁰⁰.

Zweifelsohne hat diese Überlegung in den Beratungen, die nach Erhalt des Telegramms Robertsons in London zwischen Hoyer Millar, O. Harvey, G. Jenkins und P. Dean stattfanden, eine Rolle gespielt. Man war sich einig, daß vor einer endgültigen Entscheidung die Sozialisierungsvorlage jetzt zunächst einmal im O. R. C. beraten werden müsse, und übermittelte Bevin, der sich zur Marshallplan-Konferenz in Paris aufhielt, eine entsprechende Empfehlung¹⁰¹.

Robertson wurde unterrichtet, daß seine Unterredung mit Clay „weitgehende prinzipielle“ Fragen aufgeworfen habe, die mit Bevin und dann eventuell im O. R. C. beraten werden müßten. Er werde daher in den nächsten Tagen keine Instruktionen erhalten, solle aber mit Clay noch einige technische Fragen hinsichtlich des Organisationsplanes klären¹⁰².

Die Entscheidung fiel am 30. Juni. Wieder einmal gab die Finanzschwäche des Landes den Ausschlag. Angesichts der sich katastrophal verschlechternden Devisenlage¹⁰³ war nicht nur eine Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens zugunsten Großbritanniens unumgänglich, man mußte in Washington auch wegen einer erneuten Anleihe zur Finanzierung von Weizenlieferungen vorstellig werden, um in der britischen Zone den Kaloriensatz auf 1800 pro Person erhöhen zu können¹⁰⁴. Unter diesen Umständen mußte alles vermieden werden, was die Verhandlungen in Washington präjudizieren würde oder, wie es Jenkins am 30. Juni ausdrückte, „spoil the atmosphere“¹⁰⁵. Am selben Tag wies auch Sargent in einem Schreiben an Attlee auf die verschiedenen Anzeichen des amerikanischen Unwillens und die möglichen Konsequenzen hin, die die Sozialisierungen im Hinblick auf eine Übereinkunft mit den USA und auf die weitere finanzielle Unterstützung haben könnten. Es gar offensichtlich keine Alternative.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ FO 371/64369/C8895/194/18.

¹⁰² FO 371/64369/C8838/194/18.

¹⁰³ Von der amerikanischen Anleihe vom Herbst 1945 in Höhe von 937 Mio. Pfund, die bis 1949/1950 ausreichen sollten, standen im Juli 1947 nur noch 250 Mio. zur Verfügung. Am 30. Juni kündigte Dalton eine drastische Kürzung der Importe von Tabak, Benzin und Zeitungspapier an; gleichzeitig wurde eine weitere Verschärfung der Fleischrationierung eingeleitet. Großbritannien befand sich in einem „dark patch“, wie es H. Morrison auf dem Parteitag der Labour Party in Margate formuliert hatte; nach der Krise des Winters 1946/47 war die „Summer Crisis“ des Jahres 1947 ausgebrochen. Am 20. August sah sich Großbritannien dann gezwungen, die Konvertierbarkeit des Pfund Sterling in US-Dollar zeitweilig aufzuheben. Vgl. die Zusammenfassung im „Annual Register“, ed. by I. Macadam, London 1948, S. 46–61.

¹⁰⁴ Dieses Vorhaben konnte nicht realisiert werden; der Satz blieb bei etwa 1500 Kalorien. Das absolute Minimum wurde in der Woche vom 5. 5.–11. 5. 1947 registriert: 750 Kalorien pro Erwachsenen an der Ruhr. Vgl. die Übersicht in FO 371/65403/CK767/156/183.

¹⁰⁵ Aufzeichnung für Bevin; FO 371/64371/C10195/194/18.

In einem ausführlichen Telegramm erläuterte Attlee Bevin die veränderte Situation angesichts der rapiden Verschlechterung „in our own dollar position“ und schlug vor, 1. die Einladung Marshalls anzunehmen und 2. alle mit Deutschland zusammenhängenden Fragen noch einmal gründlich zu erörtern; „consideration by the Cabinet or the O. R. C. of the draft paper on socialisation should be postponed“¹⁹⁶.

Der geplanten Konferenz wurde sowohl in Washington als auch in London größte Bedeutung beigemessen, allerdings aus völlig unterschiedlichen Gründen. Washington erwartete eine endgültige Klärung in der Sozialisierungsfrage und wollte die Tagesordnung auf das Thema Kohle beschränken. London gedachte die Sozialisierung auszuklammern und die Tagesordnung auszuweiten – in der falschen Annahme, daß die USA mit ihrer Einladung eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik vornehmen wollten. Die Folge war hektische Betriebsamkeit in London. Auch ergaben sich schwierige Verhandlungen im Vorfeld der Konferenz, die zu erheblichen Spannungen im anglo-amerikanischen Verhältnis führten. Die Beratungen, die in den folgenden Tagen in London stattfanden, wurden von *einem* Thema bestimmt: der finanziellen Schwäche des Landes und den Konsequenzen für die britische Position in Deutschland. Die entscheidende Frage lautete: Welche Forderungen würden die USA bei der Übernahme einer größeren finanziellen Verpflichtung stellen?

Am 5. Juli legte als erster Robertson ein Memorandum vor, das den bezeichnenden Titel trug: „HE WHO PAYS THE PIPER CALLS THE TUNE“. Er ging dabei von den zwei Prämissen aus, daß sich 1. die wirtschaftliche Fusion der britischen Zone mit der amerikanischen Zone entweder sofort oder aber noch vor Ablauf des Jahres 1947 zu einer politischen Fusion entwickeln werde und daß 2. der amerikanische Kongreß und das amerikanische Volk auf keinen Fall bereit seien, Geld für eine Politik auszugeben, mit der „they fundamentally disagree“. Bei den „differences in policy“ zwischen den USA und Großbritannien nannte er dann Zentralismus gegen Föderalismus, Kontrolle gegen Laissez faire, Währungsreform und Entnazifizierung. An erster Stelle stand allerdings „Socialization versus Private Enterprise“. In keiner dieser Fragen sah er einen prinzipiellen Gegensatz. Das Thema Sozialisierung, „which attracts most publicity“, verdiente seiner Meinung nach diese Aufmerksamkeit in gar keiner Weise, da das Wort „Eigentum“ in Deutschland z. Zt. ohne reale Bedeutung sei: Die Militärregierung habe sowieso alles, was wichtig sei, beschlagnahmt. Sein Ratsschlag für die weitere Behandlung dieser Frage spricht für sich: Entscheidend sei nicht, was getan werde, „but that which is said“. Für Robertson stand fest, daß die USA durch die Einrichtung einer „special machinery“ in Washington größeren Einfluß auf die Politik in der britischen Zone gewinnen wollten. Es

¹⁹⁶ *Telegr.* Nr. 1256 nach Paris: „Most immediate, Secret, Repeated to Berlin, Washington“, 30. 6. 1947. FO 371/64569/C8955/194/18.

war nur ein schwacher Trost, daß dann, da die Besatzungspolitik nicht mehr „exclusively British“ sei, „H. M. G. could not be help responsible either by the people of GREAT BRITAIN or by anyone else for every aspect of administration of the Zone“. Auf jeden Fall sollte bei den bevorstehenden Verhandlungen darauf bestanden werden, daß in Washington – „where our influence is weaker“ – nur allgemeine Richtlinien festgelegt würden und die Ausführung den alliierten Stellen in Deutschland übertragen werde, „where we speak on equal terms“.

Trotz allem stand außer Frage, daß jetzt politische Ziele geopfert werden mußten. Großbritannien allerdings, so hieß es mit Nachdruck, „should not and need not accept any conditions inconsistent with her position as one of the great powers of the world“¹⁹⁷. Die Sozialisierung – bzw. ihre Preisgabe – hatte nach Meinung Robertsons mit der Stellung Großbritanniens als Weltmacht offensichtlich nichts zu tun. Damit wurde schon der Weg für die nächsten Schritte vorgezeichnet.

Wie ernst jetzt auch das State Department die Sozialisierungsfrage nahm, machte am 3. Juli John Hickerson, der designierte Nachfolger von F. Matthews, Vertretern der britischen Regierung unmißverständlich deutlich („very definitely opposed to any action“). Er bewegte sich hierbei auf der gleichen Linie wie wenige Tage vorher Clay in Berlin, wies außerdem auf den amerikanischen Kongreß hin, der auf keinen Fall eine Sozialisierung hinnehmen werde, und machte dann eine Bemerkung, die erkennen läßt, wie im State Department zu diesem Zeitpunkt das Problem der „freien Willensäußerung des deutschen Volkes“ gesehen wurde: Das State Department bezweifelte, ob während der Besatzungszeit eine solche Willensäußerung überhaupt „frei“ sein konnte. In den osteuropäischen Ländern sei dies unter der russischen Besatzung nicht möglich, und das gleiche treffe vielleicht auch auf Deutschland zu¹⁹⁸.

Am gleichen Tag bemühte sich auch Douglas um weitere Informationen in der Sozialisierungsfrage. Da er verhindert war, im Foreign Office persönlich vorzusprechen, schickte er den Labour-Attaché der Botschaft, um feststellen zu lassen, wieweit Gerüchte zuträfen, daß die britische Regierung am 15. Juli die deutsche Kohlenindustrie „nationalisieren“ wolle. Nach einer – wie es im britischen Protokoll heißt – „somewhat rambling conversation“ über Vor- und Nachteile einer Sozialisierung, versuchte der Vertreter des Foreign Office dem amerikanischen Diplomaten den Verdacht auszureden, daß die britische Regierung „were slipping over a fast one“¹⁹⁹.

Die Reaktion Bevins blieb nicht aus. Er machte seinerseits Botschafter Douglas klar – von dem er erst wenige Wochen zuvor erfahren hatte, daß er 1945

¹⁹⁷ FO 371/64514/C12920/675/18.

¹⁹⁸ Vgl. Aufzeichnung v. 3. 7. 1947 u. Anmerkung O. Harvey v. 4. 7. 1947; FO 371/64569/C 9291/194/18.

¹⁹⁹ Vgl. den entsprechenden Bericht, der für Bevin am 3. 7. 1947 angefertigt wurde; FO 371/64569/C9220/194/18.

Finanzberater Clays in Deutschland gewesen war –²⁰⁰, daß man seiner Meinung nach, wenn die Truman-Administration das Problem der Erhöhung der Kohleproduktion auf die Frage der Sozialisierung reduzieren wolle, damit den Russen direkt in die Hände spiele²⁰¹ und die Gewerkschaften, auf deren Unterstützung er im Unterhaus angewiesen sei, verärgere²⁰².

In einer Besprechung am 4. Juli im Foreign Office gab sich Bevin optimistisch. Er halte es für möglich, in der Eigentumsfrage zu einem Kompromiß mit den Amerikanern zu kommen. Sie würden möglicherweise zustimmen, daß die beschlagnahmten Industrieunternehmen den ehemaligen Besitzern nicht zurückgegeben würden. Unberührt von der endgültigen Lösung der Sozialisierungsfrage sollte seiner Meinung nach zunächst die zukünftige Organisation der deutschen Kohleindustrie geklärt und das State Department um Erteilung entsprechender Instruktionen an Clay gebeten werden²⁰³.

Seine Mitarbeiter sahen die Situation wesentlich pessimistischer. Für die alles entscheidende Lagebesprechung im Foreign Office am 9. Juli erarbeiteten sie eine Kabinettsvorlage, die dem Kabinett zwar nicht vorgelegt wurde, die aber dennoch zur Grundsatzentscheidung in der Frage der Sozialisierung führte, da sie, wie Bevin zu Beginn der Sitzung formulierte, „opened up tremendous issues involving possible concessions to the Americans“. Bevin behielt dennoch seinen Optimismus: Er selbst habe „such extensive concessions“ nicht in Erwägung gezogen und glaube auch nicht, daß die Amerikaner sie notwendigerweise fordern würden; für die Kohleindustrie wolle er ein leistungsfähiges Management, aber keine amerikanische Einmischung in die britische Sozialisierungspolitik. Auf seine Frage nach der Haltung Clays machte General Robertson dann noch einmal die Position des amerikanischen Militärgouverneurs ganz klar: Clay halte es für schwierig, die Frage des Management angesichts einer drohenden Sozialisierung zu klären; die Sozialisierung wolle er daher „put in abeyance for the present“.

Für Bevin waren die Ausführungen Robertsons keine Überraschung mehr. Er hatte seine Entscheidung getroffen: Die Sozialisierung mußte verschoben werden.

Gegenüber seinen Mitarbeitern gab er jetzt seine Bereitschaft zu erkennen, Vorschlägen zur Änderung der Kohlenorganisation zuzustimmen, ohne daß

²⁰⁰ Vgl. das Telegramm Bevins v. 1. 5. 1947 an Lord Inverchapel (Washington), FO 371/65068/CE 1863/1465/18.

²⁰¹ Was er damit meinte, erläuterte er seinen Mitarbeitern am 9. Juli. Mit der amerikanischen Forderung werde die sowjetische Anschuldigung unterstützt, die amerikanische Regierung knüpfe politische Bedingungen an die Vergabe von Marshallplan-Mitteln. Vgl. Anm. 204.

²⁰² Vgl. Anm. 203.

²⁰³ Vgl. „Record of Meeting held in the Secretary of State's Office“, 4. 7. 1947. Neben Bevin nahmen u. a. teil: Pakenham, Luftmarschall Douglas, Mayhew, Parlamentarischer Unterstaatssekretär, Jack Jones (M. P.), O. Harvey, E. Hall-Patch, P. Dean; FO 371/64246/C 9240/53/18.

damit spätere Beratungen über die Sozialisierung, „on a high level“, präjudiziert werden sollten. Mit anderen Worten: In der Eigentumsfrage sollte zunächst alles beim alten bleiben; Bevin wollte diese Angelegenheit dann später mit Außenminister Marshall persönlich klären. Als der parlamentarische Unterstaatssekretär Mayhew zu bedenken gab, daß es in Großbritannien „strong political feelings . . . in favour of socialisation“ gebe, verteidigte Bevin seine Haltung mit dem Hinweis, nicht nur die Amerikaner machten Schwierigkeiten, sondern auch Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg. Immerhin habe Marshall noch nicht das Recht der Briten in Frage gestellt, eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen.

Ob sich Bevin bei der Diskussion dieser Frage besonders wohl gefühlt hat, darf bezweifelt werden: Die Runde war sich über die Bedeutung der Entscheidung, die er getroffen hatte, im klaren. Mit Nachdruck betonte er denn auch, er könne „not allow himself to be put in the position of going back on what he had said about socialisation“. Als auf seine Frage nach den Auswirkungen in Deutschland Robertson zu verstehen gab, daß die SPD enttäuscht und die CDU „unmoved“ sein werde, während die Kommunisten eine Gelegenheit für „gute politische Propaganda“ erhalten würden, verwies er darauf, daß der Aufschub in jedem Fall nicht von sehr länger Dauer sein werde, da er die ganze Angelegenheit schon bald in Washington mit Marshall besprechen wolle. Man war sich aber einig, daß zur Vorbereitung der Washingtoner Konferenz noch eine weitere Besprechung notwendig sei.²⁰⁴

Diese Besprechung fand schon am nächsten Tag statt. Am Vormittag des 10. Juli hatte Bevin eine Unterredung mit dem amerikanischen Handelsminister W. A. Harriman, die für Bevin völlig neue Perspektiven eröffnete, nämlich die Möglichkeit, daß die britische Delegation in Washington „might find a big change in the American attitude to the zonal problem“; die Amerikaner seien jetzt bereit zu helfen und bereiteten entsprechende Schritte vor. Unter diesen Umständen war es nach Meinung Bevins nur Zeitverschwendung, detaillierte Instruktionen für die britische Delegation auszuarbeiten; sie sollte zunächst lediglich die amerikanische Haltung eruieren und entsprechend berichten. Seine

²⁰⁴ „Record of Meeting Held in the Secretary of State's Room in the Foreign Office on Wednesday, 9th July 1947 to Discuss Certain Aspects of Zonal Fusion. SECRET-GUARD“. Teilnehmer: Bevin, Pakenham, Mayhew, Jack Jones, O. Sargent, G. Jenkins, B. Robertson, Harvey, Hall-Patch, Hoyer-Millar, Playfair, Turner, Makins, Penson, Dixon, Dean, Gilchrist; FO 371/64510/C9401/1673/18. Im weiteren Verlauf der Besprechung ging es noch einmal um die ausländischen Besitzanteile an der deutschen Industrie. Hoyer-Millar wies auf den „starken Druck“ der ausländischen Regierungen hin, die nicht verständen, warum Management und evtl. auch Eigentum den Deutschen überantwortet werden sollte, „apparently as a reward for losing the war“. Bei der Frage ausländischer Investitionen in Deutschland betonten Jenkins und Harvey, dies „might prove a good influence in knitting Europe together“. Bevin war jedoch, was amerikanisches Kapital anging, eher skeptisch; sein Ratschlag: man solle in dieser Frage „enter a reserve“. Zum Abschluß der Besprechung wurde der neue Industrieplan für die Bizone diskutiert.

Aufgabe sei es, das empfindliche Sicherheitsgefühl der Franzosen zu berücksichtigen und „to hold a watching brief“ für die Chiefs of Staff und den Finanzminister²⁰⁶.

Schon am nächsten Tag berichtete Robertson, der an dieser Besprechung nicht mehr teilgenommen hatte, man sei sich in Berlin über die zukünftige Organisation der deutschen Kohleindustrie weitgehend einig geworden²⁰⁶. Das Inkrafttreten des neuen Plans hänge nunmehr, so Robertson, von einer Lösung der Schwierigkeiten mit der US-Regierung hinsichtlich der Eigentumsfrage ab – und zwar innerhalb der nächsten vier Wochen²⁰⁷.

Wie aber sollte eine Lösung aussehen, die von Bevin und der britischen Regierung ohne Gesichtsverlust auch öffentlich akzeptiert werden konnte? Das hat sich offensichtlich auch Bevin in jenen Tagen gefragt. Die Antwort war zunächst der Versuch, dieses Thema überhaupt nicht zu behandeln. Als Douglas ihm am 12. Juli den Entwurf einer Tagesordnung überreichte, in der es unter Punkt 11 hieß: „Elimination of uncertainty in the ownership status of the mines“²⁰⁸, bat er, diesen Punkt zu streichen – ohne allerdings darauf hinzuweisen, daß er diese Angelegenheit später mit Marshall persönlich klären wolle –, und schlug seinerseits vor, es sollten a) die Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens, b) die Ernährungssituation und c) die Wirtschaftspolitik in der Bizone als Tagesordnungspunkte aufgenommen werden²⁰⁹.

Der Vorschlag auf Erweiterung der Tagesordnung war am Tage vorher zwischen Foreign Office, Treasury und Control Commission abgesprochen worden. Aus der Aufzeichnung über diese Besprechung wird auch deutlich, daß Bevin, der ursprünglich die britische Delegation in Washington selbst hatte leiten wollen, noch weiterreichende Pläne für die bevorstehende Konferenz verfolgte. So schwebte ihm die Einrichtung eines Ausschusses vor, der im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft ähnliche Funktionen übernehmen sollte wie das Combined Civil Affairs Committee während und unmittelbar nach dem Kriege. Auf diese Weise sollte zumindest versucht werden, so weit wie möglich Einfluß auf die amerikanische Politik zu behalten, obwohl dies immer schwieriger werden mußte, wie in London nun doch erkannt wurde. Würden die Amerikaner den größeren Anteil an der Finanzierung der Bizone übernehmen, dann, so jetzt auch Bevin, würden sie gleichsam automatisch der überlegene Partner werden: „They hold the purse strings and to a large extent must control policy“. Unter diesen Umständen wurde die Frage, die im Sommer 1946 gestellt worden war, immer drängender: Welche Rolle konnten die Briten überhaupt noch spielen? Die Ant-

²⁰⁶ „Record of Meeting . . . SECRET; GUARD“; ebenda, C. 9541/1673/18.

²⁰⁶ Vgl. den Entwurf des Abkommens v. 16. 7. 1947; FRUS, 1947, II, S. 940 f.

²⁰⁷ Telegramm Nr. 1042. SECRET; FO 371/64370/C9429/194/18.

²⁰⁸ FRUS, 1947, II, S. 935.

²⁰⁹ Ebenda, S. 936 f., u. Telegr. 6929, FO an Washington, 11. 7. 1947; FO 371/64370/C9432/194/18.

wort Bevin fiel auch hier jetzt zurückhaltend aus: „But we must do our best not to lose our voice in its formulation“²¹⁰.

Möglicherweise war die eher pessimistische Haltung Bevin jetzt Taktik. Die Aufzeichnung war u. a. für Handelsminister Cripps bestimmt, einem „Linken“ im Kabinett und Befürworter der Sozialisierung. Der Hinweis auf die Amerikaner diente offensichtlich dazu, Kritikern an der zu erwartenden Verschiebung die Notwendigkeit dieses Schrittes deutlich zu machen und ihnen von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei ist interessant, daß das Thema Sozialisierung in dieser Aufzeichnung überhaupt nicht erwähnt wurde („not being covered in this paper“)²¹¹. Noch gab es aber auch kein anderes paper, in dem es behandelt wurde. Daß die Sozialisierung verschoben werden würde, stand fest – jetzt kam alles darauf an, für wie lange. Bevin gab Douglas am 12. Juli zu verstehen, daß er aus innenpolitischen Gründen und im Hinblick auf Schumacher und die SPD einer Vertagung der Sozialisierungsfrage für fünf oder mehr Jahre nicht zustimmen könne. Douglas war schon zu diesem Zeitpunkt anderer Ansicht. Er hielt einen Aufschub für sehr wohl möglich und erwartete lediglich Protest von einigen „linksextremen Hinterbänkeln“²¹².

Entsprechend kompromißlos war denn auch die Haltung Washingtons. Die Wünsche Bevin wurden abgelehnt²¹³, statt dessen nannte man einen Termin, wann die englische Delegation in Washington erwartet werde: innerhalb der nächsten Woche²¹⁴. Bevin reagierte verärgert: „This is most disappointing“, telegraphierte er nach Washington; er müsse die Entscheidung des State Department zwar akzeptieren, halte es aber unter diesen Umständen nicht mehr für gerechtfertigt, eine Delegation nach Washington zu entsenden²¹⁵.

Er teilte Douglas am 16. Juli mit, wenn die Tagesordnung nicht erweitert würde, könnte das Kohlenproblem von den beiden Militärgouverneuren, unterstützt von einigen Experten, dort erörtert werden, wo diese sich gerade aufhielten, in Berlin, London oder Paris²¹⁶. Marshall muß über diese unerwartete Reaktion einigermaßen erstaunt gewesen sein. Er hatte schon am 16. Juli auf einer Pressekonferenz verkündet, daß die Konferenz eine Woche später eröffnet werde; das State Department selbst hatte seit Tagen entsprechende Vorbereitungen ge-

²¹⁰ „Secret Germany“. Aufzeichnung Bevin v. 11. 7. 1947 als Anlage zum Schreiben Bevin an Stafford Cripps, „Secret“, v. 14. 7. 1947; FO 371/64370/C9432/194/18.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Douglas an Marshall, 12. 7. 1947; FRUS, 1947, II, S. 937 f.

²¹³ Marshall an US-Botschaft, 15. 7. 1947; ebenda, S. 939, u. Bericht UK-Botschaft Washington an FO v. 15. 7. 1947; FO 371/64370/C9569/194/18.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Telegr. Nr. 7190 v. 17. 7. 1947; FO 371/64370/C9569/194/18.

²¹⁶ Secret, Conversation with the United States Ambassador, Bevin an Lord Inverchapel, 17. 7. 1947; FO 371/64370/C9645/194/18. Ferner Marshall an Douglas; FRUS, 1947, II, S. 944 f.

troffen und den Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt, daß die Konferenz tatsächlich wenige Tage später beginnen werde²¹⁷.

Jetzt war die Öffentlichkeit einigermaßen verwirrt. In der Presse wurde das britische Zögern als Anzeichen dafür interpretiert, daß, wie es Marshall formulierte, ernsthafte Differenzen zwischen den beiden Regierungen bestünden. Er bat am 17. Juli Douglas, Bevin auf die Bedeutung hinzuweisen, die man in Washington der Konferenz beimesse²¹⁸.

Vier Tage später fand in London das für die weitere Entwicklung entscheidende Gespräch statt. Als Bevin Botschafter Douglas empfing, wurde deutlich, daß sich Washington ein Nichtzustandekommen der Konferenz nicht leisten konnte. Der amerikanische Botschafter, so heißt es im Protokoll, das Bevin anfertigen ließ, „made a special appeal to me“. Douglas machte diesen Appell am Ende der Unterredung, die zumindest in zwei Punkten Klarheit gebracht hatte: 1. Die Konferenz in Washington würde sich offiziell auf die Erörterung technischer Fragen betr. Kohleförderung an der Ruhr beschränken, was eine Erweiterung der Tagesordnung im britischen Sinne aber nicht ausschließen sollte; 2. Großbritannien würde, unabhängig von Beschlüssen, keine weiteren finanziellen Verpflichtungen übernehmen müssen. Unklar bleibt, welche Rolle das Thema Sozialisierung in Washington spielen sollte. Laut Protokoll ist über diese Frage zwar am ausführlichsten gesprochen worden, doch wurde kein Ergebnis protokolliert. So hat Bevin erneut mit Nachdruck die bekannten Argumente vorgebracht und Douglas gefragt, ob die USA beabsichtigten, die Kohlengruben den ehemaligen Besitzern zurückzugeben. Wenn dem so sei, könne er dies nicht akzeptieren: Die Stellung der deutschen Sozialdemokraten, die bisher kommunistischer Infiltration standgehalten hätten, würde, genau wie die der Gewerkschaften, aufs schwerste erschüttert. Er hat weiter gefragt, was an den britischen Plänen falsch sei, wonach diejenigen die Kohlengruben besitzen sollten, die in ihnen arbeiteten, und auf die Antwort von Douglas, man beabsichtige nicht, die Eigentumsfrage auszuklammern, wolle aber verhindern, daß sich die Unsicherheit in dieser Frage auf die Produktion auswirke, erwidert, genauso sei es: Die Sozialisten und viele Christdemokraten seien besorgt, daß die Gruben wieder in den Besitz der Syndikate gelangen und die Arbeiter ausgebeutet würden. Douglas hat Bevin daraufhin gefragt, ob er irgendwelche Einwände habe, wenn in Washington das Thema erörtert werde, „as to whether the uncertainty regarding ownership affected output“. Die Antwort Bevins ist nicht notiert worden; das Protokoll beginnt mit einem neuen Punkt²¹⁹. In die „Foreign Relations“ ist der Bericht von Botschafter Douglas über dieses Gespräch nicht aufgenommen worden. Eine Antwort auf die Frage, was Bevin erwidert hat, wäre aber insofern von besonderem Interesse, als zumindest zu vermuten ist, daß es zu einer still-

²¹⁷ Vgl. Telegr. Nr. 3992 v. 17. 7. 1947, Botschaft Washington an FO; FO 371/64370/C9686/194/18.

²¹⁸ FRUS, 1947, II, S. 945.

²¹⁹ FO 371/64371/C9943/194/18.

schweigenden Übereinkunft zwischen Bevin und Douglas gekommen ist, wobei Bevin als Gegenleistung an finanzielle Entlastung durch die Amerikaner dachte; er wies mehrfach auf diesen Punkt hin²²⁰. Jedenfalls ließ Draper am 26. Juli Clay wissen, Bevin sei bereit, die Sozialisierung „auf Eis“ zu legen, aber das britische Kabinett widersetze sich dem²²¹. In der Tat, wenn es die Übereinkunft gegeben haben sollte, dann ist wohl zu vermuten, daß sie aus eben diesem Grund nicht ins Protokoll aufgenommen worden ist, das Bevin seinen Ministerkollegen als Kabinettsvorlage übermitteln ließ²²². Denn als in der Sitzung des Kabinetts am 23. Juli darüber diskutiert wurde, zeigte sich, daß mit einer Zustimmung, d. h. mit einer offiziellen Preisgabe der Sozialisierungspolitik, nicht zu rechnen war. Im Gegenteil, es gab nach wie vor Minister – im Protokoll leider nicht namentlich verzeichnet –, die davon überzeugt waren, angesichts der politischen Situation in Deutschland sei es von allergrößter Bedeutung („utmost importance“), daß „there should be no departure from the United Kingdom proposal for bringing the German mines under public ownership“. Im übrigen nahm das Kabinett in dieser Sitzung zur Kenntnis, daß Bevin die US-Regierung um weitere Informationen hinsichtlich der zu behandelnden Themen in Washington gebeten hatte, und ermächtigte ihn, unter Berücksichtigung dieser Information, die Entsendung einer entsprechenden Delegation nach Washington vorzubereiten²²³.

Am 25. Juli trafen Bevin und Douglas erneut zusammen. Douglas bat um Einzelheiten hinsichtlich der Erweiterung der Tagesordnung. Bevin sprach von 5 Mio. t zusätzlicher Weizenlieferungen. Douglas gab zu verstehen, daß darüber genauso gesprochen werden könne wie über das Wohnungsproblem. In dem Bericht von Douglas an Unterstaatssekretär Lovett heißt es dann, er habe Bevin darauf hingewiesen, daß die Erörterung des TOP 11 „might lead to a discussion of nationalization“²²⁴. Bevin dagegen berichtete, er habe, nach Douglas' Mitteilung, das State Department wolle „ganz besonders“ über diesen Punkt sprechen, erneut auf die SPD hingewiesen: Sie sei die einzige Partei mit „solid roots“ und sie wolle die Sozialisierung; sollten die Bergwerke nicht sozialisiert werden, mache man sich alle Sozialdemokraten zu Feinden und spiele den Kommunisten direkt in die Hände. Er hoffe, daß Douglas dies Außenminister Marshall „ganz klar“ machen werde²²⁵. Bevin hielt auch diesen Bericht für so wichtig, daß er dem König und dem Kabinett vorgelegt wurde – während Douglas diesen Teil

²²⁰ Douglas pflichtete ihm bei, „that this was important“. Bevin seinerseits machte seine Zustimmung zur Konferenz davon abhängig, daß die Tagesordnung nicht veröffentlicht werden dürfe: „there should not be any publicity of any kind“, mit Ausnahme einer Erklärung, daß es sich um „technische Gespräche“ handle.

²²¹ Gimbel, *Origins*, S. 213.

²²² C. P. (47)210, CAB 129/20.

²²³ C. M. (47) 63rd Conclusions, 23. 7. 1947, CAB 128/10.

²²⁴ FRUS, 1947, II, S. 945 f.

²²⁵ Conversation with the United States Ambassador, Secret, 25. 7. 1947, Bevin an Balfour, Washington; FO 371/64371/C9943/194/18.

des Gesprächs nicht einmal erwähnte. Das kann bedeuten, daß die Erwiderung Bevins wohl mehr für König und Kabinett als für Marshall bestimmt war. Den Vorwurf, er habe die Sache der Sozialisierung verraten („sold the pass“), wies er dann am 4. August im Unterhaus zwar entschieden zurück, mußte aber doch zugeben, daß man die Angelegenheit verschoben habe, „to try to get discussion of this problem“²²⁶. Die Frage war, wie lange diese Verschiebung gelten würde: fünf Jahre, wie die Amerikaner forderten, oder nur relativ kurz, wie Bevin am 9. Juli im Foreign Office zu verstehen gegeben hatte. Das Kabinett befaßte sich jedenfalls erst wieder am 4. November 1948 mit dem Thema Sozialisierung²²⁷.

Das Dilemma, in dem sich die Briten zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Sozialisierungspolitik befanden, wurde auch von ihnen selbst mit aller Deutlichkeit gesehen. Zum einen gab es bereits Anzeichen dafür, daß sich amerikanisches Privatkapital auf den Ankauf deutscher Unternehmen in der britischen Zone vorbereitete. Botschafter Douglas hatte außerdem erkennen lassen, daß, wenn die USA gezwungen würden, „to pay an increasing share of the piper's expenses she will wish to call an increasingly anti-socialisation tune“²²⁸. Kündigte man aber andererseits den Aufschub der Sozialisierungspolitik öffentlich an, mußte mit einer äußerst feindlichen Reaktion der Sozialdemokraten, des linken Flügels der CDU und der Gewerkschaften und als Folge mit einer Verschlechterung des Arbeitsklimas und fallender Kohleproduktion gerechnet werden²²⁹. Frankreich sah nach wie vor in der Sozialisierung eine Bedrohung seiner Sicherheit. Im Kabinett und im Unterhaus aber wurde eben diese Sozialisierung weiter gefordert²³⁰. Burrows faßte die Situation folgendermaßen zusammen: „We cannot offend the Americans or we shall not get dollars; we cannot offend the Germans or we shall get no more coal; we cannot offend the French or we shall weaken

²²⁶ Parliamentary Debates, House of Commons, Hansard, vol. 436, Sp. 1103 f.

²²⁷ Siehe unten, S. 228.

²²⁸ „Socialisation of German Industries“, Aufzeichnung Burrows v. 31. 7. 1947; FO 371/64371/C1070/194/18.

²²⁹ Vgl. die entsprechenden Untersuchungen von A. Flanders, „German Political Background to Socialisation of Ruhr Industries“ v. 30. 7. 1947, u. D. L. Anderson, Vice-President d. Economic Sub-Commission d. CCG, „Abandonment or postponement of Public Ownership of the Ruhr Mines“ v. 29. 7. 1947, u. Sitzung CCG in Berlin am 31. 7. 1947 (Teilnehmer u. a. Strang, Robertson, Weir, Flanders); FO 371/64373/C11646/194/18.

²³⁰ Einer der schärfsten Angriffe gegen die Ruhrpolitik der Regierung kam am 4. 8. 1947 vom Labour-Abgeordneten Platts-Mills in der deutschlandpolitischen Debatte im Unterhaus. Seiner Meinung nach hatte die konservative Opposition vier Wünsche – „and all too readily we see the Foreign Secretary falling in with it“ –, nämlich: „The first is that we should cancel socialisation. Can my right hon. Friend deny that that is his project in the Ruhr today? It has not been said officially, but it is accepted on our party by leaders of the United States in these matters, and I challenge my right hon. Friend to deny that we have abandoned it, or that we might almost call it abandonment...“ Die Vorherrschaft der Ruhr sei der Preis für die weitere Hilfe der westlichen Mächte; das sei dann „the hideous terror for the rest of Europe“ (Parliamentary Debates, House of Commons, Hansard, Sp. 1048 f.).

M. Ramadier's Government and forfeit French support in the Paris discussion²³¹; we cannot abandon socialisation too completely or there will be an outcry in Parliament here. It seems almost impossible to find a solution reconciling all these divergent views²³².

Diese Aufzeichnung, die als Entwurf für eine Antwort auf die dringende Bitte von Sir William Strang, dem designierten Leiter der britischen Delegation in Washington, gedacht war, wurde nicht weitergeleitet. Strang hatte nach Einsicht in das Protokoll der Kabinettsitzung vom 23. Juli um Weisung in der Sozialisierungsfrage gebeten. Jetzt wurde entschieden, daß die Richtlinien „highly restrictive“ sein sollten; er wurde lediglich zu einer Erörterung der Frage ermächtigt, ob Sozialisierung oder Nicht-Sozialisierung irgendwelche Auswirkungen auf die Kohleproduktion habe, „nothing else“²³³.

Als am 8. August im Foreign Office die Marschroute für die Verhandlungen in Washington festgelegt wurde, wies Bevin denn auch darauf hin, die Eigentumsfrage müsse mit Vorsicht angegangen werden. Als Begründung führte er nun – erstaunlich genug – die bevorstehende Außenministerkonferenz in London an; er habe ziemlich sichere Hinweise darauf, daß die Russen im November Kompromißbereitschaft zeigen würden. Auch wenn sie damit nur die anglo-amerikanischen Pläne zum Aufbau Westdeutschlands stören wollten, sollte dennoch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden, in der Frage der „wirtschaftlichen Einheit“ zu einer Einigung zu kommen; aus diesem Grunde dürfe nichts präjudiziert werden. Es solle dennoch ein Plan ausgearbeitet werden, der die Überführung von Eigentum „in some German public authority“ vorsehe, sofern die Amerikaner das Prinzip anerkennen würden, daß die Unternehmen ihren ehemaligen Besitzern nicht zurückgegeben werden sollten²³⁴. Genau das aber war die entscheidende Frage. Dies ist denn auch der erste Hinweis darauf, daß jetzt auch Bevin in der Sozialisierungsfrage Schwierigkeiten von Seiten der Amerikaner nicht mehr ausschloß.

Die Konferenz wurde schließlich am 12. August eröffnet. Der Leiter der amerikanischen Delegation, William Thorp, versuchte sofort, die Tagesordnung zu ändern und die Frage des „öffentlichen Eigentums“ zusammen mit der des Management an erster Stelle zu beraten. Strang lehnte dies jedoch ab²³⁵. Nachdem es dann am 14. August zu einem kurzen Meinungs austausch gekommen war²³⁶, wurde am 21. August erneut über dieses Thema beraten. Die Amerikaner dräng-

²³¹ Vgl. hierzu unten, S. 229 f.

²³² Vgl. Anm. 223.

²³³ Handschriftl. Aufzeichnung v. 1. 8. 1947; ebenda. Ferner Aufzeichnung Hoyer-Millar v. 5. 8. 1947 nach Besprechung mit Sargent, Dean, Strang, Turner, Hall-Patch; FO 371/64372/C11024/194/18.

²³⁴ Teilnehmer dieser Sitzung u. a. Bevin, Strang, Turner, Hall-Patch, Burrows, Hoyer-Millar. Protokoll in: FO 371/64372/C11004/194/18.

²³⁵ Vgl. Telegr. Nr. 4455 v. 15. 8. 1947; FO 371/65399/CK173/156/18.

²³⁶ Vgl. UK – Record u. Telegr. Nr. 4484 v. 15. 8. 1947; FO 371/64372/C11291/194/18.

ten auf eine klare Formel, d. h. auf offizielle Vertagung der Sozialisierung, während Strang, unter Hinweis auf die Unterhauserklärung Bevins vom 4. August, betonte, daß er genau dazu nicht ermächtigt sei; für die britische Regierung sei es schwierig, „to agree to any formal or express postponement“²³⁷. Natürlich konnte man auf inoffizieller Ebene Lösungsmöglichkeiten sondieren, zumal Strang mehr und mehr zu der Auffassung gelangt war, daß die Briten in dieser Frage durch den Abschluß des Bizonenabkommens schon seit Dezember 1946 die eigene Handlungsfreiheit zu einem großen Teil verloren hatten; er bezweifelte jetzt, ob man auch nur *einen* Schritt ohne Zustimmung der Amerikaner tun konnte²³⁸.

Strang und Turner kamen zweimal mit Thorp und Stillwell (Special Assistant to the Under Secretary of State for Economic Affairs, Department of State) zu privaten Gesprächen zusammen, die im Gegensatz zu den offiziellen Beratungen, die nach Meinung der Amerikaner durch „stubbornness and withholding“ auf Seiten der Briten gekennzeichnet waren²³⁹, in einer freundlichen Atmosphäre stattfanden. Eine Zeitlang schien ein Kompromiß möglich zu sein: So einigte man sich zunächst darauf, daß am Schluß der Konferenz diese Frage nicht mehr öffentlich erwähnt werden sollte. Die Amerikaner erklärten sich auch damit einverstanden, daß über die Eigentumsfrage abgestimmt werden sollte, wobei zunächst offen blieb, wann, von wem und unter welchen Bedingungen abgestimmt werden sollte. Strang schlug vor, dann abstimmen zu lassen, wenn die Kohlenförderung sechs Monate lang täglich nicht unter 350 000 t gelegen habe; abstimmen solle eine „appropriate representative German authority“²⁴⁰. Den ersten Gedanken mußte er schon bald wieder fallenlassen, er blieb aber dennoch der Meinung, daß die Amerikaner möglicherweise die Fünf-Jahresfrist aufgeben würden. Die „crux“ war nach seinen Worten, was sie unter „representative German authority“ verstehen würden: eine Zentral-, Trizonen-, Bizonen- oder Landesregierung. Ziemlich sicher war, wie er nach dem zweiten Gespräch am 4. September nach London berichtete, daß sie „would not (repeat not) agree to a decision by a Land Government“²⁴¹. Es wurde von britischer Seite auch der Gedanke ventiliert, statt einem Treuhänder mehreren Treuhändern („trustees“) bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsfrage das Besitzrecht an den Industrien zu übertragen²⁴², womit wenigstens dem Namen nach etwas von dem britischen Treuhänderplan gerettet worden wäre²⁴³.

²³⁷ Vgl. UK-Record, FO 371/64373/C11573/194/18 (Wortprotokoll), Summary Minutes in: FRUS, 1947, II, S. 946 ff.; Bericht Strang in: FO 371/64372/C11467/194/18.

²³⁸ Vgl. sein Teleg. v. 24. 8. 1977: ebenda C11409/194/18.

²³⁹ FRUS, 1947, II S. 964.

²⁴⁰ Bericht Strang v. 25. 8. 1947; FO 371/64372/C11408/194/18.

²⁴¹ Bericht v. 4. 9. 1947; FO 371/64373/C11884/194/18.

²⁴² Wirtschaftsrat, Gewerkschaften u. Landesregierung sollten je einen, die Militärregierung zwei ernennen; dieser Vorschlag ging auf General Robertson zurück.

²⁴³ Vgl. oben, S. 172.

In der Tat ist in diesen Tagen auf amerikanischer Seite die Frage erörtert worden, ob den Deutschen nicht innerhalb der 5-Jahresfrist oder gegen Ende der Frist eine Abstimmung erlaubt werden sollte. Ein entsprechender Vorschlag ist dann auch Botschafter Douglas und Clay vorgelegt worden²⁴⁴. Insbesondere das Urteil Clays hat die Diskussion in Washington schnell beendet. Die Stellungnahme Clays macht noch einmal seine grundsätzliche Einstellung zur Sozialisierungsfrage deutlich. Da ihm, wie auch Bevin sagte, so viel Machtbefugnisse übertragen worden waren, daß er in Europa ein „liberum veto“ ausüben konnte²⁴⁵ und damit, wie es die „Washington Post“ im Juli 1947 formulierte, „a law unto himself“ war, hing die weitere Entwicklung in hohem Maße von ihm ab. Clay vertrat noch einmal mit Nachdruck die Meinung, daß die Sozialisierung einer Industrie von nationaler Bedeutung, von der die Existenz des ganzen Volkes abhing, nicht die Angelegenheit nur des Landes sein konnte, in dem sich diese Industrie befand, sondern Sache des ganzen Volkes sein mußte. Er hielt eine Entscheidung auf Landesebene unter instabilen ökonomischen und politischen Bedingungen, zu einem Zeitpunkt, wo weder die Grenzen des neuen Staates feststanden noch bekannt war, „who the German people will be who must depend upon the Ruhr“, für unmöglich; es war für ihn geradezu „unthinkable“, einer Sozialisierung der für die Nation lebenswichtigen Ruhrindustrie auf Landesebene zuzustimmen. Es sei „recognized“, daß die Briten der SPD genau dies versprochen hätten, aber das Versprechen sei einseitig gewesen²⁴⁶.

Als Kompromiß für die Verhandlungen in Washington schlug er vor, den Deutschen die Abstimmung über die Sozialisierung zu genehmigen, wenn zwei Bedingungen erfüllt waren: 1. die Deutschen mußten in der Lage sein, „to vote as a people“; 2. Großbritannien und die USA mußten darin übereinstimmen, daß die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen stabil genug waren, „to permit a free expression from the German people“. Es fehlte auch nicht der Hinweis, daß die CDU im Wirtschaftsrat eine schwache Mehrheit habe und daß es ein großer Fehler sei, anzunehmen, die extremen Sozialisten repräsentierten den Mehrheitswillen in Deutschland²⁴⁷.

Aus seiner Haltung machte Clay in jenen Tagen auch öffentlich kein Hehl. Als er am 14. August auf einer Pressekonferenz in Berlin auf die neue Direktive 1779 angesprochen wurde, antwortete er, die Deutschen könnten seinetwegen über „socialization, nationalization or any other ‚zation‘“ soviel reden wie sie wollten, denn diskutieren sei gesund, aber neue und noch nicht erprobte Metho-

²⁴⁴ Vgl. FRUS, 1947, II, S. 950 ff. Douglas war der Meinung, daß das Festhalten an der Frist keine Rückwirkungen auf die englische öffentliche Meinung haben werde.

²⁴⁵ Vgl. seine Aufzeichnung v. 11. 7. 1947; FO 571/64370/C9432/194/18.

²⁴⁶ Interessanterweise wurde in den FRUS, 1947, II, S. 1062, dieses Wort durch „believed“ ersetzt. Vgl. auch die Anm. in Clay Papers, S. 412.

²⁴⁷ Clay an Royall (Kriegsminister), Noce, Draper, 25. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1059–63. Clay Papers, Dok. Nr. 253.

den sollten beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht angewendet werden²⁴⁹.

Einer seiner engsten Mitarbeiter, Joe Keenan (AFL)²⁴⁹, versuchte unterdessen, einflußreiche Sozialdemokraten in der britischen Zone für den amerikanischen Treuhänderplan zu gewinnen, z. B. Bürgermeister Brauer in Hamburg, der aus amerikanischem Exil zurückgekehrt war, und den Vorsitzenden der Hamburger Gewerkschaft, Kummernuss; Keenan bot als Gegenleistung eine amerikanische Garantie von 1800 cal. täglich an und stellte bei Ablehnung die Kürzung der Lebensmittelimporte in Aussicht²⁵⁰. Gleichzeitig wurde in den USA eine umfassende Propagandaaktion gegen die Sozialisierungspläne an der Ruhr und für den Treuhänderplan eingeleitet. In der „New York Herald Tribune“ erschien z. B. am 19. 8. 1947 eine ganzseitige Anzeige, in der, was andere Zeitungen nachdruckten, vom Präsidenten der einflußreichen McGraw-Hill Publishing Company unter der Parole „THE RUHR – valley of decision“ auf die überragende Bedeutung der Ruhr für Europa und Amerika hingewiesen wurde²⁵¹.

Unter diesen Umständen war eine Einigung in Washington nicht möglich. Das Verhandlungsklima verschlechterte sich zusehends. Die Briten legten der Konferenz am 26. August ein Dokument vor, in dem sie auf schnelle Aufnahme von Verhandlungen zur Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens drängten. Gleichzeitig gab es weitere Schwierigkeiten bei der Ausfüllung des Weir-Draper-Abkommens über die Kohlenorganisation (insbesondere über die Frage, ob ein Amerikaner an der Spitze der geplanten US/UK-Control Group stehen sollte)²⁵².

²⁴⁹ Der entsprechende Auszug in: FO 371/64372/C11245/194/18.

Alles kam darauf an, Zeit zu gewinnen, denn, so Clay, als er im Oktober, nachdem die prinzipiellen Entscheidungen gefallen waren, die neue Direktive kommentierte: „Time is on our side. If we can thus defer the issue while free enterprise continues to operate and economic improvement results, it may never even become an issue before the German people“. Clay an Draper, 20. 10. 1947; zit. in: Gimbel, *Origins*, S. 216. Vgl. auch Clays Rede vor dem Länderrat, ebenda, S. 217.

²⁴⁹ Den die Briten als Clays „henchman“ bezeichneten; FO 371/64372/C11373/194/18.

²⁵⁰ Der Kommentar auf britischer Seite hierzu: „wicked and monstrous performance“; FO 371/64372/C11222/194/18.

²⁵¹ Darin hieß es u. a.: „For Americans and for American business the most important single spot on earth today is the Ruhr Valley...“ Aufgrund britischen Mißmanagements und Devisenschwäche werde jetzt amerikanisches Kapital für den Wiederaufbau in das Ruhrgebiet fließen, „therefore we should supervise it... There is a sound old rule that he who pays the piper shall call the tune“. Die Briten wurden scharf kritisiert, weil sie versucht hätten, ihre Form des Sozialismus zu exportieren, „which is making such dubious record at home“. US-Kapital, US-Arbeit „and statesmanship“ müßten sich der Ruhr annehmen: „We had better do it if we love our children“, denn ein Vakuum würde von den Russen gefüllt werden. Kommentar d. Board of Trade: „A particularly vicious type of publicity“. Vgl. FO 371/65493/CK1033/156/183 u. 64372/C11419/C15165/194/18.

²⁵² Vgl. FO 371/65404-65417.

Am 8. September war die amerikanische Seite entschlossen, die Konferenz am nächsten Tag zu beenden, „entweder mit oder ohne Abkommen“²⁵³. Die Konferenz wurde dann am 10. September abgeschlossen²⁵⁴. Obwohl Draper noch am letzten Tag in der Eigentumsfrage einen Vorstoß bei Strang unternahm²⁵⁵, gelang es den Briten, dieses Thema aus dem Konferenzbericht herauszuhalten, woraus Bevin im Kabinett dann den Schluß zog, daß „the report did not in any way prejudice the position of His Majesty's Government with regard to the future ownership of the Ruhr mines“²⁵⁶. Die gegenseitigen Positionen waren dennoch klar: Mit einer *offiziellen* Verschiebung oder Aufkündigung der Sozialisierungspolitik von britischer Seite war zwar nicht zu rechnen, gleichzeitig stand aber fest, daß mit der neuen Kohlenorganisation, die am 18. November in Kraft trat²⁵⁷, der Einfluß der Amerikaner an der Ruhr institutionalisiert worden war und daß dort ohne oder gar gegen sie keine Entscheidung mehr getroffen werden konnte, daß ferner die Amerikaner den Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht als *das* repräsentative Organ betrachteten, das über die Ruhrindustrie bestimmen konnte, ganz abgesehen von dem Zeitpunkt, zu dem eine solche Entscheidung getroffen werden würde.

Angesichts dieses Sachverhalts stellte sich die Frage, ob das anglo-amerikanische Klima nicht verbessert worden wäre, wenn man sich über die stillschweigende Zustimmung hinaus zu einer offiziellen Verschiebung der Sozialisierung nach Einsetzung von Treuhändern, entsprechend dem Vorschlag von General Robertson, verstanden hätte. Dieser Gedanke ist dann auch von Dean, der in der Vergangenheit zu den überzeugtesten Befürwortern der Sozialisierung gehört hatte, Ende September ventiliert worden. Für ihn stand fest, daß die Amerikaner einer Abstimmung über die Sozialisierung nur nach ihren Vorstellungen zustimmen würden („we have been left in no doubt whatsoever“). Da Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen aber nicht in der Lage sei, „to ignore the Americans and simply push on with socialisation“ – ganz abgesehen davon, daß es „sehr zweifelhaft“ sei, ob man aufgrund des Bizonenabkommens überhaupt das Recht dazu habe –, schlug er am 20. September in einem „Entwurf für eine mögliche Übereinkunft mit den Amerikanern“ vor, die Entscheidung über die Eigentumsfrage einer deutschen Zentralregierung zu übertragen; komme es nicht zu einer solchen Regierung, solle die Entscheidung von einem „freely elected bi-zonal government, or, should the French accede to the Agreement by the tri-zonal government“ getroffen werden. In jedem Fall müßten vier Bedingungen erfüllt sein: 1. das Sicherheitsproblem muß befriedigend gelöst sein;

²⁵³ FRUS, 1947, II, S. 958.

²⁵⁴ Vgl. den Bericht von Strang und Thorp in: FRUS, 1947, II, S. 959 ff.; auch als C. P. (47) 261, CAB 129/21.

²⁵⁵ FO 371/64373/C12644/194/18.

²⁵⁶ C. M. 76 (47). CAB 128/10.

²⁵⁷ Vgl. FO 371/65419/CK1533/524/183. An diesem Tag wurde auch die im Juli 1945 eingereichte North German Coal Control (NGCC) aufgelöst.

2. „public ownership“ auf Landesebene muß als mögliche Lösung zugestanden werden (oder zumindest nicht ausgeschlossen sein); 3. die Kohlengruben dürfen ihren früheren Besitzern nicht zurückgegeben werden; 4. ausländische Besitzanteile müssen abgesichert sein. Es sei „völlig klar“, so notierte Dean, daß dieser Vorschlag „amounts to the temporary postponement of our policy of socialisation“. Es werde nicht leicht sein, dies dem Parlament klarzumachen, und in Deutschland werde sehr wahrscheinlich die extreme Linke stärker werden, was sich nachteilig auf die Produktion und auf den Einfluß der „more reliable political elements“ auswirken müsse. Dennoch stimmten auch Strang, Harvey und Jenkins dem Plan zu. Bevin konnte sich jedoch nicht entscheiden: „I must give more thought to this“, notierte er an den Rand der Vorlage²⁵⁹.

Als Ergebnis seines Nachdenkens kam es nicht zu einem öffentlich verkündeten Aufschieben der Sozialisierung, obwohl die Briten de facto zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Sozialisierungspolitik gescheitert waren. Seit dem Frühjahr 1946 waren sie nicht einen Schritt in dieser Frage vorangekommen – und nun diktierten ihnen die USA die Bedingungen.

b) Die Revision des Bizonenabkommens

Die prekäre finanzielle Situation Großbritanniens engte den ohnehin geringen Spielraum der britischen Politik mehr und mehr ein, was bei den Verhandlungen über die Revision des Bizonenabkommens, die im Oktober begannen und am 17. Dezember 1947 mit der Änderung einzelner Bestimmungen des alten Abkommens abgeschlossen wurden, besonders deutlich wird. Das Thema Sozialisierung spielte in diesen Verhandlungen keine Rolle mehr. Auf britischer Seite wurde es lediglich einmal in einer der vorbereitenden Besprechungen für die Konferenz in Washington am 25. September 1947 von Bevin angeschnitten. Er sprach sich erneut für die Sozialisierung aus, wünschte aber nicht, „to press the issue at the risk of prejudicing the outcome of the negotiations over the dollar commitment“. Zu diesem Zeitpunkt war Bevin der Meinung, daß man nach Abschluß eines solchen Abkommens mit den Amerikanern noch einmal über dieses Thema sprechen könne, und daß es dann möglich sein werde, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß auszuhandeln²⁶⁰. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht mehr statt. Die Prioritäten für die bevorstehende Konferenz sahen anders aus: „Main objective“ sei es, so Bevin am 25. September, sicherzustellen, „that the Americans took over the whole dollar commitment“²⁶⁰.

Als die Beratungen in Washington begannen, legte Sir William Strang die britischen Vorschläge dar: 1. Die britische Regierung erklärt sich noch einmal

²⁵⁹ „Socialisation of Coal-mining Industry in the Ruhr“; FO 371/643/C12745/194/18.

²⁶⁰ Vgl. „Germany Meeting in the Secretary of State's Office“, 25. 9. 1947, Secret: FO 371/64514/C12744/1673/18.

²⁶⁰ Ebenda.

zur Konvertibilität von Pfund Sterling in Dollar bereit – allerdings „limited for all time“ bis zu einer Höhe von 40 Mio. Dollar; 2. Abschluß eines bilateralen Handelsabkommens zwischen der Bizone und den Ländern des Sterling-Blocks – als Bedingung für das Angebot, für das Jahr 1948 Waren im Werte von 17,5 Mio. Pfund zu liefern; 3. für den britischen Vertreter im Bipartite Board in allen Streitfragen „equal voice with his American colleague“.

Am 25. Oktober 1947 lehnte die amerikanische Delegation die britischen Vorschläge ab. Sie verlangte unbegrenzte Konvertibilität von Dollar und Pfund Sterling und machte klar, daß die Annahme des dritten Vorschlags dem britischen Oberbefehlshaber ein Vetorecht einräumen würde, das „would nullify the power of voting rights“, die zu fordern die USA aufgrund der größeren finanziellen Last ein Recht hätten²⁶¹. Gleichzeitig erhob die Delegation die Forderung nach dem Entscheidungsrecht in Außenhandelsfragen: Das Stimmrecht in der Joint Export Import Agency (JEIA) solle dem finanziellen Anteil der jeweiligen Regierung entsprechen. Den Vorschlag hatte Clay schon am 29. September gegenüber seinem britischen Kollegen gemacht²⁶²; er lief auf die Kontrolle des Bizonenaußenhandels durch die Amerikaner hinaus. Die Krise war da, noch ehe die Verhandlungen richtig begonnen hatten. Mit Nachdruck wies Bevin auf die außerordentlich schwierige Situation hin, in der sich die britische Regierung aufgrund der finanziellen Lage befinde und in der es unbedingt erforderlich sei, „to cut down the drain of dollars which are at the present time pouring out of every pore“. Indes waren „less rigorous“ Vorschläge der Amerikaner offensichtlich nicht zu erwarten – am 30. Oktober erhielt Strang Instruktionen, die amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren²⁶³.

Über die einzige Alternative zu dieser Entscheidung, den Abbruch der Konferenz in Washington, hatte sich Bevin schon am 17. Oktober 1947 in einer geheimen Studie gegenüber Attlee geäußert – und dies kategorisch abgelehnt. Seiner Meinung nach würde der Zusammenbruch der Verhandlungen auch das Ende der Bizone bedeuten. Abgesehen von politischen Konsequenzen „of a very far-reaching nature“, wäre Großbritannien dann in jeder Hinsicht wieder allein für seine Zone verantwortlich; da man jedoch nicht in der Lage sei, „to shoulder this burden“, bliebe nur eine Alternative übrig: „to abandon Germany altogether“²⁶⁴. Damit stellte sich das gleiche Problem wie schon im November 1946²⁶⁵. Wie damals war dieser Schritt auch jetzt für Bevin „out of the question“, wobei er noch überzeugendere Gründe als 1946 anführen konnte: Bei einem Rückzug

²⁶¹ Telegramme Nr. 5954 u. 5938; FO 371/65076/CE4459/1465/74.

²⁶² Vgl. Telegramm Nr. 1381; FO 371/64514/C12770/1673/18.

²⁶³ Vgl. Telegr. Bevin v. 30. 10. 1947 an Strang sowie „Cabinet. Balance of Payment. Overseas Reconstructions Committee“, Sitzung v. 28. 10. 1947, Secret; FO 371/65076/C4458/C4518/1465/74.

²⁶⁴ „Immediate“, Prime Minister; Fusion Agreement: Washington Talks. Secret, 17. 10. 1947; P. M. (47) 149.

²⁶⁵ Vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage.

aus Deutschland sei zu bezweifeln, daß sich die Chancen, Marshallplan-Hilfe zu bekommen, vergrößern würden²⁶⁶.

Dennoch war auch Bevin mehr und mehr von der amerikanischen Unnachgiebigkeit enttäuscht. Unter Hinweis auf die vorgeschlagene JEIA-Lösung, die den Amerikanern das Übergewicht in dieser Behörde sichern würde, gab er am 30. Oktober Botschafter Douglas zu bedenken, ob es denn klug sei, daß die USA auf dieser Bedingung beharrten, und warnte vor möglichen Konsequenzen: Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Außenministerkonferenz und der negative Eindruck in der britischen Öffentlichkeit, „that we had sold our soldiers in Germany to American control“²⁶⁷.

Parallel zu dem Vorstoß Bevins lief eine zuvor im Foreign Office beschlossene Aktion in Washington. Außenminister Marshall sollte noch einmal auf die schwierige Situation Großbritanniens hingewiesen werden. Die Gelegenheit ergab sich am 31. Oktober. Botschafter Lord Inverchapel versicherte Marshall, daß die britische Regierung das Äußerste tue, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, „and could do no more“. Über die Reaktion Marshalls berichtete Inverchapel: „The subject was new to him and he listened sympathetically. In reply to my special plea that he should move his people to make a less rigorous approach to it, to take our present financial embarrassments into wider consideration and try to meet us, he said that he would look into the matter and see what could be done“²⁶⁸.

Die Haltung der amerikanischen Delegation änderte sich jedoch nicht, wobei erstaunlich ist, daß man auf amerikanischer Seite überzeugt war, die Briten wohlwollend zu behandeln. Die nachgiebige Haltung, so wurde dem Kongreß gegenüber argumentiert, sei notwendig gewesen, „for maintaining our status as partners with the U. K. in Germany“²⁶⁹. Wäre es nach dem Kongreß gegangen, hätte das Abkommen in wesentlichen Punkten anders aussehen müssen. Der Druck einzelner Ausschüsse wurde von Tag zu Tag stärker („very strong“). Man war der Meinung, daß die Regierung bei den Verhandlungen nicht hart genug mit den Briten umgegangen sei, daß der Vorsitz in der Ruhrkohlen-Control Group hätte gefordert werden müssen²⁷⁰, daß die USA entsprechend dem größeren Finanzanteil die Wirtschaft in der Bizone noch über JEIA und Joint Foreign Exchange Agency hinaus kontrollieren sollten. Ein entsprechender Vorstoß zur Änderung des Paragraphen 5 – drei Tage vor Unterzeichnung des Abkommens²⁷¹ – begegnete jedoch in London eisiger Ablehnung. Strang erhielt am 16. Dezember von Bevin die Anweisung, den Amerikanern, sollte dieser Vorstoß in irgendeiner

²⁶⁶ Vgl. Anm. 264.

²⁶⁷ Fusion Talks in Washington, Aufzeichnung P. Dean v. 30. 10. 1947; FO 371/65076/CE 4536/1465/74.

²⁶⁸ Telegramm Nr. 6081 v. 31. 10. 1947; ebenda, CE 4554/1465/74.

²⁶⁹ Telegramm Nr. 6981 v. 13. 12. 1947; ebenda, CE 5012/1465/74.

²⁷⁰ Vgl. Telegramm Nr. 6981 u. 6985, Basic, v. 13. 12. 1947; ebenda, CE 5012/5014/1465/74.

²⁷¹ Telegramm Nr. 7006 v. 14. 12. 1947 an FO; ebenda, CE 5038/1465/74.

Weise weiterverfolgt werden, klarzumachen, „that to raise this issue now would be extremely bad for Anglo-American relations and play into the hands of other parties“²⁷².

Trotzdem spiegelte das am 17. Dezember 1947 unterzeichnete Fusionsabkommen die Realitäten in der Bizone wider. Die USA konnten nun auch de jure die Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflussen; ohne sie lief nichts mehr. Dennoch suchten die Briten auch in der Folgezeit hartnäckig zu retten, was noch zu retten war. Sie ließen die Landesparlamente in dem Glauben, Sozialisierung auf Landesebene sei noch möglich. Vielleicht hofften sie auch selbst, daß sich die USA einem überwältigenden „Volksvotum“ beugen würden. Sie verfolgten damit eine Taktik, die ähnlich schon im August 1947 ventiliert worden war. Damals war gefragt worden, ob es nicht am besten sei, gerade im Hinblick auf die Amerikaner und deren Demokratieverständnis, „to play the democratic card“, d. h. den Deutschen die Initiative zu überlassen und sie zu einer Abstimmung zu bewegen, deren Ergebnis für die Briten und dann auch für die Amerikaner akzeptabel sein konnte. Es kam noch ein anderer Gedanke hinzu: Die Briten waren zeitweise der Meinung, daß die amerikanische Seite, insbesondere der Kongreß, „not so much the thing as the word“ ablehne: „public ownership“ ja, „socialisation“ nein²⁷³. Das war zwar Illusion, aber seit Herbst 1947 wurde auf britischer Seite öffentlich und in den Beratungen mit den Amerikanern fast nur noch der Begriff „public ownership“ benutzt.

Die offizielle Bankrotterklärung erfolgte im Herbst 1948. Am 23. August 1948 mußte die britische Militärregierung einem vom Düsseldorfer Landtag verabschiedeten Gesetz²⁷⁴ die Genehmigung versagen und dies im Sinne der amerikanischen Interpretation vom Sommer 1947 und konträr zu ihrer bis zu diesem Zeitpunkt vertretenen Haltung damit begründen, „daß die Frage der Sozialisierung der Kohlenindustrie von einer deutschen Regierung und nicht von einer Landesregierung behandelt werden sollte“: „Wenn eine repräsentative und aus freier Wahl hervorgegangene deutsche Regierung gebildet ist, steht es ihr frei, diese Frage zu lösen.“²⁷⁵

²⁷² Telegramm Nr. 13046 v. 16. 12. 1947; ebenda.

²⁷³ Vgl. die Bemerkungen in: FO 371/64371/C10195/194/18.

²⁷⁴ Das Gesetz zur Sozialisierung der Kohleindustrie in Nordrhein-Westfalen war ordnungsgemäß zustande gekommen. Der Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion (NRW-Landtagsdrucksache II 69) war in der Schlußabstimmung des Landtages mit einer großen Mehrheit von SPD, KPD und Zentrum gegen die FDP, bei Stimmenthaltung der CDU, am 6. 8. 1948 angenommen worden; vgl. Stenogr. Berichte v. 6. 8. 1948, S. 987.

²⁷⁵ Vgl. das von „W. H. A. Bishop, Major-General, Acting Regional, Commissioner“ unterzeichnete Schreiben der britischen Militärregierung v. 23. 8. 1948 (NRW-Landtagsdrucksache II 631). Im August 1947 sollte bei der Ablehnung d. Sozialisierungsgesetzes, das der Landtag von Schleswig-Holstein am 6. 8. 1947 angenommen hatte, der Landesregierung eine ähnliche Begründung von der Militärregierung gegeben werden. Dazu hatte es im FO geheißen, daß eine solche Begründung „directly conflicts with our ideas on the subject“ (FO 371/64372/C11037/194/18).

Damit und mit dem anglo-amerikanischen Entflechtungsgesetz Nr. 75 vom 10. November 1948, wonach „the question of the eventual ownership of the Coal and Iron and Steel Industries should be left to the determination of a representative freely elected German government“²⁷⁶, wurde die britische Niederlage in der Sozialisierungspolitik auch öffentlich eingestanden, wenngleich man der britischen Regierung zubilligen muß, daß sie wenigstens auf dieser Formulierung so hartnäckig bestanden hatte, „as to have prevented agreement without its conclusion“, wie Clay Draper berichtete²⁷⁷.

Auf britischer Seite wurde denn auch das Ergebnis in der Sozialisierungsfrage nicht als Niederlage, sondern als Erfolg gewertet, wie die Sitzung des Kabinetts am 4. November 1948 deutlich macht. Zum erstenmal seit dem 1. Mai 1947 stand das Thema „Sozialisierung der Grundstoffindustrien“ im Zusammenhang mit dem Entflechtungsgesetz wieder auf der Tagesordnung. Bevin erläuterte ein Memorandum²⁷⁸, das sich auf die entsprechende Vereinbarung²⁷⁹ zwischen Clay und Robertson bezog, wobei er betonte, daß mit „freely-elected German Government“ auch eine westdeutsche Regierung gemeint sei, falls es nicht zu einer gesamtdeutschen Regierung komme. Er glaube, so fuhr Bevin fort, daß das Abkommen „carried out the policy approved by His Majesty's Government at the time of the fusion of the British and American Zones“ – wobei im Kabinettsprotokoll auf die Sitzung des Kabinetts am 1. Mai 1947 verwiesen wird –, und er beabsichtige daher, Robertson entsprechende Instruktionen zur Unterzeichnung des Abkommens zu geben „subject to his colleagues' view“.

Vom Erfolg so überzeugt wie Bevin war allerdings nur ein Teil seiner Kollegen, der sich in der kurzen Diskussion für die Vereinbarung aussprach und Befriedigung („gratification“) über die Bereitschaft der amerikanischen Regierung äußerte, eine Übereinkunft zu akzeptieren, „which did not preclude the eventual socialisation of these industries“. Eine zweite Ministergruppe wünschte dagegen noch mehr Zeit, um das vorgelegte Memorandum zu prüfen, „particularly in view of the political interest which the agreement would arouse in this country“.

Attlee beendete die Diskussion mit dem deutlichen Hinweis, er werde Bevin zur Übermittlung entsprechender Instruktionen an Robertson ermächtigen, falls nicht bis 19.00 Uhr einer der Minister ihm gegenüber den Wunsch geäußert habe, noch weiter über dieses Thema zu diskutieren. Sollte das der Fall sein, werde er für den nächsten Tag eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen²⁸⁰. Wie aus einer Fußnote des Kabinettsprotokolls hervorgeht, wurde eine solche Sitzung dann jedoch nicht mehr für notwendig erachtet, und am 5. wurde Bevin von

²⁷⁶ Text des Gesetzes in: Stahltruhändlervereinigung (Hrsg.), Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, München/Berlin 1954, S. 319.

²⁷⁷ Clay an Draper, 4. 12. 1948, Clay Papers, Dok. Nr. 599.

²⁷⁸ C. P. (48) 251 v. 3. 11. 1948. CAB 128/13.

²⁷⁹ Vgl. Anm. 276.

²⁸⁰ C. M. 68 (48) v. 4. 11. 1948. CAB 128/13.

Attlee ermächtigt, General Robertson die erforderlichen Instruktionen zu geben²⁸¹.

Auf dem Weg zur Bundesrepublik

Verfolgt man die Beratungen über die Ruhrfrage, so fällt auf, daß, nachdem einmal die Entscheidung zugunsten der Sozialisierung gefallen war, das Problem der eigentlichen Kontrolle bis zum Sommer 1947 nur noch am Rande erörtert wurde. Der Grund hierfür war „almost entirely political“²⁸²: Die Briten wollten die Sowjets aus dem Ruhrgebiet fernhalten. Sie lehnten aus diesem Grund auch die französischen Pläne für eine Internationalisierung der Ruhr als undurchführbar ab.

Der Marshallplan gab auch hier den Anstoß zum Überdenken der Position. Ohne die Beteiligung der Westzonen war dieser Plan, der für Großbritannien lebenswichtig war, zum Scheitern verurteilt. Allein die Förderungs- und Exportsteigerung von Ruhrkohle war, worauf dann im Schlußbericht der Marshallplan-Konferenz der sechzehn Nationen in Paris (12. 7. -22. 9. 1947) ausdrücklich hingewiesen wurde, „in der Tat ein wesentlicher Faktor des Wiederaufbaus von Europa“. Darüber hinaus galt es, Kohle und Koks gerecht unter die Länder zu verteilen, die für ihre Versorgung vom Ruhrgebiet abhängig waren²⁸³. Diese Abhängigkeit mußte aber in den betroffenen Ländern die Sicherheitsfrage erneut mit aller Schärfe aufwerfen, eine Tatsache, der Großbritannien Rechnung zu tragen hatte, sollten die Verhandlungen in Paris nicht mit einem Fehlschlag enden. Es ging letztlich darum, wie es Orme Sargent formulierte, „to save the Marshall Plan“²⁸⁴.

Um dieses Ziel zu erreichen, war Großbritannien bereit, unter den veränderten weltpolitischen Verhältnissen des Sommers 1947 das Gespräch über eine internationale Kontrolle wieder aufzunehmen. Die britische Regierung übernahm die Initiative, nachdem der Leiter der britischen Delegation in Paris, Sir Oliver Franks, das Foreign Office hatte wissen lassen, daß die Konferenzteilnehmer – nicht nur Frankreich – eine internationale Kontrolle der Ruhrindustrie befürworteten und daß sich ein entsprechender Hinweis außerordentlich positiv auf das Ergebnis der Konferenz auswirken würde²⁸⁵.

²⁸¹ Ebenda.

²⁸² „Internationalisation of the Ruhr“. Aufzeichnung v. September 1947; FO 371/64375/C15701/194/18.

²⁸³ Vgl. Die Wiedergesundung Europas, Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der sechzehn Nationen, Oberursel 1948 (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd.4), S. 30: „Erklärung der beteiligten Länder, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben“.

²⁸⁴ „Proposed International Control of the Ruhr“. Aufzeichnung v. 19. 8. 1947; FO 371/64372/C11373/194/18.

²⁸⁵ Vgl. Aufzeichnung Hoyar-Miller v. 18. 8. 1947; ebenda.

In London wurde daraufhin eine Formel ausgearbeitet, die, wie es hieß, zum Erfolg der Konferenz beitragen und zeigen sollte, daß man an die ökonomische Integration Europas glaube²⁸⁶. Die neue Richtlinie wurde vom „European Economic Co-operation-Committee of Ministers“ am 8. 8. 1947 gebilligt²⁸⁷. Um nicht „vollkommen negativ“ in Paris auftreten zu müssen, sollte die britische Delegation die Erklärung abgeben können, daß es von größter Bedeutung („first importance“) sei, die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, „with some form of public ownership“, einer internationalen Kontrolle zu unterstellen, um die Nutzung zum Wohle ganz Europas, einschließlich Deutschlands, sicherzustellen. Vor Abgabe dieser Erklärung wollten die Briten allerdings die amerikanische Zustimmung einholen, da man durch das Bizonenabkommen zu gemeinsamer Verantwortung verpflichtet sei²⁸⁸.

Zu dieser Zustimmung war das State Department nicht bereit; den Anlaß für die Ablehnung lieferte Bidault. Fast gleichzeitig mit dem britischen Vorstoß in Washington hatte nämlich der französische Außenminister im Gespräch mit Clayton zum erstenmal zu verstehen gegeben, daß die französische Regierung ihre Pläne hinsichtlich der Abtrennung der Ruhr bzw. Internationalisierung der Ruhrindustrie aufgegeben habe und daß für Frankreich auch die Frage des Managements bzw. das Problem Sozialisierung oder Privatbesitz nicht mehr von Interesse sei. Frankreich müsse aber darauf bestehen, daß der Zugang zu den Produkten der Ruhr für ganz Europa offen und nicht wie vor dem Krieg von der Entscheidung der Deutschen allein abhängig sei²⁸⁹. Dieser Vorschlag, der im Prinzip den Vorstellungen des State Department entsprach, fand in Washington Zustimmung. Man war dort bereit, über die für seine Realisierung notwendige Errichtung einer internationalen Kontrollbehörde zu sprechen, man war aber nicht bereit, sich weiter von Frankreich erpressen zu lassen. Als Erpressung wurde der französische Versuch gewertet, von einer Errichtung dieser Behörde entsprechend den französischen Bedingungen die Zustimmung Frankreichs zu dem zwischen Clay und Robertson ausgearbeiteten Industrieniveauplan für die Bizone, der eine Erhöhung der Produktion auf 90 bis 95% des Standes von 1936 vorsah, abhängig zu machen.

So waren die Amerikaner zwar bereit, Vertreter Frankreichs an den abschließenden Gesprächen, die am 22. August 1947 in London beginnen sollten, teilnehmen zu lassen und ihnen jede Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes zu

²⁸⁶ Vgl. Anm. 284 und „The Ruhr“: Gen 191/7 u. Aktennotiz Hall-Patch v. 8. 8. 1947; FO 371/64372/C11548/194/18.

²⁸⁷ Gen 192/2. Meeting. CAB 130/27.

²⁸⁸ Telegr. Nr. 8005 v. 9. 8. 1947. Secret; FO 371/64371/C10820/194/18. Ein Vertreter d. brit. Botschaft wurde am 11. 8. 1947 im State Department vorgestellt; FRUS, 1947, II, S. 1037, Fußnote 89.

²⁸⁹ Clayton an Marshall, 7. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1022 ff. Zum Entscheidungsprozeß auf französischer Seite vgl. Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977, S. 122 ff.

geben, andererseits wurde Douglas am 12. August angewiesen: „You should make it clear that in the absence of fusion of the French zone with the US and UK zones, the US and UK are responsible for and will take final decision on all matters regarding the bizonal area.“²⁹⁰

Gespräche zwischen Douglas, Bevin und Sargent machten deutlich, daß die britische Anfrage in Washington irrtümlich als Antwort auf dieses französische Manöver interpretiert worden war; tatsächlich waren sich Foreign Office und State Department in der Ablehnung weiterer französischer „Erpressungsversuche“ einig und nicht bereit, Frankreich zuzugestehen, „to veto further progress“. Die Warnung, die Bidault in Paris gegenüber Douglas geäußert hatte, bei Nichterfüllung der französischen Bedingungen komme es möglicherweise zu einer Regierungskrise, die dann den Kommunisten in die Hände spiele, wurde diesmal als „a good deal of bluff“ zurückgewiesen.

Nach Meinung Bevins war unter diesen Umständen die Zeit noch nicht reif, die aufgrund der Marshallplan-Konferenz unternommene Initiative in der Frage der internationalen Kontrolle der Ruhrindustrie weiterzuverfolgen²⁹¹. Der Industrieniveauplan hatte sowohl nach amerikanischer als auch britischer Auffassung nichts mit der von Frankreich gewünschten Ruhrkontrolle zu tun; der Preis für die Befriedigung französischer Sicherheitsbedürfnisse war bedeutend höher: die Fusion der französischen Zone mit der Bizone und das Einschwenken auf die anglo-amerikanische Deutschlandpolitik²⁹².

Auf der Marshallplan-Konferenz wurde offiziell keine Erklärung hinsichtlich einer internationalen Ruhrkontrolle abgegeben. Bidault wurde am 19. August von Douglas, Caffery (am. Botschafter in Paris) und Clayton davon unterrichtet, daß die Gespräche über die Ruhrfrage nicht fortgesetzt würden²⁹³; zu einer „some more appropriate time“ wolle man aber gern die französischen Ruhrvorschläge wohlwollend prüfen. Bidault war zwar zunächst sehr enttäuscht und sogar verärgert, wurde aber dann durch die Zusicherung versöhnt, man wolle dem State Department empfehlen, daß die Gespräche „so bald wie möglich“ nach der Londoner Konferenz aufgenommen werden sollten²⁹⁴.

²⁹⁰ Marshall an Douglas, 12. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1028.

²⁹¹ Vgl. die Protokolle über diese Gespräche in: FO 371/64372/C11372/C11373/194/18.

²⁹² In einer Besprechung im Foreign Office am 8. 8. 1947 hatte Bevin dies deutlich zu verstehen gegeben. Er hatte u. a. gesagt, „if the French Government showed a desire to combine their Zone with the Anglo-U. S. Zone, he would be prepared to consider favourably the establishment of some sort of international supervisory body to control the Ruhr industries“; Protokoll dieser Sitzung in: FO 371/64372/C11004/194/18.

²⁹³ Douglas, Caffery und Clayton hatten in der Woche zuvor ohne Auftrag und Kenntnis ihrer Regierung und „entirely private“ Gespräche mit Bidault, Alphand und Monnet geführt, in denen hinsichtlich der Ruhrkontrolle weitgehend Übereinstimmung erzielt worden war; die Franzosen hatten zunächst einen sehr weitreichenden Plan vorgelegt, der eine anglo-frz. Behörde vorsah, die auch Sanktionsbefugnisse haben sollte. Es war dann ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet worden.

²⁹⁴ Caffery an Marshall, 19. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1041 f.

Den Zeitpunkt bestimmte die französische Regierung selbst. Was seit der Beteiligung Frankreichs am Marshallplan, trotz der Absage der Sowjetunion, allgemein erwartet wurde, trat dann wenig später ein. Bidault informierte Staatsminister McNeil Anfang Oktober 1947 von der Entscheidung der französischen Regierung, „finally to come off the fence on our side“, wie McNeil nach London berichtete²⁹⁵. Damit waren die Weichen für die bevorstehende Außenministerkonferenz in London gestellt. Es galt nun, mit den Franzosen ein „program of collaboration“ auszuarbeiten, wie ein Mitarbeiter im Foreign Office das Bemühen bezeichnete, eine gemeinsame Linie der drei Westmächte für diese Konferenz zu finden²⁹⁶. Auch dabei zeigte sich, daß die Sicherheitsfrage für Frankreich nichts von ihrer überragenden Bedeutung verloren hatte und daß die französische Regierung mehr an einer permanenten Kontrolle der Ruhr als an einer Fusion ihrer Zone mit der Bizone interessiert war. Der Generaldirektor des Quai d'Orsay, Chauvel, wies am 20./21. Oktober 1947 in Gesprächen mit Bevin, Sargent und Harvey auf das französische Sicherheitsbedürfnis hin. Er übergab einen Plan zur Kontrolle der Ruhr, der im ersten Teil eine Änderung des Abkommens über die Errichtung der „Deutschen Kohlebergbauleitung“ vorsah. Demnach sollten zwei Generaldirektoren ernannt (je einer für die Ruhr und das Aachener Revier) und die Befugnisse der Alliierten Kontrollgruppe präzisiert und erweitert werden. Im zweiten Teil wurde die Errichtung einer internationalen Behörde mit weitreichenden Vollmachten vorgeschlagen, die die Kohle- und Koksproduktion verteilen sollte. In diese Behörde sollten die USA, Großbritannien, Frankreich, die Beneluxländer und West-Deutschland Vertreter entsenden²⁹⁷. Bevin gab zu verstehen, daß es möglich sein werde, die französischen Wünsche zu erfüllen, allerdings „within the framework of trizonal fusion“²⁹⁸.

²⁹⁵ Vgl. die Aufzeichnung v. 20. 10. 1947. Secret; FO 371/64375/194/18.

²⁹⁶ Notiz v. 31. 10. 1947; FO 371/64375/C15074/194/18.

²⁹⁷ Dieses Memorandum hatte Bidault am 8. Oktober Marshall überreicht; FRUS, 1947, II, S. 683 ff.

²⁹⁸ Vgl. Aufzeichnungen O. Harvey v. 20. u. 21. 10. 1947; FO 371/64629/C13658/C13793/13613/18.

Über die Form der internationalen Kontrolle hatte man sich auf britischer Seite ebenfalls Gedanken gemacht. Im September hieß es in einem Memorandum, die in der Vergangenheit vorgesehene Kontrolle sei „purely negative“ gewesen, nämlich lediglich auf die Überwachung der Deutschland auferlegten Produktionsbeschränkungen ausgerichtet. Einer zukünftigen Kontrollbehörde (USA, UK, Frankreich, Beneluxländer, deutsche Treuhänder) wurden jetzt aber außer Kontrollaufgaben „more positive functions“ zugewiesen, nämlich dafür Sorge zu tragen, daß die Ruhrindustrie die sich aus dem Marshallplan ergebenden Aufgaben erfüllen konnte; das betraf sowohl die Produktion als auch die Aufteilung von Kohle, Koks und Stahl. Eine Beteiligung der Sowjetunion wurde von deren Teilnahme am Marshallplan – die Molotow am 2. Juli abgelehnt hatte – und der Herstellung der „wirtschaftlichen Einheit“ Deutschlands abhängig gemacht, was einem Ausschluß gleichkam.

Die Argumente, die z. T. in der Vergangenheit gegen die ökonomische Internationalisierung vorgebracht worden waren, hatten auch jetzt nichts von ihrer Gültigkeit verloren:

Die Londoner Außenministerkonferenz, die am 25. November 1947 begann, wurde auf westlicher Seite eher als lästige Pflichtübung denn als reale Möglichkeit gesehen, mit der Sowjetunion noch zu einer Einigung in der deutschen Frage zu kommen. Bidault sah schon Anfang Oktober wenig Chancen für einen Erfolg²⁹⁹. Bevin äußerte in der Kabinettsitzung vor Beginn der Konferenz, er sei nicht sehr optimistisch. Sollten sich seine Befürchtungen bestätigen, werde er das Kabinett bitten müssen, „to consider a fresh approach to the main problems of our foreign policy“³⁰⁰.

Einen Tag zuvor hatte er dem O. R. C. ein Memorandum vorgelegt, in dem zum erstenmal ausgesprochen wurde, daß eine Einigung der Konferenz über die Herstellung der „wirtschaftlichen Einheit“ Deutschlands – und damit war die politische Einheit gemeint – im Widerspruch zu den britischen Interessen stünde. Die Nachteile, die gegenüber den Vorteilen überwogen, wurden aufgezählt: u. a. hieß es, das Hauptziel der Russen bestehe darin, „to penetrate the Ruhr both politically and commercially“³⁰¹.

Auf der Konferenz selbst wurde die Ruhrfrage nur von Molotow angeschnitten, nachdem Bidault am 28. November von Marshall daran erinnert worden war, daß eine internationale Kontrolle unvermeidlich auch die Teilnahme der Sowjetunion an einer solchen Kontrolle impliziere³⁰². Bidault verstand den Hinweis. Am 9. Dezember betonte er, er messe einer internationalen Kontrolle der Ruhr Bedeutung bei, allerdings als unerläßlicher Teil eines Friedensvertrages³⁰³ – an den zu diesem Zeitpunkt niemand mehr glaubte. Als Molotow am 12. Dezember die Forderung nach einer Vier-Mächte-Kontrolle wiederholte, wurde die Dis-

Würden sich z. B. die ausländischen Vertreter in der Behörde nicht in erster Linie von den Interessen ihres jeweiligen Landes leiten lassen? Dazu hieß es jetzt, man hoffe, daß genau das nicht eintreten werde und daß die Behörde dafür sorgen werde, daß die Industrien in einer Weise geführt würden, „which would already have been agreed by their respective Governments“ (vgl. Anm. 282). Diese Form der Kontrolle übernahm Elemente des E. I. P. S.-Plans vom März 1946, den Bevin nie wirklich aufgegeben hat. So hatte er auf dem Parteitag der Labour Party im Mai 1947 den Gedanken geäußert, bei entsprechend hohem ausländischen Besitzanteil an der Ruhrindustrie eine internationale Behörde – zunächst für die Kohlenwirtschaft – zu schaffen (unter Beteiligung von Vertretern d. dt. Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Landtage). Wenn man auf diese Weise Franzosen, Luxemburger, Belgier, Holländer, Amerikaner und Briten zur Zusammenarbeit in der Ruhr bringen könnte, dann, so Bevin, „we would thus integrate the economy of the west to serve Europe as a whole“ (Aufzeichnung Henniker für O. Harvey v. 30. 5. 1947; FO 371/64368/C8035/194/18).

²⁹⁹ Vgl. FRUS, 1947, II, S. 684.

³⁰⁰ Cabinet Conclusions (47) 90th Meeting; FO 371/64368/C15188.

³⁰¹ Top Secret, O. R. C. (47) 50, 22. 11. 1947. Germany, „Economic Unity“. CAB 134/599. Das O. R. C. billigte dieses Memorandum auf seiner 8. Sitzung am 24. 11. 1947. Top Secret. Minute 7, Confidential Annex, CAB 134/597.

³⁰² Memorandum of Conversation; FRUS, 1947, II, S. 739.

³⁰³ FO 371/64646/C15773/15099/18.

kussion darüber verschoben³⁰⁴. Man hatte sich nichts mehr zu sagen. Bevin war es gleichgültig, ob die Konferenz an Verfahrens- oder Sachfragen scheitern würde; Parlamentsabgeordnete hatten ihm zu erkennen gegeben, daß sie von dem sinnlosen und teilweise unwürdigen Schauspiel, das diese Konferenz bot, „angewidert“ waren³⁰⁵.

Vom Verlauf der Beratungen und der Art und Weise, wie die Konferenz zusammenbrach, wurden, trotz der niedrigen Erwartungen, die Amerikaner überrascht. Die US-Regierung hatte keine klaren Vorstellungen darüber, was nach dem Scheitern der Konferenz geschehen sollte³⁰⁶ – zumindest war dies der Eindruck der Briten. Sie übernahmen denn auch die Initiative, die zu den entscheidenden Gesprächen am 17. und 18. Dezember führte. Den Briten ging es darum, noch in London für anglo-amerikanisch-französische Deutschlandgespräche eine gemeinsame Arbeitsbasis zu schaffen; sie wollten auf das Scheitern der Konferenz so reagieren können, daß die Sowjetunion daran gehindert wurde, in der Deutschlandpolitik die Initiative zu übernehmen, „in a manner which might be very embarrassing to us“, wie es Sargent formulierte³⁰⁷. Kernpunkt der britischen Überlegungen war die Errichtung einer provisorischen Zentralregierung (am 8. Dezember zumindest theoretisch noch für ganz Deutschland, danach nur noch für die Trizone) innerhalb der nächsten vier bis sechs Monate (!) mit all den dazu notwendigen Schritten (Ausarbeitung einer Verfassung, vorheriger Erweiterung des Wirtschaftsrats in Frankfurt etc.). Bedenken, daß die Landesregierungen „are delicate plants which might wither away under the shadow of a Central Government“, galten nun nicht mehr; dies war ein Risiko, das „could be taken safely“, zumal General Robertson versichert hatte, in den Ländern, insbesondere in Bayern und Niedersachsen, existiere ein „abundant healthy patriotism“³⁰⁸.

Es ging darum, ein demokratisches und wirtschaftlich wie politisch gefestigtes Westdeutschland zu organisieren, das der Ostzone überlegen sein sollte, was auch immer die Russen dort erreichen mochten³⁰⁹, und zwar so überlegen, daß es gelingen würde, wie es an anderer Stelle einmal hieß, „to attract Eastern Germany away from the Russians by our success“³¹⁰.

Von deutscher Seite war dabei mit den geringsten Schwierigkeiten zu rechnen. Christopher Steel beschrieb die Stimmung der Westdeutschen sicherlich richtig, als er am 17. Dezember aus Berlin telegraphierte, sie seien nun „psychologically

³⁰⁴ Ebenda, C15917.

³⁰⁵ FRUS, 1947, II, S. 754.

³⁰⁶ Vgl. das Begleitschreiben von O. Sargent v. 8. 12. 1947 für Bevin (mit zwei Memoranden). Top Secret; FO 371/64250/C16198/53/18.

³⁰⁷ Ebenda. Man erwartete die Errichtung einer ostdeutschen Regierung, die möglicherweise für sich in Anspruch nahm, für ganz Deutschland zu sprechen, „in a very short time“.

³⁰⁸ Ebenda.

³⁰⁹ Ebenda. Ferner Besprechung im FO am 16. 12. 1947. Top Secret; FO 371/64250/C16171/53/18.

³¹⁰ Aufzeichnung FO v. 9. 12. 1947; FO 371/64248/C15075/53/18.

ready for bold moves“; er äußerte die Hoffnung, daß die Westmächte nicht wieder eine Chance verpassen würden, „as we did immediately after the capitulation“³¹¹.

Der größte Unsicherheitsfaktor blieb Frankreich, dessen Zustimmung nur mit einem Maximum an Sicherheitsgarantien erkauf werden konnte³¹². Hier war, wie Bidault betonte, nach wie vor die Ruhr der Schlüssel zu dem Problem³¹³. In seinem Gespräch mit Marshall am 17. Dezember kam die Ruhr praktisch in jedem Satz vor („exuded from every sentence“)³¹⁴. Die Amerikaner waren dann auch angesichts der neuen Situation bereit, den Franzosen noch vor Bildung einer deutschen Regierung die Einrichtung einer Kontrolle im Ruhrgebiet zuzugestehen, was allerdings auf energischen Widerstand General Clays stieß. Seiner Meinung nach war es außerordentlich unklug, frühzeitig irgendwelche Verpflichtungen einzugehen. In einigen Jahren, so gab er zu bedenken, könnte sich die Lage vollständig geändert haben; in Frankreich würden vielleicht die Kommunisten regieren oder „we shall want to use the Ruhr as an armament factory for western allies“³¹⁵.

Unterstützung erhielt Clay von den Briten, die nach wie vor eine separate Behandlung der Ruhr entschieden ablehnten. Die Ruhr war in ihren Augen Teil des Gesamtproblems: Fusion der Bizone mit der französischen Zone und Bildung einer westdeutschen Regierung; eine gesonderte Behandlung würde in Deutschland als Schritt auf dem Weg zur politischen Abtrennung interpretiert werden und zu Unruhen führen³¹⁶. Als Bevin seinem amerikanischen Kollegen am 18. Dezember die Einrichtung eines anglo-französischen Ausschusses vorschlug, sollte dieser seiner Meinung nach denn auch nicht nur das Ruhrproblem erörtern, sondern „the whole gamut of problems“³¹⁷.

Aufgrund der britischen Initiative begannen am 23. Februar 1948 in London deutschlandpolitische Gespräche zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich (seit dem 26. Februar nahmen auch die Vertreter der Beneluxländer teil).

³¹¹ Telegr. Nr. 1794; FO 371/64277/C16122/76/18. Vgl. auch den vertraulichen Bericht von Hans Kroll, Leiter des beim NRW-Ministerpräsidenten eingerichteten „Sonderreferates F“ und außenpolit. Berater des Ministerpräsidenten (1958–1962 Botschafter in Moskau) v. 16. 12. 1947: „Die Lage nach dem Scheitern der Londoner Konferenz“; HStA Düsseldorf, NW 53–72.

³¹² Eine Zeitlang wurde dabei auch an einen Drei-Mächte-Vertrag zur Entmilitarisierung Deutschlands gedacht. Vgl. C. P. (47) 526, 10. 12. 1947. Top Secret, Cabinet, Possibility of a Three-Power Treaty on German Disarmament.

³¹³ Memorandum of Conversation, Bidault-Douglas, 17. 12. 1947; FRUS, 1947, II, S. 811.

³¹⁴ Ebenda, S. 820.

³¹⁵ Aufzeichnung Robertson für Bevin v. 18. 12. 1947 über Gespräch mit Clay; FO 371/64250/C16398/53/18.

³¹⁶ In diesem Sinne wurde Douglas am 16. 12. 1947 von Hall-Patch unterrichtet. Douglas hatte am 13. 12. vorgeschlagen, die Ruhrfrage „sofort“ zu erörtern; Vgl. FO 371/64573/C 16001/194/18. Zur Reaktion Douglas gegenüber Bidault vgl. FRUS, 1947, II, S. 811.

³¹⁷ Ebenda, S. 817. Die Protokolle der anglo-amerikanischen Gespräche auch in: FO 371/64250/C16389–95/53/18.

Die Ruhrfrage blieb eines der zentralen Probleme. Von ihrer Lösung hing der Gesamterfolg der Verhandlungen und damit die Ausarbeitung eines Konzepts ab, das die Errichtung eines fest ins westliche Lager integrierten westdeutschen Staates ermöglichte. Von Anfang an stand außer Frage, daß die Kontrolle der Ruhr in irgendeiner Form sichergestellt werden müsse. Unklar war aber, wie die Kontrolle im einzelnen aussehen sollte.

Sir William Strang erläuterte in einem Vorgespräch mit Douglas noch einmal die britische Haltung hinsichtlich einer langfristigen Lösung³¹⁸, die er dann in der (3.) Sitzung am 26. Februar „tentatively“ vortrug. Demnach hielt es die britische Regierung zwar für unmöglich, ein detailliertes Programm für eine langfristige Kontrolle der deutschen Schwerindustrie auszuarbeiten, sie zeigte sich aber „opposed to separation of Ruhr and to international management or [international] ownership“ und trat andererseits ein für „German public ownership of selected heavy industries“ und für „some system of international control of Ruhr“ (durch die drei westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Länder), wobei der Umfang der Kontrolle noch nicht festzulegen sei, da dies vom „entire content [of] peace treaty“ abhängt. Was die Kontrolle während der Besatzungszeit betraf, so unterstrich Strang den Standpunkt seiner Regierung, daß dies primär die Verantwortung der Besatzungsmächte sei, „from which they could not divert themselves“³¹⁹. Für die Lösung der Besitzverhältnisse in der Ruhrindustrie schlug er, „in order avoid danger German Socialists would be driven into arms of Communists“, den schon erwähnten Treuhänderplan vor³²⁰.

Die französische Regierung konkretisierte ihre Vorstellungen am 27. Februar³²¹. Am 28. Februar versuchte Massigli, seinen Verhandlungspartnern die Pariser Lösung u. a. mit dem Argument schmackhaft zu machen, sie sei das Mittel „for keeping Soviet influence out“, wobei er nicht vergaß, auf kommunistische Zellen im Ruhrgebiet hinzuweisen, die in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hätten und immer noch stark seien³²².

Die amerikanischen Prioritäten sahen jetzt anders aus. Wenn eine Kontrollbehörde errichtet werden solle, dann müsse sie, wie Douglas am 28. Februar deutlich machte, so beschaffen sein, „that Western Germany and Western Europe would be effectively integrated“. Sie dürfe auch keinen Strafcharakter haben, damit nicht Bedingungen in Deutschland geschaffen würden, die sie alle zu verhindern wünschten und die lediglich die Verhandlungsposition der Sowjets stärken würden. Die Behörde müsse im Gegenteil den Deutschen das Gefühl geben, sie seien „part of Western Europe instead of turning them east“³²³. Für die USA

³¹⁸ Erstens informelles Gespräch zwischen US- und UK-Delegation am 20. 2. 1948 im India Office, Bericht Douglas an Außenminister Marshall; FRUS, 1948, II, S. 77.

³¹⁹ FRUS, 1948, II, S. 93 f.

³²⁰ FRUS, 1948, II, S. 100.

³²¹ FRUS, 1948, II, S. 97 f.

³²² FRUS, 1948, II, S. 98.

³²³ FRUS, 1948, II, S. 99.

hatte die wirtschaftliche Integration Westeuropas unter Einschluß Westdeutschlands absolute Priorität. Botschafter Douglas deutete sehr vorsichtig eine Form der Kontrolle an, die in der Kontur den Schuman-Plan vorwegnahm: Er schlug vor, „that international regime might look toward inclusion not only Ruhr but also similar industrial regions of Western Europe“³²⁴. Für die USA ging es ferner darum, noch zwei weitere Vorstellungen in den Beratungen zu realisieren: Die zu errichtende Kontrollbehörde sollte ihre Arbeit erst nach dem Ende der Besatzungszeit aufnehmen³²⁵. Außerdem wollte Washington sicherstellen, „that the controlling voice of the US, arising out of its heavy financial contribution should be preserved“³²⁶, damit die amerikanischen Investitionen (etwa 1 Mrd. Dollar bis Ende 1947) effektiv geschützt werden konnten³²⁷.

In der vierten Sitzung der Londoner Konferenz einigten sich die Delegationen darauf, einen Ausschuß (USA, Großbritannien und Frankreich je einen Vertreter) einzusetzen, „to consider and report on the problem of establishment of international regime for Ruhr mining and steel industries“³²⁸. Nach sechs Sitzungen legte dieser Ausschuß den Delegationen am 4. März einen ersten Bericht vor. Als Zugeständnis an Frankreich konnte die Bestimmung gewertet werden, daß die Kontrollbehörde „so schnell wie möglich, mindestens noch vor der Errichtung einer vorläufigen deutschen Regierung“, eingerichtet werden sollte³²⁹. Dies war ein Punkt, der mit dazu führte, daß General Clay „was shocked at the agreement“. Erläuterungen von Murphy trugen dazu bei, daß sich seine Einwände verringerten³³⁰. Botschafter Douglas hatte nämlich am 6. März in einem Telegramm an Außenminister Marshall erläuternd darauf hingewiesen, es sei völlig klar gewesen, daß der Passus „'as soon as possible and at least prior to' means immediately prior to, even one day prior to, the establishment of a provisional government“³³¹. Den Briten war es nicht gelungen, eine Bestimmung über die Regelung der Eigentumsfrage aufnehmen zu lassen.

Das zum Abschluß der ersten Phase der Verhandlungen am 6. März veröffentlichte Kommuniqué kündigte die Einrichtung einer internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets an³³². In der zweiten Phase der Londoner Konferenz, die am 20. April begann, wurde das Dokument über die Ruhrkontrolle nicht mehr we-

³²⁴ Ebenda.

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Douglas am 13. 5. 1948 an Marshall; FRUS, 1948, II, S. 245.

³²⁷ Darüber hatte sich General Clay schon am 3. 11. 1947 Gedanken gemacht: „... the establishment of an international body to control the Ruhr in the face of the American investment would completely divest us of the financial controls essential to the protection of our investment“ (Clay Papers, Dok. Nr. 288).

³²⁸ FRUS, 1948, II, S. 100 u. S. 124, Anm. 2.

³²⁹ Ebenda, S. 135 ff.

³³⁰ Clay Papers, Dok. Nr. 341.

³³¹ FRUS, 1948, II, S. 136.

³³² Ebenda, S. 143.

sentlich geändert. Am Nachmittag des 27. Mai einigten sich die Delegationen auf den endgültigen Text³³³.

Die Vereinbarung über die Ruhr gehörte zum Kern der „Londoner Empfehlungen“, die die Errichtung eines westdeutschen Staates vorsahen. Sie bildeten ein geschlossenes Ganzes, bei dem es nur Zustimmung oder Ablehnung gab, wobei lediglich Frankreich als Unsicherheitsfaktor galt. Im Gegensatz zu den übrigen fünf Regierungen galt es keinesfalls als gesichert, daß die französische Regierung der Vereinbarung von London zustimmen würde. Eine Ablehnung hätte aber nicht nur den vorläufigen Zusammenbruch der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik hinsichtlich der „großen“ Lösung bei der Bildung des neuen Staates, d. h. unter Einschluß der französischen Zone, bedeutet, sondern nach Meinung Außenminister Marshalls auch zu „serious repercussions on public opinion“ in den USA geführt; eine derartige Situation „would offer dangerous encouragement to Soviet Govt [Government], and would benefit no one but Communists“³³⁴.

Die Befürchtungen bestätigten sich nicht; auch die französische Nationalversammlung billigte das Londoner Verhandlungsergebnis. Damit war der Weg frei zur Errichtung eines neuen deutschen Staates.

Zusammenfassung

Am Ende der Entwicklung stand eine Lösung, die den langfristigen Zielen der britischen Politik weitgehend entsprach. Diese Ziele waren in starkem Maße vom Sicherheitsbedürfnis Großbritanniens bestimmt. Außenminister Bevin brachte dies Anfang 1947 einmal auf folgende Formel: „If we had to define in a single word our aims with regard to Germany security would be this word“³³⁵. Unter diesem Aspekt zielte die britische Deutschlandpolitik darauf ab: 1. in Deutschland politische Verhältnisse zu schaffen, die die Welt vor einer Neuaufgabe deutscher Diktatur und aggressiver Politik sicherten; 2. in Deutschland ökonomische Verhältnisse zu schaffen, die Deutschland und der übrigen Welt zum Nutzen gereichten, ohne daß damit gleichzeitig die wirtschaftlichen Grundlagen für eine aggressive Politik gelegt wurden; 3. in Deutschland ein parlamentarisches System zu errichten, das die Realisierung dieser Absichten am ehesten ermöglichte und das, wenn es von den Deutschen akzeptiert wurde, die beste Gewähr für eine dauerhafte Lösung bot; 4. ein Deutschland zu schaffen, das nach Westen orientiert war; 5. den Einfluß der Sowjetunion so weit wie möglich auf den Osten zu beschränken; 6. Frankreich den Wiederaufstieg und eine Position

³³³ Ebenda, S. 285 ff., S. 290 f.

³³⁴ Marshall am 7. 6. 1948 an am. Botschaft in Paris; FRUS, 1948, II, S. 320.

³³⁵ O. R. C. (47) 16, 24. 2. 1947 „Secret. The Political Organisation of Germany“. CAB 134/598.

als stabiles Mitglied der westlichen Demokratien zu ermöglichen; 7. die USA zum frühest möglichen Zeitpunkt fest an Europa zu binden.

Bei der Erreichung dieser Ziele fiel dem Ruhrgebiet aufgrund seiner herausragenden Bedeutung von Anfang an eine besondere Rolle zu. Die Entscheidung zur Sozialisierung der Schlüsselindustrien wurde von sicherheitspolitischen Überlegungen bestimmt. Ideologische Gründe spielten nur eine untergeordnete Rolle. Es ging keineswegs darum, das britische Sozialismusmodell zu exportieren und „to ram socialisation down the Germans' throats“.³³⁶

Es existierte, auch als die Sozialisierung dann im Oktober 1946 öffentlich angekündigt wurde, kein systematisch ausgearbeitetes Sozialisierungskonzept, das mit Energie in die Tat hätte umgesetzt werden können. Zunächst galt es, grundsätzliche Differenzen zwischen dem „linken“ Deutschlandminister Hynd und dem Foreign Office über die Art und Weise der Sozialisierung aus dem Weg zu räumen. Die ersten Schritte, die dann über die Absichtserklärungen hinausgehen sollten, scheiterten zunächst nicht an den USA, sondern am Einspruch der westeuropäischen Partner, insbesondere Frankreichs, erst später am amerikanischen Widerstand.

Die USA interessierten sich von Anfang an für ein Mitspracherecht in der britischen Zone, insbesondere im Ruhrgebiet. Auch für sie war das Ruhrgebiet der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas und am schlechtesten geeignet für Sozialisierungsexperimente. Im Sommer 1947 schwenkte das State Department, das bis dahin in der Sozialisierungsfrage eine eher indifferente bis wohlwollende Haltung eingenommen hatte, auf die harte Linie des War Department ein. Dem massiven Druck der Amerikaner mußten sich die Briten beugen, die Sozialisierung wurde „auf Eis gelegt“, d. h. Großbritannien war praktisch mit seiner Sozialisierungspolitik gescheitert. Die Revision des Fusionsabkommens vom 17. 12. 1947 besiegelte endgültig und für alle sichtbar die Dominanz der USA in der britischen Zone.

Großbritannien war am stärksten von allen Besatzungsmächten an der Einhaltung des Potsdamer Abkommens und damit an der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit interessiert. Das Nichtzustandekommen dieser Wirtschaftseinheit trug entscheidend dazu bei, daß die britische Zone zu einer Belastung für Großbritannien wurde. Schon seit dem Frühjahr 1946 wurde daher die britische Deutschlandpolitik in hohem Maße von der eigenen finanziellen und ökonomischen Schwäche bestimmt. Der Ausweg war das Zusammengehen mit den USA, auch wenn das in einzelnen Bereichen, etwa der Sozialisierung, die Aufgabe einer eigenständigen Politik bedeutete.

Aus britischer Sicht schien dieser Preis nicht zu hoch zu sein. Überdies gelang es der britischen Politik trotz allem, in wichtigen Bereichen, etwa beim Wirtschaftsrat, der Revision des Industrieniveauplans oder der Londoner Sechs-

³³⁶ Brief for the U. K. Delegation, CFM, London, November 1947, Re-Organisation of Iron and Steel Industry; FO 371/65441/CK1537/156/185.

Mächte-Konferenz, als „Partner“ der USA Positionen zu halten oder gar die Initiative zu ergreifen. Vor allem aber wurde das Problem der Sicherheit im Sinne Großbritanniens gelöst und Frankreich zum – wenn auch schwierigen – Partner in der Deutschlandpolitik gewonnen. Somit wurde der Erfolg der Bizone – erreicht unter Ausschluß der Ostzone – zur Basis anglo-amerikanischer Kooperation in Deutschland und Europa und schuf die Voraussetzungen für die Erreichung der langfristigen Ziele Großbritanniens in Deutschland.